

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



23. März 1985
Jg. 6 Nr. 6

G 7756 D Preis:
2,50



Sozialhilfeempfänger-Standard: Gemeinschaftsdusche und Toilette auf der Etage



Dollarkurs: Exportoffensive wie noch nie— Die BRD strebt nach der Vorherrschaft im Weltmaschinenbau
Seite 4



Asylrecht: Unmenschliche Existenzbedingungen für Asylanten beantragt
Seite 8



Einzelhandel: In den Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen sind Strukturveränderungen notwendig
Seite 22

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK • 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Markurs: Exportoffensive wie nie – Die BRD strebt nach der Herrschaft im Weltmaschinen- 4
ihlen Westberlin: Vordringen s Konservatismus 7
ndesrat: Neue Entwürfe zur zialhilfe 7
ylrecht: Unmenschliche Exi- enzbedingungen für Asylanten antrag 8
ylrecht in Westeuropa – eine versicht 9
Auschwitz-Lüge": In Vorbe- itung: Strafverfolgung von Geg- ern des Revanchismus 10
ommentare der bürgerlichen esse 10
eraer Forderungen der DR: (II) "Neue Deutschlandpoli- k" – DDR-Annektion als Kohls of- zielles Regierungsprogramm 11
okumentiert: Rückeroberungs- äne und -propaganda 12
uslandsberichterstattung
robbritannien: Isolierung der rbeiter trägt zur Niederlage der ergleute bei 14
SA: Regierung greift Gewerk- schaften an 15
R China/Hochschulen: Ak- onen gegen Stipendienstreichung 16
ranchreich: Sieg der Rechten ei Kantonalwahlen 16
idien: Zerstörung der Umwelt .. 17
rieg Iran/Irak: Kriegsgewinn- r sind die europäischen Imperiali- en 17
ternationale Meldungen 18
eportagen und Berichte egional
egionale Nachrichten 20
ivilschutzgesetz: Ärzte ge- en Katastrophenmedizin 21
inzelhandel: In den Lohn- und ehaltstarifverhandlungen sind rukturveränderungen notwendig 22

SAARLAND/WESTBERLIN WARNSCHUSS FÜR KOHL?

Was bleibt von diesen Wahlen als Tatbestand übrig, nachdem sich die erste Überraschung gesetzt hat? Die FDP hat ihren Niedergang aufgehalten. Bei den NRW-Wahlen im Mai muß niemand rechnen, seine Stimme ginge "verloren", wenn er FDP wählt. Eine Mehrheit aus CDU und FDP wird in NRW möglich.

Die Grünen haben einen Rückschlag erlitten, der im bürgerlichen Lager die Hoffnung auslöst, die Opposition fertig machen zu können. Die Pressekampagne, die bei den Grünen alles was rechts ist fördert und alles linke diffamiert, erhielt Auftrieb, und Nachgiebigkeit demgegenüber macht es der grünen Partei schwer, den Kontakt zur Jugend zu halten, was weitere Verluste auslösen würde.

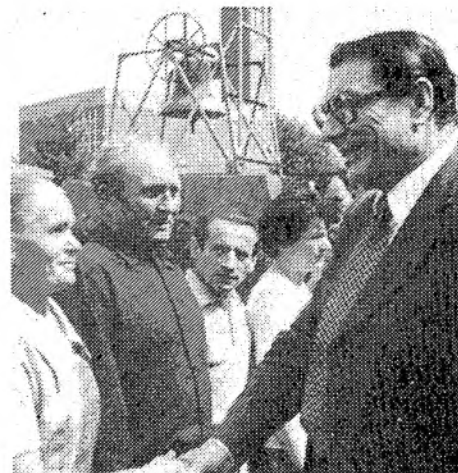
Die CDU hat Bundesratsstimmen eingebüßt. Sie ist im Bundesrat nun ganz auf die CSU angewiesen. Das gute Abschneiden der FDP vergrößert für Kohl den innerparteilichen Spielraum, restriktive Sozialpolitik unter Verweis auf Koalitionsnotwendigkeiten durchzusetzen.

Ob Oskar Lafontaine an der Saar "linke" Politik macht? Der Beirat der IGM hat kurz nach der Wahl erklärt, Betriebsbesetzungen seien nicht rechtmäßig und würden von der IGM abgelehnt. Betriebsbesetzungen kämen ja wohl an der Saar in Frage, für linke SPDler jedenfalls. Hier hat Freund Oskar nicht links, sondern hintenherum gewirkt. – (maf)

ENTTÄUSCHT VOM REALEN KAPITALISMUS

Am 6. März teilte das Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" mit, über 20000 ehemalige DDR-Bürger, die in die Bundesrepublik ausgereist seien, hätten in Briefen und Anträgen ihren Wunsch geäußert, in die DDR zurückkehren zu dürfen. Die Regierung der DDR wolle ihre bisherige Haltung in dieser Frage überprüfen und alle Anträge, vorrangig aber die von Familien mit Kindern, überprüfen. Außerdem würde überdacht, das Alter für Besucher in die BRD deutlich herabzusetzen. Die Bundesregierung und die bürgerliche Presse reagierten heftig. Ein Sprecher der Bundesregierung erklärte: "Die DDR will nur von ihren Problemen ablenken, die sie selbst mit den vielen Ausreisewilligen hat", und die Bildzeitung ließ den Präsidenten der Mitteldeutschen, Manfred Schmidt, dementieren: "DDR lügt: Es sind nur 2000!" Die "FAZ" glaubt, über die Verwendung der DDR-Rückkehrer zu wissen: "Vermutlich sollen sie dann von den Propagandisten der Partei als abschreckende Beispiele im Land herumgereicht werden." Auf Nachfragen mußte die Bundesregierung zugeben, daß trotz der bisher fast vollständigen Rück-

zugssperre seitens der DDR seit 1964 fast 43000 Leute aus der BRD in die DDR zogen. Die jetzt von der DDR geplanten Maßnahmen deuten darauf hin, daß die Hetzkampagnen der BRD-Imperialisten immer weniger greifen und daß die innere Stabilität der DDR weiter zugenommen hat. Der von bürgerlichen Blättern so oft verwandte "Systemvergleich" fällt inzwischen für die Verhältnisse in der BRD vernichtend aus. Die bürgerliche Propaganda kann die Rückkehrwilligen nämlich nicht mehr als "Asoziale", "Entwurzelte" usw. darstellen. Viel-



1977: Maihofer empfängt Aussiedler

mehr sind viele der Rückreisewilligen Angehörige qualifizierter Berufe. Der Versuch z.B. des "Deutschlandfunks", durch Interviews von Betroffenen die DDR-Regierung unglaubwürdig zu machen, hat das Gegenteil bewirkt. Die Interviewten ehemaligen DDR-Bürger kritisieren die Lebensverhältnisse in der BRD als ausbeuterisch, erniedrigend und abstoßend. Danach gefragt, ob er nicht wegen der "Freiheit" in die BRD gekommen sei, antwortete ein Interviewter, er habe leider kein Geld, um "an der sogenannten Freiheit teilhaben zu können". – (clm)

"EIN TREUER WEG- BEGLEITER DER SOLDATEN"

Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Karl. W. Berkhan, tritt am 19.3. in den Ruhestand. Er ist Sozialdemokrat, und dennoch gewährte ihm die Bundeswehr als erstem Wehrbeauftragten einen Abschied mit allen militärischen Ehren. Die Begründung von Generalinspekteur Altenburg: Der Wehrbeauftragte als "institutionalisiertes Mißtrauen der Politik gegenüber dem Militär" habe zunächst bei den Militärs nur "begrenzte Sympathie" genossen, doch wegen seines Verständnisses für Probleme militärischer Vorgesetzter habe sich besonders Berkhan das Vertrauen der Armeeführung erworben – "Sie sind unser Wehrbeauftragter." (bw-aktuell, 6.3.). Die Institution Wehrbeauftragter wurde bei Gründung der Bundeswehr mit Rücksicht auf die breite Gegnerschaft zur Armee eingerichtet

und sollte eine zusätzliche Kontrollinstanz bei Verstößen gegenüber demokratischen Führungsgrundsätzen und Grundrechten darstellen. Einmal nahm ein Wehrbeauftragter, Heye (CDU), 1964 seinen Posten ernst und äußerte öffentlich Kritik an Kommißmethoden und einer Tendenz zum "Staat im Staate". Ein Propaganda-Trommelfeuer von Presse und Regierung zwang den Mann zum Rücktritt. Seither sind die Beauftragten nahezu kritiklos. Berkhan, vorher Staatssekretär im Verteidigungsministerium, hat die Einrichtung schließlich in ein Sprachrohr der Bundeswehr verwandelt: Die Sorgen der Armeeführung über Verwendungstaus im Offizierskorps und die Moral der Truppe waren stets die seinen, Vorfälle dagegen wie den Besuch des Nazi-Fliegers Rudel 1976 bei der Luftwaffe (Leber mußte deshalb zwei Generäle entlassen) oder die symbolische Judenverbrennung an der Bundeswehrhochschule 1977 hielt er nicht für beachtenswert. Der neue Mann von der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Fraktion, Weiskirch, verspricht eine würdige Nachfolge. — (jok)

ERSTE URTEILE IM RAF-PROZESS

Am 13.3. verurteilte der 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf Adelheid Schulz zu dreimal, Rolf Clemens Wagner zu zweimal lebenslänglich (Wagner ist außerdem schon einmal lebenslänglich in der Schweiz verurteilt). Am 14.3. beantragte die Bundesanwaltschaft vor dem 5. Strafsenat des OLG Stuttgart gegen Brigitte Mohnhaupt sechsmal und gegen Christian Klar achtmal lebenslänglich. Niemals in der Geschichte der BRD haben etwa die KZ-Massenmörder, soweit sie überhaupt angeklagt wurden, mehr als einmal lebenslänglich bekommen.

Urteile bzw. Anträge beziehen sich im wesentlichen auf die Auseinandersetzung zwischen RAF und Staatsmacht 1977, bei der u.a. Ponto, Buhack und Schleyer getötet wurden. In keinem Fall wurde eine unmittelbare Tatbeteiligung auch nur behauptet. Es soll jeweils genügen, daß die Angeklagten wegen der kollektiven Planung der RAF irgendwie miteinbezogen waren. B. Mohnhaupt und C. Klar sollen zudem "Rädelsführer" der RAF sein, B. Mohnhaupt, weil sie angeblich während ihrer Haft 1976/77 in Stammheim von A. Baader usw. "geschult" worden sei, C. Klar, weil er an so vielen Aktionen beteiligt gewesen sei. Tatsächlich zeigt sich, daß bei derartiger Konstruktionsweise von "Tatbeteiligung" — in Wahrheit dreht es sich um politische Identität, die zu strafrechtlicher Mittäterschaft gemacht wird — jedem, der sich politisch zur RAF bekennt, jeweils so viele "Mordbeteiligungen" angehängt werden können, wie es den Kriminalisierungs- und Vernichtungsabsichten der Bundesanwaltschaft dienlich ist.

Etwa eine Stunde des Plädoyers des Bundesanwalts Zeis im Stammheimer Prozeß bestand aus plumper Polemik gegen die Forderung nach Anerkennung der Mindestgarantien der Genfer Konvention und des politischen Charakters der Auseinandersetzung zwischen RAF und Staat und gegen den Hungerstreik. Dabei beschränkte sich Zeis wohlweislich auf Beschimpfung der Forderungen als "infam" und "pervers", erregte sich über die Solidarisierung der Grünen und "einseitige Fernsehsendungen" und rief aus: "Aber dieser Staat läßt sich nicht erpressen." Am Montag, den 25.3., wird die Verteidigung in Stammheim ihr Schlußwort halten, am 26.3. haben die Angeklagten das "letzte Wort". Das Urteil wird Anfang April verkündet. — (mis)



Ca. 100 Sinti und Roma protestierten am 7. März vor dem Regierungspräsidium in Köln und gedachten der Verfolgung durch die Nazis. Der Kölner Regierungspräsident lehnt Wiedergutmachungsansprüche der Sinti und Roma ab. Er behauptet, die Verfolgungsmaßnahmen der Nazis wären "Präventivmaßnahmen gegen Kriminelle" und seien nicht rassistisch gewesen. — (uld)

Buchhandel und Verlage: Kapitalisten verweigern Verhandlungen 22

Einzelhandel Bayern: Manteltarif: Arbeitszeitverkürzung! 23

GEW: Schwier-Plan gegen Arbeitslosigkeit? 23

Landtagswahlen NRW: "Bürgerliches Lager" hofft auf Regierungsübernahme 24

Bauernversammlung Kiel: Kritik an der Politik des Bauernverbandes 25

Kommunalwahl: Wallmann sammelt Zustimmung 25

5. Hamburger Frauenwoche: Bunte Vielfalt, aber kaum Konzentration auf die Angriffe von Rechts 26
Frauenarbeit in Hamburg 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Internationaler Frauentag: Breite Ablehnung der "Neuen Mütterlichkeit" 29

Sozialstatistik

Wahlen Saar/Westberlin: Die F.D.P. mobilisiert "alte" und "neue" Mittelklasse 30

Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Bücher/Sozialismus: Real existierende Probleme nach dem Sturz der Bourgeoisie 32

Arbeitswissenschaft: Berufsbilder, Arbeitsorganisation und Klassendifferenzierung 33

Forschungspolitik: Hochschulen im Verbund mit Kapitalisten .. 34

Spezialberichte

Bayerische Räterepublik: Ohne Bündnis kein Sieg gegen die Reaktion 36
Chronologie 37
Ansätze für die Zusammenarbeit von Anarchisten und Kommunisten 39

Titelbild: Foto, güv, Köln

Der hohe Dollarkurs kommt den westdeutschen Kapitalisten recht

EXPORTOFFENSIVE WIE NOCH NIE: DIE BRD STREBT NACH DER VORHERRSCHAFT IM WELTMASCHINENBAU

Genau einen Tag lang "stürzte der Dollar". Am 27.2. fiel der Kurs des US-Dollars an den Devisenbörsen von 3,47 DM auf 3,32 DM. Das "Handelsblatt" meldete "panikartige Verkäufe in New York und Europa". Den Kurssturz eingeleitet hatte US-Notenbankchef Volcker mit der Bemerkung, die Notenbanken wären noch nicht entschieden genug gegen den hohen Dollarkurs vorgegangen. Als dann auch die Bundesbank sowie die Zentralbanken von Großbritannien, Italien, Belgien und Frankreich zwei Mrd. Dollar verkauften, fiel der Devisenkurs des Dollar um 15 Pfennig.

Am nächsten Tag war der "Sturz des Dollars" beendet. Am 15.3. lag der Dollarkurs wieder bei über 3,40 DM.

Die europäischen Zentralbanken waren zufrieden. Ihre Intervention hatte lediglich dazu gedient, einigen Spekulanten entgegenzutreten, die durch ihre Geschäfte die gewöhnlichen Devisengeschäfte von Banken und Kapitalisten gestört hatten.

An einer Senkung des Dollarkurses etwa auf den Kurs von 1983 (2,50 DM) haben die westdeutschen Kapitalisten auch gar kein Interesse. Schließlich ist ihnen im vergangenen Jahr gelungen, in der Metallindustrie, in anderen Industriebranchen und im öffentlichen Dienst erneut die Reallöhne zu senken, die Laufzeit des Lohntarifs in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst über ein Jahr hinaus zu verlängern und den Einstieg in die "Flexibilisierung" der Arbeitszeit zu erzwingen. Durch diese bedeutenden Erfolge ermuntert, haben sie zu einer bislang

beispiellosen Exportoffensive beim Waren- wie beim Kapitalexport angesetzt. Die ersten Ergebnisse liegen jetzt schon vor. Die Bundesbank meldet einen Anstieg aller Warenexporte der BRD im Jahr 1984 um 56 Mrd. DM auf 488 Mrd. DM und einen Anstieg des Exportüberschusses in 1984 auf 54 Mrd. DM. Allein in die EG-Länder konnten die westdeutschen Imperialisten ihre Exporte von 208 Mrd. DM in 1983 auf 233 Mrd. DM steigern und einen Exportüberschuß von 25 Mrd. DM erzielen. Auch in andere Staaten meldet die Bundesbank neue Rekorde im westdeutschen Warenexport. So stiegen die Ausfuhren nach Südafrika 1984 um 33,5% auf 6,6 Mrd. DM, nach Australien um 33,6% auf 3,7 Mrd. DM,



Auch eine Folge des hohen Dollarkurses und der hohen US-Zinsen: Die Gewinne der Bundesbank, schon fest einkalkuliert in Stoltenbergs Haushalt für die Steuerreform, steigen weiter.

nach Japan um 23,5% auf 6,9 Mrd. DM, nach Kanada um 39,2% auf 4,3 Mrd. DM. Den größten Erfolg aber erzielten die BRD-Imperialisten in den USA: 1984 steigerten sie ihre Exporte dorthin um 42,6% auf 46,8 Mrd. DM, 16 Mrd. DM mehr, als US-Kapitalisten in die BRD exportierten.

Gleich mehrfach profitieren die westdeutschen Kapitalisten gegenwärtig vom hohen Dollarkurs. Erstens können sie die Preise ihrer in die USA exportierten Produkte erhöhen (in DM) und zugleich auf dem US-Markt billiger (in Dollar) verkaufen als zuvor.

Zweitens bedeutet der Kursanstieg des Dollars eine enorme Verschärfung des Schuldendienstes für die Staaten Lateinamerikas, Afrikas und Asiens. Deren Schulden sind zum größten Teil Dollarschulden. Soweit westdeutsche Banken und Kapitalisten diesen Staaten in den vergangenen Jahren Kredite in Dollar geliehen haben, profitieren sie nun vom Kursanstieg des Dollars direkt. Zudem: Hat z.B. ein Land wie Brasilien in den letzten Jahren ein Fünftel seiner Rohstoffexporte in die BRD verkauft, so muß es nun versuchen, seine Rohstoffexporte in die BRD um mindestens den gleichen Prozentsatz steigern, um den der Dollarkurs gegenüber der DM gestiegen ist, um am Ende den gleichen Dollarbetrag wie vorher für seinen Schuldendienst zu erzielen. Da zudem auch noch zahlreiche Kredite an die Staaten der Dritten Welt mit variablen Zinssätzen abgeschlossen wurden, der Zins für diese Kredite also in der letz-

DGB-AUFRUF GEGEN RASSISTISCHE PROFESSOREN

Siegfried Bleicher, für Ausländerarbeit zuständiges DGB-Vorstandsmitglied, hat die Wissenschaftler zu einem verstärkten Kampf gegen den Rassismus aufgerufen. Wörtlich heißt es in der Presseerklärung des DGB vom 27.2. unter der Überschrift "Wissenschaft muß Ausländerfeindlichkeit begegnen": "Bleicher bezog sich auf eine Veröffentlichung mit dem Titel 'Deutschland - ohne Deutsche', die vor wenigen Tagen von einigen rechtsextremen Wissenschaftlern über den sogenannten 'Schutzbund für das deutsche Volk' veröffentlicht wurde. In dieser Veröffentlichung werde mit rechtsextremen bis neonazistischen Einlassungen eine 'Todesspirale' des deutschen Volkes, hervorgerufen durch die Anwesenheit ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien, beschrieben. Nach Auffassung Bleichers

stellt die jüngste Hetzschrift eine Fortsetzung des 'Heidelberger Manifestes' dar, in dem 1981 zum ersten Mal der Versuch unternommen wurde, mit pseudowissenschaftlichen Argumenten gegen ausländische Mitbürger zu Felde zu ziehen. Das DGB-Vorstandsmitglied sieht die jüngsten Veröffentlichungen rechtsextremer Professoren gegen ausländische Arbeitnehmer in der Tradition der nationalsozialistischen Rassenlehre, die ebenfalls eine Grundlage in einer pervertierten Bevölkerungswissenschaft fand. Alle demokratischen Wissenschaftler seien aufgerufen, die unglaublichen Ausfälle des 'Schutzbundes für das deutsche Volk' zurückzuweisen ... Bleicher forderte die zuständigen Staatsanwaltschaften auf, zu überprüfen, ob die Veröffentlichungen sowie die politische Tätigkeit des 'Schutzbundes für das deutsche Volk' auch juristisch den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen. Poli-

tisch und gesellschaftlich sei dieser Tatbestand schon lange gegeben. Gleichfalls müsse überprüft werden, ob rassistische Äußerungen verbeamteter Professoren mit ihrem Beamtenstatus und ihrer Treuepflicht gegenüber dem demokratischen Staat zu vereinbaren sind." Der Aufruf des DGB-Vorstandsmitglied ist unseres Wissens das erste Mal seit langem, daß der DGB ausdrücklich zum Kampf gegen rassistische Professoren aufruft. Er verdient Unterstützung. — (rül)

ANGRIFF AUF MINDESTSTANDARD FÜRS WOHNEN

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur "Vereinfachung wohnungsrechtlicher Vorschriften" eingebracht, mit dem u.a. bisher geltende Vorschriften über die Mindestausstattung von Sozialwohnungen beseitigt werden sollen; Vorschriften bestünden dann nur noch, soweit einzelne Länder sie erlassen haben. Zur Begründung



DIHT-Präsident von Amerongen auf dem Jahreskongreß des DIHT Ende Februar: "Von allen Erfolgen halte ich die Tatsache, daß die Wirtschaft wieder den ihr angemessenen Stellenwert in der Politik einer Bundesregierung hat, für den wichtigsten Aktivposten in ihrer Bilanz."

ten Zeit mit den US-Zinsen angestiegen ist, entsteht ein ungeheurer Druck auf die Staaten Lateinamerikas, Afrikas und Asiens, ihre Rohstoffe, Halbfertigwaren und Fertigwaren zu jedem nur irgendwie erzielbaren Preis auf den Weltmarkt zu werfen, um die für den Schuldendienst erforderlichen Dollars zu bekommen. Die westdeutschen Kapitalisten können so billig Rohstoffe und Vorprodukte einkaufen wie lange nicht mehr, und sie tun das auch. Ihre Importe aus den Staaten der Dritten Welt (ohne die OPEC-Länder) stiegen 1984 überdurchschnittlich um 18,6% auf über 42 Mrd. DM.

Eine weitere Form von "Zusatzgeschäften" machen im Augenblick alle diejenigen Kapitalisten, die langfristige Exportgeschäfte auf Dollarbasis abgeschlossen haben. Am 5.3. berichtete das "Handelsblatt", daß die IG-Farben-Nachfolger Hoechst, BASF

und Bayer etwa ein Fünftel ihres Umsatzes auf Dollarbasis erzielen. Bislang seien fast alle Exportgeschäfte auf einer Basis 1 Dollar = ca. 2,80 DM abgeschlossen wurden. Bleibt der Dollarkurs nun über 2,80 DM, bis die Bezahlung der jetzt abgeschlossenen Exportgeschäfte ansteht, so können allein die IG-Farben-Nachfolger mit Zusatzgewinnen von mehreren Hundert Millionen DM rechnen. Nicht anders sind die Ertragsaussichten für zahlreiche Kraftwerks- und Industrie-Anlagengeschäfte von Siemens, AEG, Mannesmann, GHH und anderen Konzernen.

Vor allem aber erlaubt der steigende Dollarkurs den westdeutschen Imperialisten, ihre sowieso schon in vielen Bereichen des Maschinen- und Anlagenbaus gewonnene Vormachtstellung auf den Weltmärkten noch weiter auszubauen. Die Tabelle zeigt, welche

führende Stellung die BRD schon heute auf dem Weltmarkt hat:

Weltmarktanteil der BRD 1983

Produkt	Weltmarktanteil
Luftfahrzeuge und -teile	10,8%
Büromaschinen, EDV	10,8%
Elektr. Maschinen u. Apparate	17,9%
Nachrichtentechnik	9,9%
Meß- und Regeltechnik	14,9%
Arzneiwaren	15,9%
Kunststoffe und -fasern	21,4%
Motoren und Turbinen	15,9%
Landwirtsch. Chemikalien	13,5%
Anorganische Industriechemik.	16,8%

Quelle: SVR-Gutachten 1984/85, S. 110

Schon 1983 war die BRD größter Exporteur bei Kunststoffen und -fasern sowie bei allen verarbeitenden Produkten zusammen. Bei Luftfahrzeugen und -teilen lagen sie hinter den USA auf Platz 2 oder 3 (Angaben für Frankreich lagen uns nicht vor), bei elektrischen Maschinen, Arzneiwaren, Motoren und Turbinen, landwirtschaftlichen Chemikalien und anorganischen Industriechemikalien hinter den USA auf Platz 2.

Je länger nun der hohe Dollarkurs anhält, umso größer sind die Aussichten der BRD-Imperialisten, auch bei anderen Produkten den US-Kapitalisten Weltmarktanteile zu entreißen und sich zum weltgrößten Exporteur aufzuschwingen. Denn der hohe Dollarkurs verschlechtert nicht nur die Konkurrenzposition der US-Kapitalisten in den USA, sondern weltweit.

Noch immer sei der US-Maschinenbau der größte Konkurrent, den es zu übertrumpfen gelte, gab das "Handelsblatt" am 15.3. die Deise aus, um dann die Exporterfolge der Maschi-

heißt es: "Im übrigen werden diese Mindestanforderungen von jedem auf Vermietbarkeit bedachten Investor heute als selbstverständlich erfüllt ..." – so selbstverständlich, wie bei zunehmender Armut sich einer findet, der in Baracken investiert. – (alk)

FDP ZUM

"ARBEITSKAMPFRECHT"

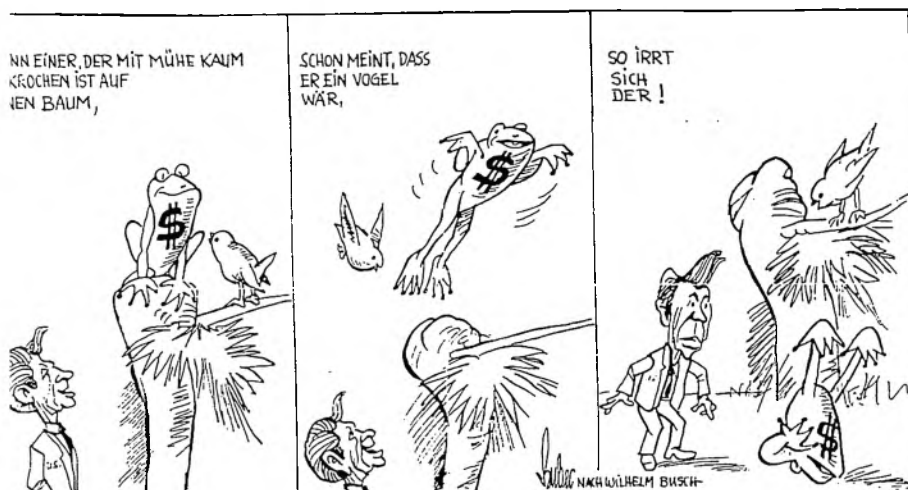
Das FDP-Präsidium hat am 11. März ein Positionspapier zum "Arbeitskampfrecht" gebilligt. Die FDP wünscht: ein Gesetz, das klarstellt, daß während einer Aussperrung kein Arbeitslosengeld gezahlt wird; einen "Verhaltenskodex" für die Gewerkschaften (wenn nicht freiwillig, dann per gesetzlichem Zwang), in dem diese u.a. "die Urabstimmung als Rechtmäßigkeitsvoraussetzung für einen Streik" anerkennen und auf die "neue Beweglichkeit" verzichten müßten; ein Verbot der Gewerkschaftsmitgliedschaft von Arbeitsrichtern

zwecks "Rückbesinnung auf den Grundsatz der Unabhängigkeit der Justiz"; einheitliche Polizeimaßnahmen der Innenminister, um sicherzustellen, "daß im gesamten Bundesgebiet das Legalitätsprinzip bei rechtswidrigen Übergriffen von Streikposten angewandt wird"; schließlich eine "Rückbesinnung auf das Prinzip der Vertragsfreiheit im individualarbeitsrechtlichen Bereich", womit die liberalen Propagandisten der "ökonomischen Kraft des intelligenten Egoismus" die regionale und betriebliche Differenzierung und Aufhebung von Tarifverträgen meinen. – (alk)

FÜHRERSCHEINENTZUG WEGEN HERBSTMANÖVER

Mehreren Personen, die während der Herbstmanöver 1984 im Raum Hildesheim Militärfahrzeuge behindert haben sollen, wurde der Führerschein entzogen, obwohl gegen sie bisher weder eine Anklageschrift noch ein Pro-

zeßtermin vorliegen. In Oldenburg und Witten drangen Polizisten mit Hausdurchsuchungsbefehlen in Wohnungen ein, um Führerscheine aufzuspüren und einzuziehen. Die Staatsgewalt erprobt offenbar ohne gesetzliche Grundlage eine neue Form vorbeugender Bestrafung. Sie bedroht die Existenz von Lohnabhängigen, die auf das Auto angewiesen sind, um zur Arbeitsstelle zu kommen. Der Hildesheimer Oberstaatsanwalt hat nach Auskunft der Initiative "Ermittlungsausschuß Störmanöver 84" mindestens 39 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Tatvorwürfe reichen von Beihilfe zur Nötigung gegen einen Fahrzeughalter, der zur Zeit der Manöver gar nicht anwesend war, bis zum Landfriedensbruch. Anschrift des Ausschusses, der auch Geld für die Prozeßführung sammelt: EA Hildesheim, c/o Verein zur Förderung von Kommunikation, Kunst und Kultur e.V., Postf. 1111, 3200 Hildesheim – (anl)



"Handelsblatt" vom 4. 3.: Spott über den Dollarkurs. Die westdeutschen Imperialisten sind keineswegs beunruhigt über den hohen Dollarkurs. Im Gegenteil: er erleichtert ihnen ihre Exportoffensive. Rechts: Bundesbankpräsident Pöhl.

anbaukapitalisten aufzulisten: Anstieg der Maschinenexporte 1984 auf 1,1 Mrd. DM, Exportüberschuß im Maschinenbau auf 48 Mrd. DM gestiegen, Lohnstückkosten 1984 um 1,2% gesenkt, im Januar 1985 neuer Anstieg der Bestellungen aus dem Ausland um 26%.

Solche Exporterfolge im Maschinenbau aber sind "dauerhaft". Haben die westdeutschen Imperialisten erst einmal irgendwohin Maschinen geliefert, Anlagen erstellt, so haben sie auf ihre hinaus zahllose Folgegeschäfte schon fast sicher. Die Arbeiter, Techniker usw. sind dann geschult an westdeutschen Maschinen und Anlagen, sämtliche Anschlußmaschinen müssen passen", d.h. DIN-Normen aufweisen, für zahllose Erweiterungsinvestitionen gilt dasselbe. Gelingt den BRD-Kapitalisten deshalb in der nächsten Zeit, die US-Kapitalisten auf diesen Märkten zu vertreiben, so haben sie auf Jahre hinaus eine Vorherrschaft auf dem Weltmarkt erobert.

Die westdeutschen Kapitalisten

sind fest entschlossen, diese Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. Daher ihre gebieterischen Forderungen nach immer mehr Überstunden, daher ihre immer brutaleren Einreißen aller Schranken des Normalarbeitstages, daher ihr Verlangen nach noch mehr befristeten Arbeitsverträgen, Teilzeit, Saisonarbeit usw. Daher schließlich ihre Forderung nach noch billigerer Arbeitskraft. Freilich: Wegen dieser zahlreichen Exportaufträge würde sie jetzt auch jeder Streik empfindlich treffen wie schon lange nicht mehr. Ob vielleicht auch dem einen oder anderen Sozialdemokraten in der IGM aufgeht, welchen Gefallen der IGM-Vorstand den Kapitalisten getan hat, als er der Verlängerung der Laufzeit für den Lohntarif zustimmte?

Selbst ein scharfer Kurseinbruch des Dollars würde die westdeutschen Kapitalisten nur begrenzt treffen. Zwar würden dadurch die Exporte der westdeutschen Kapitalisten in die USA wieder teurer und somit weniger

profitabel, und auch die Konkurrenz der US-Kapitalisten auf anderen Märkten würde wieder heftiger werden. Aber gleichzeitig würden große Massen des zur Zeit in US-Schuldpapieren angelegten Kapitals wegen sinkender Rendite in andere Länder verlegt – an erster Stelle in die BRD. Die westdeutschen Kapitalisten, deren Gold- und Devisenreserven schon heute die größten in der Welt sind, würden damit noch billiger als bisher an Leihkapital herankommen. Vor allem aber bleibt ihnen auch in einem solchen Fall die entscheidende Voraussetzung schon für ihren gegenwärtigen Vormarsch: Die schweren Lohnsenkungen, die sie in den letzten Jahren durchsetzen konnten und die ihnen erlaubt haben, ihre Stellung als führende Ausbeuter in der EG, ihrem wichtigsten Absatzmarkt, zu festigen wie nie zuvor.

Quellenhinweis: Handelsblatt, Ausgaben seit 26.2.; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Zahlungsbilanzstatistik, Januar 1985 – (rül)

CDU ZUM VERDECKTEN POLIZEISPITZEL

Am Anfang März legte der rheinland-pfälzische Innenminister Kurt Böckmann, zugleich Vorsitzender des Ausschusses Innenpolitik der CDU, "Thesen der CDU für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland" vor. Neben der Absichtserklärung, die Propaganda an den Schulen verstärken zu wollen – "das Rechtsbewußtsein unter den Bürgern dieses Staates, insbesondere der Jugend, festigen" –, ist in diesen Thesen zu entnehmen, daß die CDU in der nächsten Zeit Gesetzesinitiativen zum Ausbau des staatlichen Gewaltapparates ergreifen will. "Neue Akzente" will die CDU insbesondere "bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität" setzen. "Die offenen Ermittlungsmethoden der Polizei bei diesen Kriminalitätsformen erweisen sich als zunehmend unzureichend. Der Polizei muß daher die

Möglichkeit zu verdeckten Ermittlungen gegeben werden. Soweit erforderlich, sind unverzüglich die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen." Zur Erleichterung polizeilicher Spitzeltätigkeit fordert die CDU für den "Sicherheitsbereich bereichsspezifische Regelungen" des Datenschutzes, wobei "kein Verlust an Sicherheit für den Bürger eintreten" dürfe. – (alk)

AUSLÄNDERWOCHE VON DGB UND KIRCHEN

"Nachbarschaft, die Frieden schafft" – unter diesem Motto planen DGB und Kirchen vom 29.9. bis 5.10. eine "Woche der ausländischen Mitbürger". DGB und Kirchen wenden sich in ihrem Aufruf gegen die Entrechtung der ausländischen Lohnabhängigen. Sie fordern u.a. ein "eigenständiges Aufenthaltsrecht" für die Frauen und Kinder von ausländischen Lohnabhängigen, die Abschaffung der Zuzugsbeschränkungen für Frauen und Kinder

sowie eine Einschränkung der Abschiebungspraktiken. Trotz dieser Kritik an der Ausländergesetzgebung fällt der Aufruf hinter beschlossene Forderungen der Gewerkschaften weit zurück. So fehlt die Forderung nach kommunalem Wahlrecht. Nach zahlreichen Gewerkschaftsbeschlüssen dafür hatten auch die EKD und die katholische Kirche diese Forderung auf einer ökumenischen Arbeitstagung in München im Februar erstmals unterstützt. – (rül)

EG-ARBEITSGRUPPE "INNERE SICHERHEIT"

Die Bemühungen der Bundesregierung um einen weiteren Ausbau der Zusammenarbeit der Polizeiorgane in der EG unter westdeutscher Aufsicht machen offenbar rasche Fortschritte, wenn auch vorerst nur mit einem Teil der EG-Staaten. Am 28. Februar teilte die Bundesregierung in einer Presseerklärung mit, daß sie am 27.2. in Brüssel

Wahlen Westberlin

VORDRINGEN DES KONSERVATISMUS

"Entscheidend ist, daß die Koalition im Berliner Abgeordnetenhaus ihre Basis vergrößert hat und damit der Handlungsspielraum der Regierung auch größer geworden ist." So Eberhard Diepgen am Tag nach den Wahlen in einem Interview der "WELT".

Schon seit den Wahlen von 1979 und 1981 haben CDU plus FDP ständig weiter an Stimmen gewonnen, wenn auch nicht soviel, wie die SPD und alle links von ihr verloren haben. Die Anzahl der SEW-Wähler ist im Vergleich zu 1979 fast auf die Hälfte geschrumpft (von 13744 auf 7713). Von den revolutionären Sozialisten sah sich dieses Mal niemand mehr in der Lage zu kandidieren; für eine gemeinsame Kandidatur gab es weder Anstrengungen noch Aussichten.

Mit 2,5 Mio. DM hat die CDU einen sehr aufwendigen Wahlkampf betrieben, der sie als "Volkspartei", die alle Klassen und Schichten der Bevölkerung sowie verschiedenste politische Strömungen zu vertreten in der Lage sei, "rüüberbringen" sollte. Die Aufrufe, CDU zu wählen, reichten vom Schering-Kapitalisten bis zum Borsig-Betriebsrat, von Faschisten bis Sozialdemokraten. Erstmals in dieser Breite traten faschistische und rechtsradikale Organisationen mit großen Zeitungsanzeigen für die CDU auf. Zum Beispiel die Konservative Aktion: "Morgen wird über Freiheit und Unfreiheit entschieden! ... die ... vielleicht unheilvollste Katastrophe: Ein unregierbares Berlin, das auf Gedeih und Verderb der Gnade Alternativer, ökologischer Marxisten, grüner Sektierer und orthodoxer Kommu-

nisten ausgeliefert wird; ... ein Berlin im Würgegriff Moskaus ... Es lebe die alte Reichshauptstadt Berlin! Es lebe unser deutsches Vaterland!" Oder die Berliner Bürgergemeinschaft e.V.: "Die AL ist der Feind des freien Berlin! ... Wollt Ihr, daß Kidnapper ins Abgeordnetenhaus kommen? Wollt Ihr, daß Euch das Autofahren verboten wird? ... Das will die AL."

Auch die FDP, deren Zuwachs viele erstaunte, hatte in einer großen Anzeigenkampagne "Bürger für Berlin" von CDU, SPD und AL nahestehenden sogen. Parteilos, zum erheblichen Teil Kapitalisten, leitende Angestellte, Baulöwen wie Spekulanten, für sich werben lassen.

Die in diesem Wahlkampf wohl am meisten vorkommenden Worte waren: Kontinuität, Stabilität, Aufschwung sichern und Sicherheit überhaupt. Das schlug durch bis auf die Wahlpropaganda der SEW, die vor Sicherheitslosungen förmlich strotzte: "Den Frieden sichern – die Zukunft sichern Arbeitsplätze sichern – die Stadt muß sauber bleiben" etc. pp.

Auf Experimente sprang auch der Anhang der Reaktion nicht an. Die "Demokratische Alternative", die mit Volksgemeinschaftsideologie als "neue preußische Partei" kandidierte, erhielt nur 15000 Stimmen. Die Sozialistische Volkspartei Deutschlands, die v.a. mit Ausländerfeindlichkeit hausierte, wurde mit etwas über 3000 Stimmen abgeschlagen; sie kandidierte allerdings auch nur in 5 von 12 Bezirken.

Die Reaktionen der Linken auf das Wahlergebnis sind nicht sehr ermutigend. Vorherrschend ist die Hoffnung auf einen Linksruck der SPD. Dabei gehen die Überlegungen des Parteivorstands der SPD keineswegs etwa auf ein rot-grünes Bündnis, sondern: Den Grünen sollen die real- und reformpolitischen Kräfte entzogen wer-

den; bei der CDU soll der Einbruch in die "junge technische Intelligenz" gelingen ("WELT", 12.3.). Ansonsten wird eine Große Koalition vorsichtig hoffähig gemacht.

Die AL äußert ihre Absicht, "in das gefestigte Wählerreservoir der Regierungskoalition einzubrechen". Ob das mit Öffnung nach rechts oder Kampf gegen die Reaktion geschehen soll, ist offen. Die SEW, die den Wahlkampf mit der Aufforderung nach einer "Koalition gegen rechts" eingeleitet hatte, ruft zur weiteren Aktionseinheit auf, betont jedoch, daß sie keinen Grund sehe, ihre Politik zu verändern. Der DGB bietet dem neuen Senat "konstruktive Zusammenarbeit" an, ebenfalls zur "Sicherung" der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft der Stadt sowie der Arbeitsplätze.

Als Momentaufnahme ist der taz-Kommentar kaum zu widerlegen: "Diepgen muß diese Opposition nicht fürchten, zumal auch außerhalb des Parlaments nichts erkennbar ist, was der neuen bürgerlichen Mehrheit das Leben allzu schwer machen könnte." – (doz)

Bundesrat

NEUE ENTWÜRFE ZUR SOZIALHILFE

Zum 1.7. dieses Jahres sollen die Regelsätze in der Sozialhilfe gesetzlich neu gefaßt werden. Die Sozialministerien der Bundesländer schweigen sich gegenwärtig darüber aus, wie die künftige Bemessungsgrundlage der Sozialhilfe aussieht. Auf keinen Fall wird es eine 30%ige Erhöhung der Regelsätze geben, wie z.B. von Wohlfahrtsverbänden gefordert und – bei Zugrundelegung des bisher gültigen

neue Verhandlungen mit Vertretern der französischen Regierung sowie mit Vertretern der Benelux-Länder über ein Abkommen "zum Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen" geführt habe. Von westdeutscher Seite wurden die Verhandlungen erneut von Staatssekretär Schreckenberger vom Kanzleramt geleitet. Schreckenberger ist in der Bundesregierung verantwortlich für die Koordination der Geheimdienste. In der Presseerklärung heißt es u.a.: "Bei den weiteren Verhandlungen werden Fragen der Sicherheit, insbesondere das Drogenproblem und das Problem der illegalen Einreise geprüft werden." Vier Arbeitsgruppen sind bereits gebildet worden, die sich mit Regelungen für Visum/Einreise, Zoll, Güterverkehr sowie Polizei/Sicherheit befassen sollen. Bis Ende April soll der Entwurf eines alle fünf Staaten umfassenden Polizeiabkommens ausgearbeitet sein. – (rül)



Seit Anfang März ist der Vorstand des "europäischen" Flugzeugbaukonsortiums "Airbus Industrie" neu "geordnet". Die BRD, die bislang schon mit Franz Josef Strauß (Bild: bei feierlichem Geschäftsakt) als Aufsichtsratsvorsitzendem und 37,9% Kapitalbeteiligung wichtigen Einfluß ausübte, hat ihre Position gestärkt. Waren bislang Präsident und Vizepräsident Vertreter französischer Unternehmen, so ist jetzt mit J. Schäffler vom MBB-Vorstand erstmals ein Westdeutscher auch Generalmanager der Airbus Industrie. – (rül)

arenkorbs von 1971 – aufgrund der Entwicklung der Lebenshaltungskosten nötig. Wahrscheinlich ist, daß der Arenkorb als Festlegung des Mindeststandards, der laut Gesetz ein menschenwürdiges Leben garantieren soll, faktisch dadurch liquidiert wird, daß die Bemessung und jährliche Festsetzung der Regelsätze der Sozialhilfe an die Entwicklung der Niedrigstlöhne angebunden wird. Die Bundesländer Bayern und Niedersachsen haben jetzt im Bundesrat zwei Gesetzesentwürfe eingebracht, die sich auf Sozialhilfeempfänger ab dem 60. Lebensjahr und auf Alleinerziehende mit einem noch nicht schulpflichtigen Kind beziehen und einen Vorgehensmehrmack auf die kommende Gestaltung der Sozialhilfe-Regelsätze haben:

Anerkannt wird in beiden Gesetzesentwürfen, daß die gegenwärtige gesetzliche Regelung eines altersbedingten Mehrbedarfs ab Vollendung des 65. Lebensjahrs bzw. nur für Alleinerziehende mit zwei Kindern unter 16 Jahren nicht ausreichend ist. Wenn: "Altersbedingte Beeinträchtigungen, die erhöhte Aufwendungen für den Lebensunterhalt erfordern, aufen sich bereits ab Vollendung des 60. Lebensjahres." Außerdem sei die Situation von Alleinerziehenden mit einem nicht schulpflichtigen Kind vergleichbar der Situation von Alleinerziehenden mit zwei Kindern unter 16. Für derartige Lebensumstände sehen die antragstellenden Bundesländer einen Mehrbedarf von 20% des maßgebenden Regelsatzes vor; Niedersachsen will außerdem eine Erhöhung des bislang geltenden Mehrbedarfs von 20% auf 30% ab Vollendung des 65. Lebensjahres.

Die Ausweitung der Mehrbedarfsatzbestände macht Sinn, auch wenn sie kostet. Denn sie erlaubt es, die Regelsätze für die anderen Sozialhilfeempfänger so niedrig zu halten, daß diese nur "auf dem Weg über die Hilfe zur Arbeit eine höhere laufende Hilfe" bekommen können, d.h. zur nackten Existenzsicherung zur Zwangsarbeit gezwungen werden.

Der bayerische Gesetzentwurf beschränkt außerdem die Inanspruchnahme von Hilfe in besonderen Lebenslagen: Nach den bisherigen Regelungen im Bundessozialhilfegesetz wird eigenes Einkommen nur dann auf die Sozialhilfe angerechnet, sofern es ihnen bestimmten, an die Höhe der Regelsätze gekoppelten Grundbetrag übersteigt. Bayern will künftig den Grundbetrag festschreiben – für einen Alleinstehenden 736 DM –, der nur im zweijahresrhythmus entsprechend der Bemessungsgrundlage der Rentenversicherung der Arbeiter angepaßt wird. Ausdrücklicher Zweck: Abkoppelung der Einkommensgrenzen von der Entwicklung der Lebenshaltungskosten.

Quellenhinweis: Bundesratsdrucksachen 80/85 und 93/85 – (wom)

Asylrecht

UNMENSCHLICHE EXISTENZBEDINGUNGEN FÜR ASYLANTEN BEANTRAGT

Gemeinsam haben die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg am 26.2. 1985 einen Gesetzesantrag zur Verschlechterung des Asylrechts in den Bundesrat eingebracht. Mit dem "Entwurf eines Gesetzes zur Eindämmung des Asylmißbrauchs" treiben sie dazu, daß nicht nur ihre rabiate Praxis bundesweit Gesetz wird, sondern daß Verfahren zur Anerkennung von Asylbewerbern abgewürgt und darüber hinaus die Existenzbedingungen von Asylanten rein unmenschlich werden.

Bereits jetzt darf ein Asylant in Baden-Württemberg zwei Jahre lang keine Arbeit aufnehmen. Mit dem neuen Gesetz soll dieses Verbot auf die ganze Dauer des Asylverfahrens ausgedehnt werden. Eine Arbeitserlaubnis darf dagegen denen erteilt werden, "wenn von vornherein feststeht, daß sie auch im Fall der Ablehnung... nicht ausgewiesen oder abgeschoben werden". Diese bevorzugte Behandlung genießen prinzipiell alle Bewerber aus den sogenannten Ost-

können, vermehrt werden. Wenn der Ausländer "nur aus wirtschaftlichen Gründen oder um einer allgemeinen Notsituation oder kriegerischen Auseinandersetzung zu entgehen", Asyl sucht, soll er gleich abgelehnt werden. Die Antragsteller behaupten, gedeckt durch höchst richterliche Rechtsprechung, der Antrag werde letztendlich sowieso abgelehnt, da auch schwierige Lebensumstände, z.B. ein Bürgerkrieg, keine politische Verfolgung darstellten. "Unbeachtliche" Anträge sind ferner solche von Personen, die sich auf schon gestellte und abgelehnte Anträge von Angehörigen stützen, und von solchen, die sich zuvor drei Monate oder länger in einem dritten Land aufgehalten haben.

Das Asyl selber wird zu einer bestenfalls vorübergehenden Sicherung des Betroffenen. Ganz neu ist die Überprüfung der Voraussetzungen für die Anerkennung alle drei Jahre nach Eintritt der juristischen Unanfecht-



Sammellager für Asylbewerber in Zirndorf

blockländern, die auch sonst damit rechnen können, daß ihnen Vergehen, die gegenüber anderen Ausländern zur Strafverfolgung führen, wie z.B. illegale Einreise, nicht zur Last gelegt werden.

In Verschärfung eines Gesetzentwurfs, dem der Bundesrat schon Mitte März vorigen Jahres zugestimmt hat, der aber noch nicht Gesetz geworden ist, sollen die Entscheidungskriterien dafür, in welchen Fällen Asylanträge "unbeachtlich" sind und daher von den Ausländerbehörden, die an wenigen Stellen konzentriert werden sollen, sofort abgelehnt werden und die Bewerber damit abgeschoben werden

barkeit. "Ist die Anerkennung nur wegen der Zugehörigkeit des Ausländers zu einer sozialen, ethnischen oder religiösen Gruppe ausgesprochen worden, ohne daß zugleich eine auf die Person des Ausländers gerichtete Verfolgung gegeben gewesen wäre, beträgt die Frist zwei Jahre."

Massenhaft sollen also nicht nur Gründe für die sofortige Ablehnung von Asylgesuchen geschaffen werden, sondern auch Gründe, mit denen die Abschiebung gerechtfertigt werden kann. Daß die möglichen Folgen, mit denen die Abgeschobenen in ihren Heimatländern rechnen müssen, die abschiebende Behörde nicht zu beein-

ASYLRECHT IN WEST-EUROPA – EINE ÜBERSICHT

Einzig in der BRD sei das Asylrecht in der Verfassung verankert, und auch ansonsten sei das westdeutsche Asylrecht weitgehender als in vielen anderen Ländern Westeuropas, hat ein Sprecher des Bundesinnenministeriums auf die Angriffe der Arbeiterwohlfaht gegen die neuen Gesetzespläne aus Bayern und Baden-Württemberg geantwortet. Das westdeutsche Asylrecht weitgehender als in vielen anderen Ländern Westeuropas? Die folgenden Beispiele über die Handhabung des Asylrechts in anderen westeuropäischen Staaten widerlegen diese Behauptung des Innenministeriums. Sie dokumentieren die Rechtslage Anfang 1982.

Einschaltung des UNO-Flüchtlingskommissars bei Asylentscheidungen

Der UNO-Flüchtlingskommissar hat die Asylverweigerungspolitik und die Unterdrückung der Asylbewerber in der BRD in der Vergangenheit mehrfach angegriffen. Bundesinnenminister Zimmermann hat deshalb vor einiger Zeit sogar abgelehnt, den Flüchtlingskommissar überhaupt zu empfangen, geschweige denn, die kritisierten Zustände zu ändern. Gesetzlich hat der UNO-Flüchtlingskommissar in der BRD überhaupt keine Rechte. Sein Vertreter darf lediglich bei Entscheidungen des "Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" über Asylanträge als Beobachter teilnehmen. In Belgien dagegen entscheidet allein der Vertreter des UNO-Flüchtlingskommissars über Asylanträge. In Italien entscheidet eine dreiköpfige Kommission über



Waschraum im Asylantenwohnheim in Stuttgart

Asylanträge, bestehend aus einem Vertreter des Auswärtigen Amtes, einem des Innenministeriums und dem Vertreter des UNO-Flüchtlingskommissars. In Frankreich nimmt der Vertreter des Flüchtlingskommissars mit Stimmrecht an den Entscheidungen einer Kommission teil, die über Widersprüche gegen erstinstanzliche Ablehnungen des Asylrechts entscheidet. In Österreich wird der UNO-Flüchtlingskommissar über alle eingehenden Asylanträge und die beabsichtigten Entscheidungen unterrichtet und kann binnen zwei Monaten sich dazu äußern.

Inhaftierung in Lagern

Eine Inhaftierung wie in der BRD gibt es bislang weder in Belgien, noch in Dänemark oder in Frankreich. In Belgien und in den Niederlanden können Asylsuchende ihren Aufenthaltsort frei wählen und sich auch sonst frei bewegen.

Arbeitsverbot für Asylbe-

werber

Ein solches Arbeitsverbot besteht außer in der BRD auch in Österreich, in Dänemark und in Großbritannien. Dagegen können Asylbewerber in Belgien, Frankreich, den Niederlanden, Portugal und in der Schweiz eine vorläufige Arbeitserlaubnis bekommen. In Frankreich wurde diese Arbeitserlaubnis 1981 begrenzt, die bislang einjährige Arbeitserlaubnis gilt seitdem nur für drei Monate.

Anspruch auf Sozialhilfe, Krankenversicherung usw.

In Belgien, Dänemark, den Niederlanden und Schweden hat der Asylbewerber Anspruch auf Sozialhilfe, in Belgien ausdrücklich auf Sozialhilfe nach dem für Staatsbürger geltenden Satz. In Belgien sind Asylbewerber wie gewöhnliche Lohnabhängige gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und Unfälle versichert.

Quellenhinweis: H. Spaich, Asyl bei den Deutschen, Hamburg 1982

drucken brauchen, daran arbeitet gegenwärtig die Rechtsprechung. Richtungweisend ist das Obergericht in Lüneburg, das in einem noch nicht rechtskräftigen Urteil vom 15.1. 1985 die Berufungsklage eines türkischen Staatsangehörigen gegen seine Ausweisung und Abschiebung abgewiesen hat. Zum erstenmal erklärt ein Gericht, daß auch eine drohende Doppelverurteilung wegen eines Rauschgiftdelikts und die in diesem Fall in der Türkei drohende Todesstrafe keine Gründe sind, die die Abschiebungsbehörden überhaupt berücksichtigen müssen.

Die Argumentation ist doppelt gesichert. Einmal durch die These, die in der BRD laut Grundgesetz abgeschaffte Todesstrafe widerspreche nicht "den Grundüberzeugungen der gesamten Kulturwelt". "Nach wie vor wird die Todesstrafe auch in führenden westlichen Demokratien verhängt und vollstreckt." Diese sei

daher keine "gegen Mindestanforderungen der Menschenwürde verstößende Behandlung". Die Sonderregelungen für die Ostflüchtlinge können demnach so gewertet werden, daß die Zumutung, in anderen als kapitalistischen Verhältnissen zu leben, schlimmer ist als die Zumutung, sich nach der Rückkehr in das Herkunftsland umbringen zu lassen. Der zweite Argumentationsweg betrifft die innere Gewaltenteilung in der BRD. Sie bemüht sich um die Herausbildung der Polizei als vierte Gewalt, die bedenkenlos nach außen wirken kann. "Die Ausländerbehörde hat auch regelmäßig keinen Anlaß, ... zu prüfen und zu würdigen, ob der Ausländer möglicherweise nach dem Recht seines Heimatstaates eine Bestrafung zu erwarten hat." "Der verfassungsrechtliche Grundsatz der Verhältnismäßigkeit von Mittel und Zweck verlangt, daß sie die nachteiligen Folgen ihrer eigenen

Maßnahmen, nicht aber der fremder Hoheitsträger abwägen."

Gegen die mit dem Gesetzentwurf verfolgten Absichten hat die Arbeiterwohlfaht protestiert. Sie legt dar, daß die BRD, was die Anzahl der aufgenommenen Asylsuchenden betrifft, im Vergleich mit Ländern wie Schweden, Frankreich, Österreich an letzter Stelle steht. Sie erhebt im Hinblick auf den 8. Mai den Vorwurf, die jetzige Asylantengesetzgebung lege den Vergleich mit dem Faschismus nahe: "Sammellager, Unterstützung in Form von Lebensmittelkarten, Arbeitsaufnahmeverbot, Diskriminierung, Aushöhlung von Grundrechten erinnern eher an die Zeit vor dem 8. Mai 1945."

Quellenhinweis: Bundesratsdrucksache 99/85; Urteil des Obergerichtes Lüneburg vom 15.1. 1985; Pressedienst der Arbeiterwohlfaht vom 1.3. 1985 – (anl, rül)

Auschwitz-Lüge"

IN VORBEREITUNG: STRAFVERFOLGUNG VON GEGNERN DES REVANCHISMUS

Am 27. April 1985, kurz bevor im Bundestag die von der SPD erzwungene Aussprache über ein Gesetz zur strafrechtlichen Verfolgung der Leugnung und Verharmlosung von Verbrechen der Nationalsozialisten geführt wurde, einigten sich CDU/CSU und FDP auf einen "Kompromiß". Die FDP veröffentlichte die Vorlage der Koalitionsfraktionen unter der heuchlerischen Überschrift: "Auschwitz-Lüge" wird im Strafrecht von Amts wegen verfolgt". Die Vorlage hat folgenden Wortlaut:

1. Einigkeit besteht in der Verwirklichung der beiden vom Rechtsausschuß beschlossenen Punkte:

Einziehung rechtsextremistischer Schriften auch nach Eintritt der Strafverfolgungsverjährung.

Strafbarkeit des Verbreitens und Verwertung von Gegenständen mit Kennzeichen nationalsozialistischer Organisationen auf bestimmte Vorbereitungshandlungen auszudehnen.

2. Einigkeit besteht ferner darüber, in den Fällen, in denen der Verstorbene ein Leben als Opfer der nationalsozialistischen oder einer anderen Gewalt- und Willkürherrschaft verloren hat und in diesem Zusammenhang beleidigt, verleumdet oder verunglimpft wird, in Zukunft als Officialdelikt von Amts wegen zu verfolgen, es sei denn, daß Angehörige ihr widersprechen.

3. Angesichts dieser Vereinbarungen

besteht Einigkeit darüber, daß weder die im Regierungsentwurf vorgesehene Neufassung des § 140 noch die in der Gegenäußerung der Bundesregierung enthaltene Neufassung des § 131 weiter verfolgt werden soll."

Justizminister Engelhard (FDP) hat angekündigt, daß die Umsetzung in Gesetzesform so zügig stattfinden soll, daß eine Verabschiedung im Bun-



Transport in ein Vernichtungslager. Wer das als Greuelpropaganda bezeichnet, bleibt straffrei.

KOMMENTARE DER BÜRGERLICHEN PRESSE

Frankfurter Rundschau: "Gründlicher als geschehen, hätte man die Sache nicht verpfuschen können. Die Idee, jüdischen Mitbürgern mit dem Strafrecht einen gewissen Schutz vor unsäglichem Verfälschungen der nationalsozialistischen Verbrechen zu geben, hat durch die Art, wie in Bonn dagegen gesteuert wurde, mächtig gelitten. Trotz der Einigung in letzter Sekunde: Das ganze Thema ist belastet von dem Wissen, daß zahlreiche Widersacher mit eher fadenscheinigen Einwänden die Position des Bundesjustizministers unterhöhlen wollten."

Stuttgarter Nachrichten: "Tatsache ist, daß es bereits heute eine ausreichende Handhabe gegen jene gibt, die die Verbrechen des Nationalsozialismus aus Dummheit oder aus verbogener Ideologie heraus leugnen. Insofern kann auch die jüngste Koalitionsvereinbarung nicht befriedigen, bei der die Union dem Drängen von FDP-Bundesjustiz-

minister Hans Engelhart ohne Not und Überzeugung nachgekommen ist. Sicher, in der Politik einer Koalition sind Kompromisse immer wieder nötig. Aber falsche Kompromisse muß man dann auch laut und deutlich beim Namen nennen."

Augsburger Allgemeine: "Die Vertriebungsverbrechen sind nicht mehr erwähnt, aber gemeint. So hat leider das schreckliche Aufrechnungsdenken doch noch Einzug in die Gesetzesvorlage gehalten."

Süddeutsche Zeitung: "Die Streitigkeiten über die juristische Erfassung der 'Auschwitzlüge' sind ein schlimmes Beispiel dafür, wie man auch den letzten Rest an Vertrauenskapital im In- und Ausland verspielt. ... Schon allein aus Gründen der Glaubwürdigkeit hätten die Regierungsparteien das Vorhaben nicht treiben lassen dürfen, um es dann fallen zu lassen wie eine heiße Kartoffel. Da hätte man besser gleich die Finger davon gelassen. Zu einer Zeit, in der das Ausland besonders kritisch zuschaut, wie die Deutschen ihre Vergangenheit bewältigen, wirkt das neuerliche Feilschen um juristische Kom-

destag noch vor dem 8. Mai erfolgen kann.

Wird diese Vorlage Gesetz, können Faschisten weiter behaupten und verbreiten, Auschwitz wäre eine Erfindung "kommunistischer Greuelpropaganda". Nur die Beleidigung bestimmter Opfer kann verfolgt werden. Der Faschismus, mit dem die deutsche Bourgeoisie alles nichtdeutsche Leben als unwert zur Ausrottung und zur Vernichtung durch Arbeit freigegeben hatte und sich halb Europa einverleiben wollte, wird auf eine Stufe mit anderen "Gewalt- und Willkürherrschaften" gestellt. Altnazis und Kriegsverbrecher können sich zum Ankläger ge-

promisse nicht besonders vertrauens-erweckend. Bei soviel Ungeschicklichkeit bedeutet es schon etwas, daß alle Parteien mit Ausnahme der GRÜNEN davon abgekommen sind, die 'Auschwitzlüge' als solche strafrechtlich zu erfassen."

Donau-Kurier: "Wie werden solche Prozesse in der Praxis ablaufen? Was macht ein Gericht, wenn ein Angeklagter im Schlußwort die vorher nur mündlich und nicht schriftlich vorgebrachte Lüge ausdrücklich zurücknimmt? Gibt es dann mildernde Umstände oder Freispruch? Wie lange soll das Gesetz eigentlich gelten? Was passiert mit Ausländern, die in der Bundesrepublik bei der Lüge erappt werden? Beginnt der Tatbestand der Lüge, wenn man nur von fünf, statt sechs Millionen Opfern spricht? Wird es nicht ein besonderer Ehreenausweis für Neonazis werden, wenigstens einmal wegen der 'Auschwitzlüge' vorbestraft zu sein? ... Müßte nicht auch ein Gesetz wegen der 'Gulag-Lüge', wegen der 'Dresden-Lüge', wegen der 'Vertreibungs-Lüge' ... usw. gemacht werden?"

gen Opfer des Faschismus aufschwingen, so sie nur ebenfalls "Opfer" waren, zum Beispiel als Kriegsgefangener in der SU.

Die Eile, mit der dieses Machwerk jetzt durch den Bundestag kommen soll, ist verständlich. Die Regierungskoalition steht damit unter gewissem Druck. Viele Antifaschisten bereiten örtlich und regional Veranstaltungen und Aktionen vor, mit denen die Befreiung vom Faschismus gefeiert und die Kriegsvorbereitungen der BRD-Imperialisten kritisiert werden sollen. Gewerkschaftskörper, Mitglieder der SPD und der GRÜNEN sind daran beteiligt.

Die Umsetzung der Koalitionsvorlage in ein Gesetz noch vor dem 8. Mai stellt einen direkten Angriff auf die Formierung einer antifaschistischen, antirevanchistischen Bewegung dar. Die Reaktion versucht, vollendete Tatsachen zu schaffen, bevor eine starke öffentliche Gegenwehr aufkommt. War durch die Erweiterung um die "Vertreibungsverbrechen" schon die Strafverfolgung gegen "links" enthalten, so wird diese Seite jetzt uferlos, alle deutschen "Opfer" anderer Gewaltherrschaften stehen unter staatlichem Schutz. Massiver Druck wird gegen alle ausgeübt, die den Revanchismus kritisieren. "Vertriebene", die für die Beseitigung der Grenzen zur DDR, Polen, SU, CSSR usw. mit "allen Mitteln" auftreten, sind solche "Opfer". Alle DDR-"Flüchtlinge" können als solche gelten, die DDR gilt in der westdeutschen Rechtsprechung als "Unrechtsregime". Wer den Beitrag der Roten Armee unter Stalins Führung zur Befreiung vom Faschismus würdigt, kann verklagt und verurteilt werden.

Ob sich an diesem Coup, im Februar von Franz Joseph Strauß gestartet, von der bayerischen FDP und dem gesamten FDP-Präsidium übernommen, — einem Unterdrückungsinstrument vom Kaliber der Anti-Terrorgesetze —, nur die Regierungskoalition beteiligt, ist nicht sicher. Vogel und Emmerlich (SPD) sowie Schily (GRÜNE) erklärten nicht definitiv, daß eine Zustimmung auf der Linie von CDU/CSU und FDP auf keinen Fall in Frage komme. Emmerlich äußerte, die SPD wolle den Kompromiß "mit gutem Willen prüfen". Der Vorwärts spricht von Erfolg. Andere Mitglieder von GRÜNEN und SPD haben sich kritisch bis ablehnend gegen die Gleichsetzung von NS-Völkermord mit anderen Regierungssystemen verhalten. Die Aktionen zum 8. Mai bieten die Möglichkeit, sie auf Ablehnung der CDU/CSU- und FDP-Pläne zur amtlich erlaubten Leugnung der Nazi-Verbrechen und Verfolgung von Antifaschisten zu verpflichten.

Quellenhinweis: Tagesdienst der FDP vom 14.3., Blick durch die Morgenpresse — SWF II, FAZ, UZ, TAZ v. 15./16.3.— (düb)

Geraer Forderungen der DDR (II)

"NEUE DEUTSCHLANDPOLITIK" — DDR-ANNEKTION ALS KOHLS OFFIZIELLES REGIERUNGSPROGRAMM

Zeitlich zusammen mit der Ansetzung der "Schlesierdebatte" hat die Regierung Kohl mit der öffentlichen Erörterung einer "neuen Deutschlandpolitik" begonnen. Dabei ist sie bemüht, die "deutschnationalen" Töne, die eine "Lösung der deutschen Frage" durch westdeutsche Staatsorgane, sprich Truppen, verlangen, eher zurückzuhalten und stattdessen die Notwendigkeit einer "europäischen Lösung" der "deutschen Frage" zu betonen. Das ist in den Zielen weitreichender und erleichtert die Gewinnung von Verbündeten. Zudem hat die Bundesregierung aus ihrer aggressiven revanchistischen Kampagne zum 17. Juni 1983 gelernt, die bei der politischen Opposition auf vielfältige Gegenwehr stieß: Die Propaganda für die "neue Deutschlandpolitik" wird streng europäisch entwickelt.

Wir haben im folgenden eine Übersicht der wichtigsten Äußerungen von Regierungs- und Unionspolitikern der letzten Zeit über diese "neue Deutschlandpolitik" zusammengestellt. Diese Übersicht scheint uns auch deshalb angebracht, weil nach unserem Eindruck vieles von dem, was die Union und die von ihr geführte Regierung derzeit bereits in zahlreichen Fach- und Regierungspublikationen erörtert, in der politischen Opposition weitgehend unbekannt ist. Die Übersicht zeigt: Die Bundesregierung will ihren Druck auf die DDR und die Staaten des Osteuropas nicht mindern, sondern verstärken. Sie will entgegen allen Presseverlautbarungen diese Staaten, ihre Souveränität, ihre Grenzen usw. nicht anerkennen, sondern sie militärisch bedrohen, sie erpressen. Sie will die Umtriebe westdeut-

scher Agenten und Provokateure insbesondere in der DDR verstärken. Sie will die öffentliche Hetze gegen die Sowjetunion, gegen die Staaten Osteuropas und insbesondere gegen die DDR in einem lange nicht mehr erlebten Ausmaß steigern. Am Ende dieser sorgfältig vorgeplanten Schritte strebt sie die Schaffung einer politischen Lage an, in der die gewaltsame Annektion der DDR möglich sein soll. Die politische Opposition muß eine gründliche Gegenpropaganda entfalten, wenn sie der Popularisierung dieser "neuen Deutschlandpolitik" wirksam entgegentreten will.

Was sind die Elemente dieser "neuen Deutschlandpolitik", wie weit ist die Propaganda der Regierung bereits gediehen?

Erstens: Unverzichtbare Vorbedingung und unerläßlich für die angestrebte "Lösung der deutschen Frage" ist die Stationierung der Mittelstreckenraketen in der BRD. Jede Verringerung oder gar Rückgängigmachung dieser Stationierung ist deshalb für die BRD unannehmbar. Am deutlichsten hat dies schon Anfang letzten Jahres der Minister für "Innerdeutsches", Windelen, ausgesprochen. Auf einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington erklärte er:

"Die Durchsetzung der Stationierung war von Anfang an auch ein deutschlandpolitisches Problem."

Diese Stationierung sei der entscheidende Schritt bei der Überwindung der "Ostpolitik" der früheren SPD/FDP-Regierungen gewesen. Windelen weiter:

"Die Bundesregierungen und die öffentliche Meinung akzeptierten ab Mitte der sechziger Jahre die Einsicht



Das Ziel der "neuen Deutschlandpolitik" der Bundesregierung ist die gewaltsame Annektion der DDR. Bild: Öffentliche Vereidigung von Bundeswehrrekruten, München, 1980

DOKUMENTIERT: RÜCKEROBERUNGSPÄNE UND -PROPAGANDA

Europ. Wehrkunde: "Die 'deutsche Frage' als ein Kernproblem ... in Europa"

"... In das bisherige sicherheitspolitische und strategische Denken muß als neue Kategorie das Problem der politischen Ordnung in Europa auch unter dem Kriterium der 'deutschen Frage' eingeführt werden ...

Jede Veränderung des politischen und militärischen Status der DDR setzt zwingend die Aufgabe der Offensivstrategie der Sowjetunion voraus. Mit der Nachrüstung wird ein zentraler Baustein der sowjetischen Überlegenheit in Europa unter Bedrohung des sowjetischen Territoriums hinfällig. ... Nie zuvor war es möglich, den Zusammenhang zwischen der Sicherung des Friedens und der Gestaltung der politischen Ordnung in Europa auch unter dem Aspekt der deutschen Frage in der eigenen Öffentlichkeit und im Bündnis so deutlich vor Augen zu führen. Gleichzeitig mit der Entschlossenheit, im Rahmen und unter den Kriterien der bisherigen Ost-West-Konstellation die Sowjetunion zur Aufgabe ihrer Offensivstrategie zu bewegen, muß im Westen die Bereitschaft geweckt werden, das leidige Problem der Sicherheit und Friedenserhaltung nicht mehr nur auf der Schiene von Rüstung und Abrüstung, von Spannung und Entspannung, sondern auch durch Änderung der politischen Struktur in Europa zu lösen ...

Der Preis, der mit der existenzbedrohenden Gefahr einer weiteren Eskalation der Rüstung im Ost-West-Verhältnis oder aber mit einer schleichenden Unterwerfung Westeuropas unter sowjetischen Willen für die Aufrechterhaltung der deutschen Teilung zu zahlen wäre, ist mittlerweile für alle entschieden zu groß geworden. Die Beseitigung einer zutiefst anormalen Lage im Herzen Europas liegt daher heute auch im existentiellen Interesse der Westeuropäer. ... Dies zu verdeutlichen müßte eine vorrangige Aufgabe aller Vertreter der Bundesrepublik im Bündnisbereich werden. ... Die Sowjetunion muß erkennen, daß ihrer Politik und Strategie gegenüber Westeuropa kein Erfolg beschieden sein wird, daß mit Aufgabe dieser Strategie der 'Status quo Yalta' seine Funktion verliert und zugunsten einer mitteleuropäischen Ordnung abgelöst werden muß, die auch die Sowjetunion entlastet ...

(Oberst i.G. G. Hubatschek, Die 'deutsche Frage' als ein Kernproblem der Friedensordnung in Europa, in: Europäische Wehrkunde 4/84)

Z. Brzezinski: "Die Zukunft von Jalta"

"Mit dem geteilten Deutschland als permanenten Katalysator für Veränderung bleibt die Frage der Zukunft Europas trotz des Patts der vergangenen vierzig Jahre von brennender Aktualität ...

Wie aber ist aus Jalta herauszukommen? ... die Entstehung eines politisch lebensfähigeren Europa, das militärisch weniger abhängig ist von den Vereinigten Staaten und Unterstützung erfährt für diesen Weg von ... Amerika ... Dies würde schließlich zu einer grundsätzlich veränderten Beziehung mit Osteuropa und mit der Sowjetunion führen ...

1. ... Mit einer öffentlichen Ablehnung dieser Hinterlassenschaft— der Teilung Europas— sollte der Westen seine Verpflichtung für ein wiederhergestelltes, von auswärtiger Kontrolle freies Europa bekräftigen ... Ausdrücklich sollte er den von Moskau ausgehenden Zwang zurückweisen und verurteilen, mit dem so vielen Europäern ein System auferlegt worden ist, das ihnen kulturell und politisch so zuwider ist ...

2. Im direkten Zusammenhang mit der Zurückweisung der Last von Jalta sollte der Westen gleichzeitig erneut seine Verpflichtung auf die Schlußakte von Helsinki bekräfti-

gen. Dies ist ganz und gar unerlässlich, denn sonst könnte die Ablehnung von Jalta der Sowjetunion das bequeme Argument verschaffen, daß dadurch die territoriale Integrität Polens und der Tschechoslowakei erneut in Gefahr geriete ... In diesem Zusammenhang braucht die Teilung Deutschlands nicht durch eine formelle Wiedervereinigung überwunden zu werden, sondern dies kann durch das allmähliche Entstehen einer viel weniger bedrohlichen losen Konföderation der beiden vorhandenen Staaten geschehen.

3. ... sollte Westeuropa danach streben, die größtmögliche Zahl an Möglichkeiten osteuropäischer Beteiligung in einer Reihe gesamteuropäischer Organe zu schaffen ...

4. Ohne jeden Gegensatz zum oben Gesagten sollte Europa seine Hilfe für die Osteuropäer verstärken, die aktiv um die politische Emanzipation kämpfen ... Nur allzu oft schauen westeuropäische Gönner eines unabhängigeren Osteuropa jene im Osten schief an, die zu direkteren Formen des Kampfes greifen ...

5. ... Wenn sich Europa herausbilden soll, muß es eine direktere Rolle in seiner eigenen Verteidigung übernehmen ... Die Vereinigten Staaten sollten ganz besonders Bemühungen um eine verbesserte französisch-deutsche militärische Zusammenarbeit und letztendliche Integration unterstützen ..."

(Z. Brzezinski, Die Zukunft von Jalta, in: Europa-Archiv 10.12.84. Brzezinskis Aufsatz wurde ebenfalls in "Foreign Affairs", Winter 1984/85, veröffentlicht, zusammen mit Aufsätzen von R. Löwenthal, SPD, und W. L. Kiep, CDU)

Dregger: "Sicherheitspolitische Aspekte der deutschen Frage"

"... Die deutsche Frage ist weniger eine Grenz- und Machtfrage als eine Freiheits- und Menschenrechtsfrage ... Die deutsche Teilung kann ... nur zusammen mit der europäischen Teilung überwunden werden ...

Einige Grundüberzeugungen sollten alle freien Europäer teilen: nämlich daß die westliche Politik nur erfolgreich sein kann,

— wenn das freie Europa zu einer sich auf die einzelnen Nationen und Kulturen stützenden, aber sie überwölbenden politischen Einheit wird,

— wenn die freien Europäer das— gegen seinen Willen— in das Sowjetimperium einbezogene Ost-Mitteuropa nicht im Stich lassen,

— wenn das freie Europa das Bündnis mit den USA, mit denen es sich durch gemeinsame Werte und Überzeugungen verbunden weiß, stärkt und festigt,

— und wenn es so in einem längeren Prozeß der Sowjetunion die Überzeugung vermittelt, daß sie keine Chance zur weiteren Expansion nach Westen hat."

(A. Dregger, Sicherheitspolitische Aspekte der deutschen Frage, in: Deutschland-Archiv, Jan. 1985)

"Truppenpraxis": "Doktrindiskussion in der NATO"

"Steven L. Canby (ehemaliger Offizier der US-Armee, d. Red.) ... führt an ... sind die Sowjets noch immer 'sehr empfindlich in bezug auf deutsches militärisches Können'. Und ... 'fehlt möglicherweise dem Warschauer Pakt und vielleicht sogar der UdSSR selbst die politische Stabilität, die erforderlich ist, um dem Druck eines längeren Konfliktes oder dem Auftauchen einer militärischen Niederlage widerstehen zu können'. Um den letzten Punkt zu erläutern, deutet Canby an, daß 'wenn z.B. westdeutsche Divisionen mit offensichtlicher Stärke tief in der DDR auftauchen würden, man keinesfalls wissen kann, ob die Ostdeutschen dann nicht die Seiten wechseln würden. Dies könnte zu einem Zusammenbruch der sowjetischen Front und zu einem militärischen Debakel für den Warschauer Pakt führen.'"

R.A. Gessert, AirLand Battle, in: Truppenpraxis Nr. 1/85

in die politischen Konsequenzen der militärischen Kräfteverhältnisse, der Sicherheitslage überhaupt, die Konsequenzen für die Lösung der deutschen Frage inbegriffen." Darüber sei man nun hinweg. Mit anderen Worten: die— durch die "militärischen Kräfteverhältnisse" erzwungene — zumindest verbale und vorläufige Respektierung der DDR und der Staatsgrenzen in Osteuropa werde bald ein Ende haben.

Wie man diese "neue Deutschlandpolitik" als "europäische Aufgabe" propagiert und sich dabei bis hin zur SPD-Bundestagsfraktion öffentliches Lob wegen "gemäßigtem Auftreten" einhandelt, hat Helmut Kohl am 27.2. in der Bundestagsdebatte "zur Lage der Nation" vorgeführt. Er erklärte: "Europa ist geteilt, weil ein Teil Europas unfrei ist. Deutschland ist geteilt, weil ein Teil Deutschlands unfrei ist. Natürlich ist die deutsche Frage zuallererst die Sache der Deutschen. Weil aber Deutschland das geographische und geopolitische Mittelstück Europas ist, ist diese Frage mit den europäischen Interessen aufs engste verknüpft." Nachdem er so die westeuropäischen Verbündeten an ihre Pflichten im Bündnis gemahnt hatte, führte Kohl dann über den künftigen "Bau Europas" aus: "Es geht nicht um Grenzen, nicht um Hoheitsgebiete, es geht nicht um Souveränität im Sinne des klassischen Nationalstaates. Es geht um Selbstbestimmung und Menschenrechte. Es geht um Volkssouveränität. Nicht souveräne Staaten, sondern souveräne Völker werden den Bau Europas dereinst vollenden." Was da als Propaganda für "souveräne Völker" daherkommt, ist der Anspruch der BRD, namens dieser "Völker" unter Mißachtung aller Grenzen und aller Staaten die europäische "Neuordnung" zu betreiben!

Zwei Tage später, am 1. März, legten Arbeitsgruppen von CDU/CSU und FDP in Bonn auf einer Pressekonferenz den "deutschlandpolitischen Arbeitsplan" der Regierung für die nächste Zeit vor. Dieser besteht aus zehn Punkten, von denen jeder einzelne für eine Hetzkampagne vom Schlag der Schlesierdebatte gut ist.

So wollen beide Parteien zwei große Anfragen im Bundestag zu deutschlandpolitischen Fragen einbringen. Das Thema der ersten Anfrage soll sein: "Die Behandlung der deutschen Frage in den Bildungseinrichtungen der Bundesrepublik und der DDR". Das soll die revanchistische und expansionistische Propaganda an den Schulen vertiefen helfen und insbesondere die Schulaufsicht zu scharfem Durchgreifen gegen jeden Widerstand aufrufen, der sich dieser Propaganda entgegenstellt. Erste Erfolge hat die Bundesregierung hier schon vorzuweisen. Im vergangenen Jahr fuhren 30000 Jugendliche in Jugendgruppen und Schulklassen in die DDR, laut Kohl

"mehr als je zuvor".

Die zweite Anfrage soll sich mit Maßnahmen des Umweltschutzes befassen und "gemeinsame Umweltschutzmaßnahmen" der BRD und der DDR propagieren. Das soll helfen, die DDR als "Umweltverschmutzer" anzuprangern und, falls möglich, Teile der GRÜNEN für diese Kampagne zu gewinnen.

Noch vor Beginn der KSZE-Menschenrechtskonferenz im Mai in Ottawa soll sodann die Bundesregierung ihren Forderungskatalog hinsichtlich Besserung der "Lage der Deutschen" im Osten vorlegen. Die Unionskampagne für deutsche "Volksgruppenrechte" im Osten soll so weitergetrieben werden, das Leid der Rußlanddeutschen, Rumäniendeutschen, Baltikumdeutschen usw. in das öffentliche Bewußtsein gehämmert werden. Viertens wollen beide Parteien eine bereits im Europarat begonnene Anhörung über "Haftanstalten in der DDR" gemeinsam unterstützen. Das soll die "Unmenschlichkeit" des "DDR-Regimes" unter Beweis stellen. Zum Thema "Haßerziehung und Militarisation des Lebens in der DDR" soll ebenfalls eine Materialsammlung erstellt und an Journalisten, Schulen usw. weitergereicht werden. Die Bundesregierung soll die "offene deutsche Frage" intensiver über die "Goethe-Institute" weltweit verbreiten und darüber Bericht erstatten. Schließlich sollen die Ministerpräsidenten dazu gedrängt werden, dem Sender RIAS Berlin mehrere "Satelliten-Hörfunkkanäle" zu vergeben. Der RIAS war schon in den fünfziger Jahren eines der zentralen Propagandainstrumente der Bundesregierung gegen die DDR und die Staaten Osteuropas, betrieb systematische Falschinformationen und gab verschlüsselte Durchsagen für westliche Agenten in der DDR und anderen Staaten Osteuropas. Offenbar will die Bundesregierung an dieser Tradition wieder stärker anknüpfen.

Am 4. März berichtete die "FAZ", daß die gemeinsame Grenzkommision von BRD und DDR, die beide Staaten nach dem Grundlagenvertrag eingerichtet hatten, um strittige Fragen des Grenzverlaufs zwischen BRD und DDR zu klären, erstmals seit 1978 wieder zusammengetreten sei. Unter der Überschrift "Am Verlauf der Elbegränze hängen Honeckers Geraer Forderungen. Bonn trägt der DDR erstmals seinen Rechtsstandpunkt vor" wird dann mitgeteilt, daß die Bundesregierung erstmals seit der Aufstellung der "Geraer Forderungen" durch Honecker 1980 der DDR offiziell mitgeteilt habe, daß eine Annahme auch nur einer einzigen "Geraer Forderungen" niemals infrage komme. Weiter heißt es: "Der Staatssekretär im niedersächsischen Ministerium für Bundesangelegenheiten, Haaßengier, meinte auf Anfrage, Niedersachsen habe sich gegenüber dem Bund durch-

gesetzt. Ministerpräsident Albrecht sei in dieser Frage zu keinem Kompromiß bereit."

Daß die Bundesregierung gar nicht daran denkt, sich mit der Ablehnung der "Geraer Forderungen" zu begnügen, sondern im Gegenteil zusammen mit ihren Verbündeten in der NATO auch direkten militärischen Druck gegen die DDR wie gegen die Staat Osteuropas einschließlich der Sowjetunion entfalten will, erfuhren Anfang März die Delegierten des 18. Parttags der "Exil-CDU" in Goslar. Der als Referent geladene Professor Seiffert seit seiner Flucht aus der DDR an der Kieler Universität als "Ostexpert" tätig, legte den Delegierten folgend Konzept dar (wir zitieren im folgenden den Bericht der "FAZ" über seine Rede, d. Verf.): Es sei unverkennbar, "daß sich Moskau durch die amerikanische Politik, insbesondere durch die Pläne zum Aufbau einer weltraumgestützten Raketenabwehr, in seinem obersten militärischen Ziel gefährdet sieht, der militär-strategischen Parität. Und Genf gehöre zu dem Bemühen Gromykos, mit den Amerikanern zu einem Interessenausgleich zu gelangen, wie er 1972 schon einmal mit Nixon vereinbart war, dann aber nicht eingehalten wurde. Sollte sich Washington aufgrund seiner Erfahrungen diesem Bemühen versagen, so werde Moskau wohl gezwungen sein, sich an dem Rivalitätsverhältnis, dessen Folgen für die Sowjetunion unakzeptabel seien, dort zu lösen, wo die Spannung entstanden sei: In Europa. Die politischen Spannungsursachen in Europa ließen sich aber nur dann beseitigen wenn man bereit sei, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes anzuerkennen..."

Das ist unverhüllte Propaganda für die gewaltsame Einverleibung der DDR. Seiffert macht noch nicht einmal den Versuch, der Sowjetunion irgendwelche Aggressionsabsichten zu unterstellen. Aggressiv und gewollt ist für ihn die Rüstung der USA und der BRD, und beide sollen dem westdeutschen Imperialismus dazu dienen die "Lösung der deutschen Frage" sprich die Annexion der DDR, gewaltsam zu vollstrecken.

Wieweit inzwischen die öffentliche Unterstützung der USA für diese Absicht geht, dokumentieren die auf Seite 12 abgedruckten Auszüge aus dem Aufsatz des früheren Carter-Sicherheitsberaters Brzezinski. Der Aufsatz von Brzezinski ist unseres Wissens das erste Mal, daß ein führender Sprecher der US-Finanzbourgeoisie offiziell die Vernichtung bzw. Annexion der DDR durch die BRD als vereinbar mit den Schlußakte von Helsinki bezeichnet. Quellenhinweis: Bundestag, Protokoll vom 27.2.85; FAZ, 1.3. und 4.3.85; H. Windelen, Beiträge zur Deutschlandpolitik, Bonn, Dez. 1984; Z. Brzezinski, Die Zukunft von Jalta, in: Europa-Archiv 23/84— (rül, gba)

Britannien

ISOLIERUNG DER ARBEITER TRÄGT ZUR
NIEDERLAGE DER BERGLEUTE BEI

Vor der Niederlage der britischen Bergarbeiter begann die Legende über die Ursache, inwieweit treibt sie üppige Blüten. Da gibt Spekulationen, ob der Streik am 27. vor der Zeche Orgrave hätte gehen werden können (als die Beführung Yorkshire nicht genug Kposten dorthin schickte), ob inlichkeit die Labour-Führung unfeill Kinnock den Streik verlieren ze, oder ob der Ausgang gar, trotz Rückkehr in die Zechen ohne einen schluß, ein Erfolg war, hat er doch Entschlossenheit der Bergleute esen. Alle diese Auffassungen len bereits vertreten. Im folgen einige Anhaltspunkte für ein ndertes Umfeld, in dem sich die schen Gewerkschaften befinden. er Kampf zwischen Bergarbeiter-erkschaft und Regierung Thatcher de erbittert und mit hohen Kosten ihr.

Die Kohlebehörde gibt an, sie habe Einsparungen von etwa 800 Mio. idverzeichnet. Die Sozialhilfe für Bergleute in dieser Zeit – Streiker wurden nicht gezahlt – betrug Billionen Pfund, dazu kamen Spenden Summe auf zwischen 10 15 Mio. Pfund geschätzt wird. Die ikenden Bergleute erhielten also a fünf bis sechs Prozent ihrer Getlohnsumme. Dazu kommen Lebensmittelspenden und Zahlungen der erverschaft für die Teilnahme an ikposten, meist ein oder zwei ndpro Tag. Da nur 49000 Bergleu-amilien überhaupt Sozialhilfe be-ien, verteilen sich die fünf Prozent eichmäßig, aber die hohen Kosten erkennbar. Für viele Familien die Sozialhilfe plus Spenden übr- auch nicht viel weniger als die irmliche Arbeitslosenunterstüt- z, was einiges der Verbissenheit Streiks um Arbeitsplätze erklärt. on den 9778 verhafteten Bergleu- und anderen Gewerkschaftern den bislang 7785 angeklagt. Von 4867 Arbeitern, die bis zum 29. iar vor Gericht standen, wurden o freigesprochen, die anderen ver-ilt, davon etwa 1000 zu Verwar- en. Von den übrigen erhielten 141 ingnisstrafen, neun Arbeiter rjährige, und 2308 Geldstrafen. ährend des Streiks setzte die Re- ung ihre Anti-Gewerkschaftsge- e noch nicht einmal ein, sondern ichte eine Sondergerichtsbarkeit :gleichen. Vom Streikpostenst- bis zur Verfügung über Gewerk- ftsfelder wurden die Gewerk- ften entrechtet. elche Auswirkungen die Niederla- uf die anstehenden Tarifikämpfe

hat, läßt sich noch gar nicht absehen.

Die Regierung: sogar nach offiziellen Angaben der Regierung kostete sie der Streik etwa zwei bis drei Milliarden Pfund, also zwischen sieben und elf Milliarden DM. Die Summe setzt sich zusammen aus "verlorener" Kohleproduktion, zusätzlichen Kosten für Ölimporte, Kosten der brutalen Polizeieinsätze.

Daß Kapitalistenklasse und Regierung gut vorbereitet waren auf eine solche Schlacht, beschrieb am 4. März die "Financial Times": "Nach dem Fall der Regierung Heath (1974) wurde ein Bergarbeiterstreik als bedeutende gewerkschaftliche Herausforderung begriffen ... Die Tories untersuchten schon vor der Wahl von 1979 (in der sie an die Macht kamen) verschiedene Notfallpläne, und nach der Wahl wurde diese Arbeit fortgesetzt. Zu Beginn des Jahres 1981 war die Regierung noch nicht genügend vorbereitet und gab in der Frage der Zechenstilllegun-

nur wegen der hohen Kohlevorräte. Entscheidend sind Veränderungen in der britischen Einkommensstruktur, die durch die konservative Partei seit 1979 planmäßig gefördert wurden.

Unser Schaubild beruht auf der offiziellen britischen Lohnerhebung, die jährlich im April durchgeführt wird. Es berücksichtigt daher weder Rentenzahlungen noch Arbeitslosengeld noch Dividenden- und Mieteinnahmen.

Unter den Beschäftigten in Arbeit zeigen sich im Vergleich der Jahre 1979 und 1984 Anhaltspunkte für folgendes:

1) Es bildet sich eine klare Scheidung zwischen leitenden Lohnabhängigen und anderen Lohnabhängigen heraus. Dabei sind die für leitende Angestellte üblichen Firmenwagen mit Privatgebrauch und andere "Perks" noch nicht eingerechnet.

2) Die Niedriglohngruppen sind quantitativ größer geworden.

1979 erhielt ein männlicher Metallarbeiter im Durchschnitt einen Wochenlohn von 93,90 Pfund. 1984 war diese Summe auf 151,90 Pfund (2350 DM im Monat) oder um 62% gestiegen, die Inflation nicht berücksichtigt. Im gleichen Zeitraum stieg das Gehalt der männlichen Angestellten bei Ban-



Einer der Höhepunkte der Polizeiüberfälle gegen den Streik der Bergarbeiter im letzten Jahr: Am 18. Juni griffen berittene Polizeieinheiten Streikposten der Bergarbeiter vor Orgrave an.

gen nach, als ein Streik drohte. Aber Ende 1983 waren die Kohlevorräte hoch, die Koordination der Polizeiplanung war verbessert, und Mr. Ian McGregor war zum Vorsitzenden der Kohlebehörde gemacht worden. Die Minister waren deshalb vorbereitet für die, von vielen von ihnen nach der Wahl von Mr. Scargill zum NUM-Präsidenten für unausweichlich gehaltene, Schlacht."

Die Regierung suchte den Streik – weil sie relativ sicher war, gewinnen zu können, anders als 1974, und nicht

ken und Versicherungen von 124,70 Pfund auf 226,50 Pfund (3500 DM im Monat) oder um 82%, das der Lehrer von 110,80 Pfund auf 205 Pfund (3170 DM) oder um 85%.

Bei den traditionellen Niedriglohngruppen, z.B. den Textilarbeiterinnen, stiegen die Löhne zwischen 1979 und 1984 von 48,60 Pfund auf 77,30 Pfund (1200 DM im Monat) oder um 59%. Dabei bleibt aber die große Ausweitung dieser Beschäftigtengruppen wie auch die Zunahme der nicht registrierten Beschäftigung außer Acht.

Diese Entwicklungen sind nicht neu, sie konnten schon 1979 für die siebziger Jahre nachgewiesen werden. Neu ist seit 1979, daß eine Regierung sie bewußt und planmäßig fördert. Ihre Maßnahmen sind mannigfaltig. Neben einer entsprechenden Lohnpolitik im öffentlichen Dienst gehört die Privatisierungskampagne dazu, die die Gemeinden und Krankenhäuser zwingt, Reinigungs- und Küchenarbeiten an private Firmen zu vergeben. Dazu gehört auch eine Steuerpolitik, die den höheren Einkommen – etwa ab 3000 DM – nutzt, und ein rigider Angriff auf die Versicherungsleistungen, um den Hunger zum Standard für die niedrigen Löhne zu machen. Neueste Errungenschaften der Regierung sind die Erhöhung der Rezeptgebühr auf zwei Pfund (7,60 DM) und die geplante Abschaffung der staatlichen einkommensbezogenen Rentenversicherung.

Für die britische Arbeiterbewegung haben diese Entwicklungen weitreichende Auswirkungen. Trotz der erbitterten Streiks in Niedriglohnbereichen (z.B. streiken seit einem Jahr die Putzfrauen des Krankenhauses Barking gegen die Lohnsenkung durch Privatisierung) sind die Gewerkschaften dort entscheidend geschwächt wor-

den, einschließlich ihrer Organisation.

Zweitens hat sich unter den höher verdienenden Angestellten, Beamten, Lehrern etc. eine eigenständige politische Strömung etabliert. Wo früher die Labour-Partei unterstützt wurde, 1979 teilweise die konservative Partei, haben heute die SDP des David Owen und, mit ihr verbündet, die Liberale Partei Boden gewonnen.

Das trägt entscheidend zur Schwächung der Arbeiter bei, wenn sie versuchen, wie 1974 die reaktionäre Regierung durch einen Streik zu Fall zu bringen. Im Bergleutestreik z.B. vollbrachte die SDP unter Owen das Kunststück, glaubhaft sowohl die Bergleute (weil sie die Regierung un-demokratisch stürzen wollten) wie auch die Regierung (weil sie keine Arbeitsplätze für die Bergleute bereitstellen wollte) anzugreifen. Basis für diese Partei sind die Leute, die hierzulande das Klientel der Grünen bilden, wobei eine britische Mittelklassen-Familie "traditionell" aus Kolonialprofilen noch das eine oder andere Aktienpaket besitzt.

Quellenhinweis: Financial Times, Economist, Labour Research, Socialist Worker, Observer, versch. Ausgaben. Für die Berechnung der Schaubil-



Gerade in den Frauenlohngruppen haben die Kapitalisten unter Thatcher die Löhne weiter gesenkt. Bild: Demonstration von Bergarbeiterfrauen

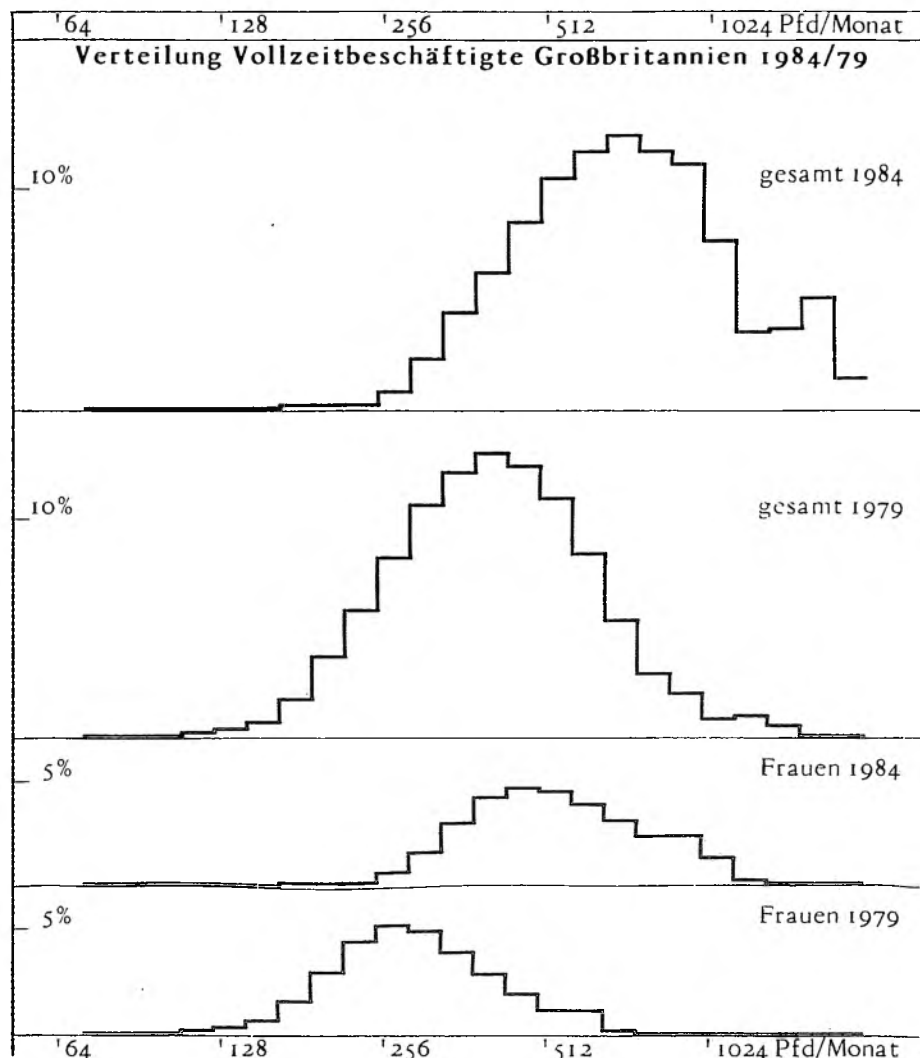
der wurden die Tabelle Nr. 65 bis 68 der New Earnings Survey 1979 und 1984, Teil C, verwendet. Die NES wird vom Arbeitsministerium herausgegeben und beruht auf einer repräsentativen Firmenumfrage. Die Verteilungen wurden nicht inflationsbereinigt. Die NES können bei HMSO, 49 High Holborn, London WC1 gekauft werden. – (hef, alk, wom)

USA

REGIERUNG GREIFT GEWERKSCHAFTEN AN

Wegen aktivem Wahlkampf für den Präsidentschaftskandidaten 1984 der Demokratischen Partei sind drei Gewerkschaftsvorsitzende im öffentlichen Dienst mit Rausschmiß bedroht. Reagans persönlich ernannter Spezialbeauftragter für Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes bei der Dienstaufsicht stellt die drei Gewerkschaftsführer, die 1,3 Millionen Beschäftigte vertreten, in einem Schreiben vom 12. Februar vor die Wahl, bis zum 26. Februar entweder aus dem öffentlichen Dienst auszusteigen oder nach dem "Hatch"-Gesetz angeklagt zu werden. Alle drei Gewerkschaftsführer sind aus ihren Arbeitsstellen im öffentlichen Dienst seit über zehn Jahren ohne Bezahlung beurlaubt. Ein freiwilliges Ausscheiden ebenso wie eine Verurteilung würde eine Kürzung bzw. den Verlust der Pensionsansprüche zur Folge haben.

Nach dem genannten Gesetz von 1939 ist es Beschäftigten der US-Bundesregierung verboten, aktiv an Wahlkämpfen teilzunehmen, Wahlliteratur für einen Kandidaten zu verteilen, öffentliche, materielle Unterstützung für einen Kandidaten zu betreiben oder für ein Wahlamt zu kandidieren. Nach Ansicht des US-Gewerkschaftsbundes sei es jedoch die Absicht dieses Gesetzes gewesen, Beschäftigte im öffentlichen Dienst zu schützen, da es ziemlich weitverbreitete Praxis der jeweils amtierenden Partei war, Be-



ftigte für "freiwillige" Wahlpflicht einzusetzen und Geldstrafen zu kassieren. Es ist dies allerdings das erste Mal, daß nicht aktiv im öffentlichen Dienst Beschäftigte nach dem Gesetz belangt werden sollen. Der Bericht beschreibt auch die allgemeine Wahlkampfteilnahme als Vergehen, sondern explizit die Unterstützung des Demokraten Walter Mondale gegen die Wiederwahl des Republikaners Ronald Reagan.

Alle drei Gewerkschaftsführer sind dieses Vorgehen als einen Teil der gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten der Reagan-Regierung und haben die Absicht, sich von der neuen Drohung mundtot machen zu lassen. Auch als eine direkte Antwort auf das Gerichtsurteil im gerade vergangenen Wahlkampf sieht der Postgewerkschaftsvorsitzende diese Attacke: Den Postarbeitern wurde gegen das Verbot des Dienstherrn gerichtlich bestätigt, daß sie nichtparteiliche Registrierungskampagnen in und nach der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst durchführen können. Es muß sich um den Zusammenhang dieses Anfeindungs mit den im Haushalt '86 geplanten Lohnkürzungen und Entlassungen im öffentlichen Dienst handeln. Der Exekutivrat des Gewerkschaftsbundes AFL/CIO hat in einer Resolution seine Ablehnung des Gesetzes bekräftigt (1976 war eine Gesetzesänderung durch ein Veto des damaligen Präsidenten G. Ford verhindert worden) und den drei Gewerkschaftsführern volle Unterstützung zugesagt.

Quellenhinweis: AFL/CIO-News, 13.12.02.85 – (her)

China / Hochschulen AKTIONEN GEGEN STIPENDIENSTREICHUNG

In Berichten westlicher Nachrichtenagenturen haben Studenten der Peking Pädagogischen Hochschule im Februar Aktionen gegen das von der Hochschuleleitung beschlossene "Verantwortlichkeitssystem" veranstaltet.

Der Begriff "Verantwortlichkeitssystem" zusammen mit der Propaganda gegen die sog. "eiserne Reisschüssel" steht für die Politik der KP, die Entlohnung in den Betrieben und die Gewährung von Stipendien an Hochschulen strikt an die Erzeugung bestimmter Produktions- oder Dienstleistungen zu binden. Die Hochschuleleitung hatte beschlossen, die Weiterzahlung der Stipendien in freierzeitlicher Zeit von den Noten der Studenten abhängig zu machen. Die Studenten protestierten mit Demonstrationen und Versammlungen gegen die geplanten Kürzungen. Über den Erfolg ihrer Aktionen ist bislang

nichts bekannt. Ähnliche Aktionen fanden in den letzten Monaten auch an anderen Hochschulen statt.

Die Protestaktionen der Studenten sind von besonderer Bedeutung, weil nach dem Scheitern der Kulturrevolution die neue Führung der KP Chinas Ziele, Inhalte und den Zugang zur Hochschulbildung vollständig verändert hat: Ein Ziel der Kulturrevolution war es gewesen, Arbeitern und Bauern den Zugang zu Hochschulen zu ermöglichen und die bisherigen Zugangsvoraussetzungen abzuschaffen, die fast ausschließlich den Sprößlingen von Kadern und Intellektuellen den Hochschulbesuch erlaubt hatten. In der ersten Hälfte der 70er Jahre kamen dann fast 50% der Hochschulabsolventen aus Arbeiter- und Bauernfamilien. Nach seiner Rehabilitierung begann Deng Xiaoping seine Abrechnung mit der Politik Mao Zedongs mit Attacken auf das kulturrevolutionäre Ausbildungssystem, insbesondere auf die angeblich miserable Hochschulbildung. Er setzte 1978 rigide Hochschulaufnahmeprüfungen durch, machte ca. 20 Hochschulen im Land zu Elitehochschulen und ließ in den großen Städten ausgewählte Mittelschulen mit besonderen finanziellen Mitteln und qualifiziertem Personal ausstatten. Faktisch ausschließliche diese Mittelschulen, die wiederum Aufnahmeprüfungen durchführen, ebnet den Weg zu den Hochschulen.

Ergebnis dieses Selektionssystems, zum Teil aus dem japanischen Erziehungssystem übernommen, ist neben ständigem Prüfungsdruck und einer sich häufenden Zahl von Schüler-selbstmorden eine soziale Auslese, die – wie vor der Kulturrevolution – nur den Nachwuchs von Kadern und städtischer Mittelschicht an die Hochschulen läßt. Die Hochschulbildung selbst ist staatlich finanziert; die Unterhaltskosten sind bislang teilweise durch Stipendien abgedeckt. Daneben gibt es für betuchte Familien inzwischen auch die Möglichkeit, als "Selbstzahler" ihr Kind in die Hochschule zu schleusen, sowie den immer wieder berichteten Hochschulzugang über Beziehungen.

Die Aktionen an der Peking Hochschule deuten an, daß Deng Xiaopings Konzept, den Nachwuchs der herrschenden Klasse durch das Zuckerbrot der staatlich garantierten Karriere und die Peitsche des Prüfungsterrors, der Stipendienkürzung etc. zu züchten, womöglich nicht aufgeht. Es sind seit der Kulturrevolution die ersten Aktionen von Studenten, die sich nicht nur gegen unzureichende Ausstattung der Hochschulen o.ä., sondern gegen die alle Bereiche erfassende Politik der Differenzierung nach Leistung richten.

Quellenhinweis: FAZ, 6.2.85; China aktuell, div. Ausgaben – (wom)

Frankreich

SIEG DER RECHTEN BEI KANTONALWAHLEN

Ca. 18 Mio. Wahlberechtigte konnten am 10. und 17. März die "Generalräte" von 2044 Kantonen – die Mitglieder der Regionalparlamente – wählen. Während im ersten Wahlgang nur die Kandidaten gewählt waren, die mehr als 50% der Stimmen erhielten, fand eine Woche darauf eine Stichwahl zwischen den beiden jeweils stärksten Listen statt. Alle politischen Parteien hatten dem Urnengang angesichts der Wahlen zur Nationalversammlung 1986 große Bedeutung beigemessen.

Im ersten Wahlgang konnten die "traditionellen" Parteien der Rechten (RPR, UDF und Unabhängige) 49% der



Die bürgerlichen Parteien nutzten den Wahlkampf für rassistische Propaganda. Bild: Demonstration der CGT gegen Rassismus

Stimmen auf sich versammeln, die Nationale Front (FN) verbuchte 8,7%, während auf die Regierungsparteien (PS, MRG, PSU) 26,5%, auf die Kommunistische Partei (PCF) 12,7% und auf trotzkistische Organisationen 0,6% entfielen. Die Stichwahl ergab dann ein prozentual leicht verbessertes Ergebnis für die Linksparteien, die jedoch 248 Kantone verloren und die Mehrheit in zehn Départements sowie den Vorsitz in drei Regionalparlamenten abgeben mußten.

Eine Kurzanalyse einen Tag nach dem zweiten Wahlgang läßt folgende Schlüsse zu: Erstens hat sich die rechtsextreme FN – nach ihren Erfolgen bei der Europawahl – als politische Kraft im nationalen Maßstab etablieren können. Sie hatte nur in Dreiviertel der Kantone kandidiert, dort jedoch 10,4% der Stimmen erhalten. In einigen Bereichen des Südens (Départements Rhones-Alpes, Provence-Cote d'Azur, Languedoc-Roussillon) erzielte sie Ergebnisse zwischen 20% und 30%, elfmal erreichte sie im ersten Wahlgang das beste Ergebnis auf der Rechten. Mit ihrer rassistischen und chauvinisti-

schen Propaganda konnte sie v.a. in mittelgroßen Orten sowie Vororten von Großstädten mit starkem Anteil ehemaliger Algerienfranzosen, bei kleinen Händlern und Handwerkern Erfolge erzielen. RPR und UDF wußten am 17.3. unter Ausnutzung des Wahlmodus die Masse dieser Stimmen auf sich zu vereinigen, wobei sie die Schwerpunkte der FN (Rassismus, Nationalismus, "Sicherheit für den Bürger") in ihrer Programmatik und Propaganda akzentuierten.

Zweitens: Ein größerer Teil von Arbeitern und Angestellten, die 1981 die Linksunion unterstützt hatten, ist der Wahl aufgrund der Regierungspolitik der letzten Jahre ferngeblieben; die gegenwärtige Regierung hat nur bei jedem vierten Wähler Unterstützung gefunden. Das Ergebnis der PCF bedeutet eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau und weist hin auf das erschütterte Vertrauen von Teilen der Lohnabhängigen in ihre Fähigkeit, eine politische Front gegen die Reaktion zu errichten. Daß viele diese Front wünschen, deutet auch das Wahlverhalten der Masse der PCF-Wähler und vieler PS-Wähler im zweiten Wahlgang an, die dem jeweils besser platzierten Kandidaten ihre Stimmen gaben.

Die Reaktion wird das Wahlergebnis zum Anlaß nehmen, ihre Taktik hinsichtlich der Wahlen 1986 zu überprüfen. Es darf erwartet werden, daß RPR und UDF die Zusammenarbeit mit der FN verstärken werden, ohne wahrscheinlich förmliche Bündnisse zu propagieren. Präsident Mitterrand hat anklingen lassen, schon für 1986 das Verhältniswahlrecht einführen zu wollen, um dann auf der Basis eines entsprechenden Wahlergebnisses eventuell eine Koalition von PS und "gemäßigten Rechten" zustande zu bringen. Für die Arbeiterbewegung kann dies wohl kaum eine Taktik im Kampf gegen die Reaktion sein. Quellenhinweis: Radio France International, l'Humanité, le Monde — (pel)

Indien

ZERSTÖRUNG DER UMWELT

Bei seinem Regierungsantritt hat Ministerpräsident Rajiv Gandhi in einer Erklärung bekannt gegeben, daß er der Einhaltung der Umweltzerstörung Priorität einräumen werde. Dies werde vor allem in die laufende Fertigstellung der Fünfjahrespläne eingehen. Wie kommt es, daß für ein Entwicklungsland wie Indien diese Probleme derart massiv geworden sind?

Insbesondere hat die in den letzten 20 Jahren weit fortgeschrittene Entwaldung der Vorgebirge des Himalaya weitgehende Folgen für ganz Indien. Hier wurden und werden in großem

Umfang Edelhölzer für den Export geschlagen. Gleichzeitig wird der Brennholzbedarf für die Dörfer gedeckt. In den Dörfern dieser Region ist die Armut so groß, daß bereits die Anschaffung eines wirtschaftlichen Ofens (meistens wird über offenem Feuer gekocht) den Etat einer Familie bei weitem übersteigt. Durch die Abholzung wird in großem Umfang fruchtbares Land abgespült und mit den Gebirgsflüssen in die Gangesebene geschwemmt bzw. direkt ins Meer, wo sich bereits vorgelagerte Inseln aus diesen Erdmassen gebildet haben. Dadurch entstehen zusätzlich auch Gebiete, in denen ein derartiger Trinkwassernotstand herrscht, daß die Bevölkerung abwandern muß (dies an der Westgrenze zu Pakistan). Die Abspülung der Böden hat auch ein Versanden der Kanäle in der Ebene zur Folge, was regelmäßig zu Überschwemmungen in Bangla Desh und Nordostindien führt.

Ein weiteres von Gandhi angesprochenes Problem sind die Flüsse, die durch direktes Einleiten von Industrieabwässern verschmutzt sind.

Dies habe dann zur Folge, daß beim Bewässern der Felder die Abwässer wieder Verwendung finden. Der Ganges sei einer der "am meisten verunreinigten Flüsse der Erde". Die Reinigung des Ganges hat R. Gandhi zu einer der Prioritäten seines Regierungsprogramms gemacht.

In der Presseberichterstattung finden diese Probleme insbesondere in den imperialistischen Ländern insofern Beachtung, als daß hier immer wieder darauf verwiesen wird, wie entscheidend es sei, daß Indien seine bislang in weiten Bereichen zentral geführte Wirtschaft privatisiere. Es wird davon ausgegangen, daß "die Strangulierung der Privatwirtschaft durch den Staat den Fortbestand obsoletter, umweltgefährdender Technologie gefördert" habe (NZZ, 24.2.85). Diese Ansicht hat sich auch weitgehend die neue Regierung in Indien zu eigen gemacht.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung, 24.2.1985; Fischer-Taschenbuch, Länderkunde Südasien; FAZ, 18.2.1985. — (cog)

Krieg Iran/Irak

KRIEGSGEWINNLER SIND DIE EUROPÄISCHEN IMPERIALISTEN

Am 12. März 1985 hat die irakische Luftwaffe erstmals die iranische Hauptstadt Teheran bombardiert. Zwei Tage vorher hatten iranische Kampfflugzeuge die irakische Hauptstadt Bagdad angegriffen. Dies sind die vorläufigen Höhepunkte der seit einigen Wochen wieder zunehmenden Kampftätigkeiten, die sich auf beiden Seiten vor allem gegen die Zivilbevölkerung richten: Innerhalb einer Woche sind allein im Iran 24 Städte bombar-

diert worden. Dabei sind 822 Zivilisten getötet und 2630 verletzt worden. Die Anzahl der bei Gegenangriffen verletzten und getöteten irakischen Zivilisten ist nicht bekannt.

Der iranische Generalstab hatte zuletzt im Frühjahr 1984 eine Großoffensive befohlen, die erfolglos blieb. Die Soldaten auf beiden Seiten wurden reihenweise niedergemäht. Zusammengerechnet sind inzwischen weit über 250000 Soldaten gefallen.



Irakische Soldaten bringen ihre Verwundeten zurück. Bei den Kämpfen sollen Berichten zufolge auch Senfgas und Tabun eingesetzt worden sein.



30 Menschen demonstrierten am vergangenen Sonntag in Brüssel gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Belgien. Zu der Demonstration hatte ein "Flämisches Aktionskomitee gegen Atomwaffen" und ein "Zentrum für Frieden" gemeinsam aufgerufen. Der Gewerkschaftsbund ABVV hatte ebenfalls mobilisiert, um die Stationierung der Mittelstreckenraketen zu verhindern. Zwei Tage vorher, am 15.3., hatte das belgische Kabinett unter Premier Martens seine Zustimmung zur Stationierung der ersten 16 von 48 Raketen erteilt. Noch am gleichen Tag wurden diese daraufhin auf dem Stützpunkt Seneffe stationiert. Diese Woche berät das belgische Parlament über die Entscheidung der Regierung. — (rül)

ITALIEN: DRUCKER UND JOURNALISTEN STREIKEN

Wochen kämpfen bei den italienischen Tageszeitungen und Presseunternehmen Drucker und Journalisten mit Streiks für neue Tarifverträge. Der Verlegerverband hat die Verhandlungen mit den Druckern abgebrochen und mit den Journalisten erst garnicht aufgenommen. Die Gewerkschaften fordern außer mehr Lohn Schutzbestimmungen gegen den unkontrollierten Einsatz der neuen Technologien. So fordert die Druckergewerkschaft neue Eingruppierungsregeln und Betriebsvereinbarungen über den Einsatz neuer Maschinerie. Zum Erhalt von Arbeitsplätzen sollen darin betriebliche Arbeitszeitverkürzungen vorgesehen werden. Die Drucker arbeiten jetzt ca. 35 Stunden pro Woche. — (ulg)

IWF-DIKTAT GEGEN TANSANIA

Die mehrjährigen Verhandlungen zwischen Tansania und dem IWF sind vorerst gescheitert. Die tansanische Regierung lehnt die geforderte Abwertung des tansanischen Shilling und die Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise und damit der Lebenshaltungskosten in den Städten um real 40% ab. Tansania hatte 1984 die Erzeugerpreise um 5% angehoben und ist zu einer weiteren Erhöhung um 10% bereit. Präsident Nyerere lehnte die IWF-Bedingungen als "schädlich für unser Volk" ab. — (wom)

ERNEUT GENERALSTREIK IN BOLIVIEN

Der bolivianische Gewerkschaftsbund COB führt seit über zehn Tagen einen Generalstreik durch. Er fordert Lohn-erhöhungen, gesicherte Lebensmittelversorgung und die Verstaatlichung der Banken. Um die Forderungen der Gewerkschaften zu unterstützen, haben Bauern wichtige Landstraßen besetzt. Am Wochenende bot der Staatspräsident Suazo dem COB eine Beteiligung an der Regierung an — im Juni sind Wahlen — und verbesserte sein Angebot für eine Erhöhung der Löhne. Die Regierung steht unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds, der von Bolivien ein Hungerprogramm fordert, anderenfalls würde er keine weiteren Kredite gewähren. Nachdem der COB im letzten Oktober nach



einem Generalstreik mittels Schlichtung eine Lohnerhöhung von 200% erreicht hatte, die aber noch hinter der Inflation zurückblieb, haben die Kapitalisten bis heute die Erfüllung der Lohnerhöhung verweigert. Im Februar hatte der COB deswegen ebenfalls einen Generalstreik durchgeführt. — (gba)

Die iranische Armee hat seitdem keinen neuen ernsthaften Versuch zur Invasion Iraks unternommen. Die irakische Führung versuchte nun, den Öltransport des Gegners zu verhindern. Sie hoffte, daß der iranischen Regierung dann die wirtschaftlichen Mittel zur Fortführung des Krieges ausgehen würden. Irakische Flugzeuge beschossen Tanker, die an der Insel Kharg Öl laden. Die iranische Luftwaffe ließ daraufhin Schiffe in der Enge von Hormuz an. Die imperialistischen Versicherungsgesellschaften verdoppelten sofort die Versicherungsraten für die Tanker. Um weiterhin Öl zu kaufen, mußten Iran und Irak ihre Preise weit unter den OPEC-Preisen stellen. Mit dem "Tankerkrieg" konnte die irakische Führung ein Ende des Krieges nicht erzwingen. Stattdessen haben die Imperialisten Iran und Irak tiefer in ihre Abhängigkeit getrieben. Welche Absichten verfolgen die herrschenden Klassen Irans und Iraks

mit der jetzigen Eskalation des Terrors gegen die jeweils gegnerische Zivilbevölkerung? Zu einer kriegsentscheidenden Offensive sind sie beide nicht in der Lage. Trotzdem hat die Regierung der Islamischen Republik Iran bei den Feierlichkeiten zum Beginn des siebenten Jahres der islamischen Revolution vom 1. bis zum 11. Februar erneut unterstrichen, daß sie unverändert an ihren Kriegszielen festhält: Sturz Husseins und des Baath-Regimes im Irak. Nach wie vor kann die herrschende Bourgeoisie nicht den Anspruch aufgeben, die islamische Revolution sei der einzige Weg für eine gesellschaftliche Entwicklung im Iran, ohne zugleich ihre Herrschaft zu gefährden. Um ihre Macht zu festigen, braucht sie den Sieg über den Irak. Nur mit dieser Aussicht hat sie bislang den Arbeitern und Bauern, den Händlern und Handwerkern immer neue Opfer abverlangen können. Durch einen Waffenstillstand oder gar

durch einen Friedensschluß ohne eindeutigen Sieg würde die iranische Bourgeoisie ihre Herrschaft gefährdet sehen. Sie ist deshalb nicht in der Lage, den Krieg zu beenden.

Die Regierung des Irak will durch die Bombardierung der Städte zur Demoralisierung der iranischen Bevölkerung beitragen. Nachdem erneut verschiedene Vermittlungsversuche anderer arabischer Staaten gescheitert sind, betreibt auch die irakische Bourgeoisie immer offener einen Sturz der gegnerischen Regierung.

Einen Sieg der einen oder anderen Seite können und wollen die Imperialisten nicht hinnehmen. Sie befürchten, im Falle eines Sieges des Iran könnten islamische Revolutionäre in den Staaten der Golfregion Auftrieb erhalten. Ein Sieg des Irak dagegen würde die Anziehungskraft des irakischen "arabischen Sozialismus" bedeutend stärken und reaktionäre Regime ebenfalls gefährden. Die USA

TÜRKEI: NEUE TODES- URTEILE GEGEN KURDEN

Ein Militärgericht in Diyarbakir hat in einem Prozeß gegen über 280 Angeklagte drei Kurden zum Tode und vier zu lebenslanger Haft verurteilt. Ein Militärgericht in Ankara verhängte gegen ein Mitglied der revolutionären Dev Yol-Partei die Todesstrafe, ein anderes Gericht in Ankara verurteilte drei Kurden zu lebenslanger Haft. — Die Türkei hat inzwischen beim Europarat ein Protokoll unterzeichnet, das das Recht auf Urteilsüberprüfung durch höhere Instanzen garantiert. — (wom)

SPANIEN: STREIKS AN DEN HOCHSCHULEN

In den letzten Wochen führten die Studenten an nahezu allen spanischen Universitäten Streikaktionen gegen das neue Hochschulgesetz der Regierung durch. Am 14. März riefen die Studentenvertretungen in allen Städten zu einem Aktionstag mit Protestaktionen und Demonstrationen auf, der von der großen Mehrheit der Studenten befolgt wurde. Gegen das geplante Hochschulgesetz fordern die Studenten die Beseitigung jeglicher Formen von Hochschulgebühren und paritätische Vertretung in den Hochschulgremien. Da die Regierung die Ablehnung dieser Forderungen u.a. mit Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst und an den Hochschulen begründet, werden in den studentischen Aktionen auch Forderungen gegen die Wirtschafts- und Militärpolitik der Regierung erhoben. Bei wachsenden, inzwischen auf 3 Mrd. Peseten angestiegenen Rüstungskosten von fehlenden finanziellen Mitteln zu sprechen, sei wohl einigermaßen kritisch, erklärte der kommunistische Studentenverbande MC. Die Regierung gibt

sich bisher betont "unbeeindruckt". Die Studenten würden wie immer alles einschließlich der Unabhängigkeit für die Canarischen Inseln fordern, war der bisherige Kommentar des Erziehungsministers. — (chc)

BRITISCHE LEHRER STREIKEN

Die britischen Lehrergewerkschaften führen seit drei Wochen tageweise Streiks in ausgewählten Schulbezirken in Großbritannien durch. Die Streiks sollen ihrer Forderung nach einer einheitlichen Lohnerhöhung für alle Lehrer von 1200 Pfund im Jahr (etwa 360

DM im Monat) bekräftigen. Diese Erhöhung wäre für einen normalen Lehrer etwa 12%. Die staatlichen Schulbehörden haben eine Gehaltserhöhung von 4% angeboten. Sie haben sich jedoch bereiterklärt, weitere 7% Lohnerhöhung zu zahlen, wenn die Lehrer neue Beschäftigungsverträge unterschreiben, die eine wesentliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorsehen. U.a. sehen die neuen Beschäftigungsverträge eine Verlängerung der offiziellen Arbeitszeit vor. Die Gewerkschaften haben diese Forderung der staatlichen Schulbehörden abgelehnt. — (hef)



Einen Bruch in der "Einheit der Demokraten gegen Terroristen" mußte die britische Regierung in Nordirland hinnehmen. John Hume, Vorsitzender der Social Democratic and Labour Party, brachte sich mehr unfreiwillig in diese Lage. Seine Partei findet ihre — schwindende — Unterstützung unter den irischen Katholiken, wo Sinn Fein mehr und mehr Stimmen gewinnt. In einer gemeinsamen Radiosendung mit dem Sinn-Fein-Vorsitzenden Gerry Adams am 31.1. lehnte Hume Verhandlungen mit der Sinn Fein über ein gemeinsames Vorgehen nach den Kommunalwahlen im Mai ab. "Ich werde nur mit den Leuten reden, die in der Republikanischen Bewegung die Entscheidungen treffen", erklärte er und meinte damit den IRA-Armeerat. Am nächsten Tag lud die IRA ihn öffentlich ein. Hume hatte damit nicht gerechnet, mußte schließlich kommen, brach aber nach wenigen Minuten die Zusammenkunft ab. Die reaktionäre protestantische Presse fiel heulend über ihn her, ebenso die britische Regierung. "Die SDLP und die Sinn Fein werden verhandeln müssen, früher oder später", hieß es in der Sinn Fein-Wochenzeitung An Phoblacht/Republican News. — (fla)

haben einen Flottenverband Richtung Kriegsgebiet in Marsch gesetzt. Die westeuropäischen Imperialisten haben in der Versammlung der Westeuropäischen Union im Dezember 1984 eine Entschliebung angenommen, in der es heißt:

"Die Versammlung ... (ii) vertritt die Auffassung, daß ein entscheidender Sieg einer der beiden kriegsführenden Staaten ernste Gefahren für die Stabilität der Region mit sich brächte; (iii) stellt fest, daß keine außerhalb des Raumes existierende Einzelmacht in der Lage zu sein scheint, einen entscheidenden, den Frieden fördernden Einfluß auszuüben."

In der Debatte über diese Entschliebung führte der Abgeordnete Gansel (SPD) an, "daß die Waffenlieferungen an die Kriegsführenden zu einem großen Teil aus Mitgliedstaaten der WEU kommen". Die Waffenlieferungen Englands, Frankreichs und in

letzter Zeit vor allem der BRD haben immer mehr zugenommen. So ist erst kürzlich durch den "Stern" enthüllt worden, daß die Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) sechs Mehrzweckhubschrauber des Typs BK 117 an den Irak verkauft hat und über die österreichische Firma Denzel für militärische Zwecke mit Funk- und Navigationsgeräten ausrüsten ließ.

Mit solchen Waffenlieferungen wollen die europäischen Imperialisten den Sieg einer Seite verhindern. Sie tragen so erheblich dazu bei, daß der Krieg lange andauert. Ihr Kalkül ist, daß beide Staaten sich so erschöpfen, daß die europäischen Imperialisten wieder bestimmenden Einfluß auf ihre Politik gewinnen können. Sie haben während des Krieges die Exporte von für die Kriegswirtschaft wesentlichen Maschinen und Ersatzteilen steigern können. Iran und Irak sind zunehmend darauf angewiesen. Ihre Verschuldung bei den westeuropäischen Imperiali-

sten steigt. Ganz offen hat die Versammlung der WEU die Möglichkeiten eines Putsches im Iran erörtert, um so dort wieder eine abhängige Regierung einzusetzen. Gansel warnte seinen britischen Kollegen Attkinson: "Der Kollege Attkinson hat gesagt, es gebe eine Widerstandsbewegung im Iran, und man müsse sie unterstützen, wenn man das Regime Khomeinis beseitigen wolle. Ich kann vor dieser Sicht nur warnen."

Die Interessen der Bourgeoisien beider kriegsführenden Länder und die Maßnahmen der Imperialisten verhindern sowohl einen Kompromißfrieden, wie sie auch ein Kriegsende durch Sieg eines der kriegsführenden Staaten in weite Ferne rücken. Wahrscheinlich können nur Volkserhebungen im Iran und/oder im Irak diesen blutigen Krieg beenden.

Quellenhinweis: Deutscher Bundestag, Drucksache 10/2694 — (clm)

Zivilschutzgesetz

ÄRZTE GEGEN
KATASTROPHENMEDIZIN

München. Auf Initiative von über 200 Ärzten führte der Ärztliche Kreis- und Bezirksverband München (ÄKBV) am 30.1.85 eine außerordentliche Mitgliederversammlung durch. Themen: Zivilschutzgesetz und Katastrophenmedizin. Etwa 460 Ärzte nahmen teil, während bei ordentlichen Mitgliederversammlungen der letzten Jahre 40 bis 70 anwesend waren.

Mit nur wenigen Gegenstimmen wurde beschlossen:

- eine Verurteilung der positiven Stellungnahme der Bundesärztekammer zum Entwurf des Zivilschutzgesetzes sowie eine Ablehnung dieses Gesetzes durch die zuständige Landesvertretung.
- eine Aufforderung an den Münchner Stadtrat, "alles in seiner Macht Stehende zu unternehmen, den weiteren Ausbau von Bunkerkapazitäten in München zu stoppen."
- die Ablehnung der Ausbildung in Katastrophenmedizin und stattdessen die Aufforderung an den ÄKBV, in einer öffentlichen Veranstaltung "die Münchner Bevölkerung über die Auswirkungen von atomaren, chemischen und bakteriologischen Massenvernichtungsmitteln aufzuklären."

Zur Begründung wurde angeführt, daß die kritisierten Maßnahmen der Kriegsvorbereitung dienen und im Ernstfall sinnlos seien.

Mit Schreiben vom 15.2.85 hat das Bayerische Staatsministerium des Innern interveniert: "Nach Auffassung des Staatsministeriums ... als oberster Rechtsaufsichtsbehörde der bayerischen Heilberufsvertretungen sind jedenfalls die Beschlüsse zum Zivilschutzgesetz, zum Bunkerbau und zur Fortbildung in Katastrophenmedizin rechtswidrig." Die Regierung ordnet an, daß die Beschlüsse nicht vollzogen werden dürfen. Sie droht: "Für

den Fall, daß diese Beschlüsse dennoch vollzogen werden, wird die Regierung als unmittelbare Rechtsaufsichtsbehörde die gefaßten Beschlüsse nach Anhörung der Landesärztekammer und ggf. nach Fristsetzung, gemäß Art. 9 Satz 2 des Kammergesetzes förmlich außer Kraft setzen."

Ausdrücklich wird die Veröffentlichung der Beschlüsse in den Münchner Ärztlichen Anzeigen, dem Publikationsorgan des ÄKBV, "in Form eines 'aktuellen Berichts' Leserbriefähnlich" mißbilligt.

Auffallend ist, daß die unteren Aufsichtsbehörden – Landesärztekammer und Regierung von Oberbayern – durch die Staatsregierung übergangen werden. Sie stellt klar, daß die ärztliche Berufsvertretung keineswegs eine unabhängige Landesvertretung ist, sondern eine Körperschaft "des öffentlichen Rechts und damit (ein) Teil der öffentlichen Verwaltung."

Nachdem damit alle Ärzte – jeder Arzt ist ein Zwangsmittglied in der Be-

rufsvertretung – zu Staatsbediensteten erklärt sind, sei auch die "Rechtswidrigkeit" der Beschlüsse begründet: Es werde nämlich mit den Beschlüssen "ein allgemeinpolitisches Mandat wahrgenommen".

Rechtswidrig seien die Beschlüsse weiter, weil "über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines Zivilschutzgesetzes ... allein der Bund ... zu entscheiden" habe. Und schließlich könne die Berufsvertretung nicht beschließen, "daß ein bestimmter Bereich ärztlicher Tätigkeit nicht Gegenstand der beruflichen Fortbildung der Ärzte" sein könne.

1981 hatte der Generaloberstarzt a.D. Rebentisch gegen Ärzte gehetzt, die Katastrophenmedizin als Kriegsmizin bekämpften: "Schwach ist die Regierung, die solchen Machenschaften nicht mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegentritt." Die "Ärzteinitiative gegen die atomare Bedrohung" hat erklärt, daß beim Verwaltungsgericht eventuell Klage erhoben wird. Am 18. April 1985 findet die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung der ÄKBV statt.

Quellenhinweis: Münchner Ärztliche Anzeigen Nr. 6 und 9/1985, Deutsches Ärzteblatt 46/1981 – (wob)



Mediziner demonstrieren gegen Ausbildung in Katastrophenmedizin

KEIN NPD-PARTEITAG
IN LÜNEBURG

Lüneburg. Am 30. Januar gab die NPD provokativ bekannt, ihren diesjährigen Landesparteitag in Lüneburg abhalten zu wollen. Sowohl der DGB, als auch der SPD-Ortsverein und der Antifaschistische Arbeitskreis Lüneburg, in dem neben einer Reihe von Punks Mitglieder der VVN, DKP, SDAJ, Volksfront und BWK mitarbeiten, beschlossen daraufhin, eine Demonstration durchzuführen. Der SPD-Ortsverein beschloß, im Rat den Antrag zu stellen, der NPD keine Räume zu vermieten. Die Ratsfraktion der SPD brachte demgegenüber zusammen mit der CDU und FDP eine Reso-

lution gegen den "Extremismus" ein. Die CDU und FDP benutzten die Debatte zu wüsten Angriffen gegen die Grünen und gegen "Wendlandblockierer". Die NPD wurde nur einmal erwähnt: Oberstadtdirektor Faulhaber sicherte der NPD den Schutz des Parteiprivilegs zu. Die NPD reagierte prompt und beantragte am Tag danach das städtische Glockenhaus. Der öffentliche Druck hat bewirkt, daß die Stadt dies wegen Schallisoliermaßnahmen und anderweitiger Vergabe abgelehnt hat. Wo die NPD tagen will, ist z.Z. noch unbekannt. Die Stadtverwaltung bringt andere Orte ins Gespräch. Der Antifaschistische Arbeitskreis geht davon aus, daß die NPD in Lüneburg tagen will, und rich-

tet sich darauf ein. Es wurde ein Aufruf verabschiedet und ein Sammelpunkt für eine Demonstration bekanntgegeben. Der DGB will mit Vorbereitungen abwarten, bis der Tagungsort bekannt ist. Mit dem DGB wurde vereinbart, eine gemeinsame Demonstration durchzuführen, auch wenn eine Einigung auf einen Aufruf nicht möglich ist. Im Aufruf des Antifaschistischen Arbeitskreises stehen die Forderungen nach "Verbot des Parteitags durch die Stadt", "Verbot der NPD", "Verbot jeglicher faschistischer und revanchistischer Propaganda" und "Völkerrechtliche Anerkennung der DDR, völkerrechtliche Anerkennung der polnischen und sowjetischen Grenzen". – (thr)

Einzelhandel

IN DEN LOHN- UND GEHALTSTARIFVERHANDLUNGEN SIND STRUKTURVERÄNDERUNGEN NOTWENDIG

Karlsruhe. Die Tarifbezirke Baden-Württemberg und Hessen beginnen als erste mit den Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen im Bereich Einzelhandel. Dazu gehören auch Versandhandel und Sortimentsbuchhandel. Die Gewerkschaft HBV fordert für rund 150000 Beschäftigten in Hessen eine Lohn- und Gehaltserhöhung 6%. In Baden-Württemberg fordert HBV 6% Erhöhung, jeweils auf vollen 5-DM-Beträge aufgerundet für die rund 200000 Beschäftigten. Für die im Lager- und Versandbereich Beschäftigten wird die Höhergruppierung um jeweils eine Lohnstufe bis Lohnstufe 6 gefordert, wobei diese Beschäftigten ab der Lohnstufe 3 eingestuft werden sollen. Weiterhin sollen die Eingruppierungsgrundlagen für Abtei-

Gabelstaplerfahrer, Fahrer, Handwerker, Köche usw. eingestuft. Die Masse der Beschäftigten liegt in den Lohnstufen 3-5.

In den Gehaltsgruppen II und III sind hauptsächlich die Verkäuferinnen und Kassiererinnen eingruppiert. In der Gruppe II gehen die Gehälter vom 1. Beschäftigungsjahr mit 1393 DM bis zum 7. Beschäftigungsjahr mit 2040 DM, in der Gruppe III vom 1. Jahr mit 1869 DM bis zum 6. Jahr mit 2361 DM monatlich. Ein großer Teil dieser Arbeiten wird mittlerweile von Teilzeitkräften erledigt, die teilweise je nach Arbeitsanfall angefordert werden im Rahmen der kapazitätsorientierten Personalplanung (KAPOVAZ). In Lebensmittelfilialbetrieben und SB-Warenhäusern betrifft das schon 30% der Beschäftigten und

dem HBV-Bezirk in Karlsruhe: Von 1083 Beschäftigten sind 788 Frauen und 309 Männer. Diese Zahlen sind umgerechnet auf Vollzeitbeschäftigte.

Eingruppierung nach Gehaltsstufen

Stufe	Anzahl	Gehalt
I	58	von 1248,- bis 1616,-
II	390	von 1393,- bis 2040,-
III	121	von 1869,- bis 2369,-
IV	57	von 2198,- bis 2730,-
V	53	3070,-

Eingruppierung in Lohnstufen

Stufe	Anzahl	Monatslohn
1	9	1558,-
3	242	1741,-
4	68	1855,-

In den Lohnstufen 2 und 5 bis 8 befindet sich keiner.

Die Forderung nach Strukturveränderung durch Höhergruppierung der Lager- und Versandarbeiter/innen zielt auf die Beseitigung der Lohnstufen 1 und 2. Bisher wird das von den Einzelhandelskapitalisten abgelehnt. Der nächste Verhandlungstermin in Baden-Württemberg ist am 21. März. Die Kapitalisten wollen eine Verrechnung von Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden mit 2,8% der Lohnforderung.

Quellenhinweis: Ausblick, Zeitung der HBV, versch. Ausgaben; Geschäftsbericht des Hauptvorstandes der HBV, Abt. Tarifpolitik.- (rub)



ssieren macht krank -- die Frauen müssen in Spitzenzeiten bis zu 500 kg in der halben Stunde bewegen.

gsleiter und im Einkauf Beschäftigte neu geregelt, die hohen überragenden Zulagen abgesichert werden, Beschäftigten im Sortimentsbuchhandel in den Entgelttarif Einzelhandels eingruppiert und die Ausbildungsgütungen im 1. und 2. Lehrjahr um 50 DM und im 3. Lehrjahr um 50 DM erhoben werden.

n einzelnen würde die Forderung 6% in Baden-Württemberg folgen-
erhöhungen ergeben:

In den Gehaltsgruppen I bis V 75 DM 185 DM, und in den Lohnstufen 1 bis 6 läge die Erhöhung zwischen 95 und 145 DM. In den Lohnstufen 1 bis 3 (1741 DM) und 4 bis 5 (2040 DM) sind die Lager- und Versandarbeiter/innen eingestuft. In Lohnstufe 2 (1610 DM) sind Näherinnen und Küchenhilfen, in den Lohnstufen 1 (1393 DM) bis 8 (2361 DM) sind

in Verbrauchermärkten etwa 50%. In Gruppe I (1248 DM-1616 DM) arbeiten Beschäftigte in der Postabfertigung, Warenauszeichnung, Archiv usw.

Wieweit der Einzelhandel hinter den Löhnen und Gehältern anderer Branchen zurückliegt, zeigt der Vergleich der durchschnittlich gezahlten Tarifgehälter vom 1.1.1984:

Branche	Gehalt	- zu Einzh.
Einzelhandel	1971,-	
Öffentl. Dienst	2482,-	511,- 26%
Baugewerbe	2312,-	341,- 17%
Chem. Ind.	2798,-	827,- 42%
Druckind.	2330,-	359,- 18%
Metallver. Ind.	2194,-	223,- 11%
Textilind.	2518,-	547,- 28%

Ein typisches Bild für die Eingruppierung im Einzelhandel zeigt das Beispiel eines Großversandhauses aus

Buchhandel und Verlage

KAPITALISTEN VERWEIGERN VERHANDLUNGEN

München. Rationalisierung durch EDV-Einsatz setzt sich auch in Buchhandlungen und Verlagen immer stärker durch. Noch sind es die großen Firmen, die vom Auftragseingang bis zur Auslieferung bereits durch Rationalisierung sind, aber durch die Installation von zentralen EDV-Anlagen und einem Netz von Terminals werden in allernächster Zeit auch die Kleineren der Branche Rationalisierungsmöglichkeiten erhalten.

Die HBV versucht seit Jahren, ein Schutzabkommen gegen Rationalisierungsbedingte Kündigungen, Abgruppierungen und gesundheitliche Gefährdung zu erreichen. Nach langem Zögern hatten die Kapitalisten der Aufnahme von Verhandlungen zugestimmt. Aber bereits das erste Gespräch bewies, daß für einen Schutz vor Rationalisierung keine Bereitschaft besteht. Ein Vertrag sollte nach den Vorstellungen der Firmenbesitzer nur Geltung haben in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten, bei "erheblichen" Rationalisierungsfolgen, wenn mehr als 10% der Belegschaften betroffen sind, und wenn

Rationalisierungen bereits Folgen hatten, z.B. gesundheitliche Schäden eingetreten sind.

Da sich weder die HBV noch die DAG auf einen derartigen Rationalisierungsschutz einließen, erklärten die Kapitalisten in der 2. Verhandlung rundheraus, sie seien nicht mehr gewillt, über Rationalisierungsschutz zu verhandeln. Denn: "Durch einen Rationalisierungsschutz würde eine vernünftige Arbeitsweise in den Betrieben nicht mehr möglich sein."

Zu den gleichzeitigen Verhandlungen über eine Arbeitszeitverkürzung erklärten die Kapitalisten ihre Bereitschaft, den allgemeinen Standard nachzuvollziehen, unter bestimmten Bedingungen. Nämlich: Verzicht auf Rationalisierungsschutz und Einführung variabler Arbeitszeiten.

Die HBV unterbrach vorerst die Verhandlungen. Es wird jetzt versucht werden müssen, den Schutz vor Rationalisierungsfolgen verstärkt auf betrieblicher Ebene anzugehen, und hinter Forderungen nach einer Betriebsvereinbarung die betroffenen Belegschaften zusammenzuschließen.

Am 19.3. beginnen die Verhandlungen um einen neuen Entgelttarif. Die HBV fordert 7%, mindestens 150 DM für alle, einschließlich der Auszubildenden. Die Kapitalisten haben ihr Ziel ebenfalls bereits formuliert: "Die durch Gesetze und Tarifverträge aufgebauten Schwellen müssen abgebaut werden." — (raj)

Einzelhandel Bayern

MANTELARIF: ARBEITSZEITVERKÜRZUNG!

Würzburg. Die erste MTV-Verhandlung zwischen HBV und dem Bayerischen Einzelhandelsverband fand statt am 23.10.1984. Hierzu legte die Tarifkommission Einzelhandel der HBV folgende Forderungen auf den Tisch:

- Mehr freie Tage durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche.

- Reduzierung der Mehr-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit durch Erhöhung der Zuschläge, Wahlfreiheit für die Arbeitnehmer, die Abgeltung in Freizeit zu verlangen.

- Anspruch der Teilzeitbeschäftigten auf eine arbeitsvertraglich festgelegte tägliche Arbeitszeit im Rahmen der 5-Tage-Woche und Beteiligung an allen betrieblichen Leistungen.

- Gleiche Kündigungsfristen für Angestellte und gewerbliche Arbeitnehmer, Verbesserung des Schutzes für ältere Arbeitnehmer vor Kündigung und Abgruppierung.

- Verpflichtung der Betriebe zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen und Sicherung der Ausbildungs-

möglichkeiten bis zum Einzelhandelskaufmann.

Antwort der Kapitalisten: Kein Angebot! Am 17.12.84 lagen ihre Forderungen vor. HBV kommentiert empört: "Händler fordern Sozialabbau." Die Forderungen der Kapitalisten gehen dahin, z.B. die Probezeit bei Angestellten von jetzt drei auf sechs Monate zu verlängern, bei Gewerbllichen von jetzt 14 Tagen auf sechs Wochen. Aushilfsarbeitskräfte sollen keinen Urlaubsanspruch mehr haben, Provisionen sollen erst im übernächsten Monat ausgezahlt werden, der Urlaub für Schwerbehinderte soll gleich ganz wegfallen. Weiter soll im MTV die Möglichkeit von Kurzarbeit eingeräumt werden. Und zum guten Schluß soll im MTV ein "Minderleistungsparagraph" eingeführt werden: § 10/16: "Arbeitnehmer, die infolge ihrer körperlichen oder geistigen Beschaffenheit für die ihnen übertragene Arbeit minderleistungsfähig sind, können unter den tariflichen Entgeltsätzen bezahlt werden. Die Minderbezahlung richtet sich nach dem Grade der Minderleistungsfähigkeit." Ausgang der MTV-Verhandlungen vom 17.12.84: Zu den Schwerpunktforderungen der HBV wie Arbeitszeitverkürzung, mehr sozialer Schutz für Teilzeitbeschäftigte, Verbot variabler Arbeitszeiten und 5-Tage-Woche für alle soll ein Bundessonderungsge spräch zwischen HdE (Einzelhandelskapitalisten), DAG und HBV am 17./18.1.1985 stattfinden. Am 25./26.2.85 haben HdE und HBV folgende gemeinsame Empfehlung für die regionalen Tarifverhandlungen ausgesprochen: "Ab dem 1.1.1986 soll sich die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 40 auf 38,5 Stunden verkürzen."

Dieser Vorschlag, zusammen mit den Forderungen der Kapitalisten in Bayern, soll bewirken, daß die Beschäftigten froh sein sollen, wenn sie ihren alten MTV behalten und 1986 die Arbeitszeitverkürzung "geschenkt" bekommen. Es wird wichtig sein, im neuen MTV die Forderung nach Zustimmungspflicht des Betriebsrats bei Arbeitszeitveränderungen durchzusetzen. — (sip)

GEW

SCHWIER-PLAN GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT?

Braunschweig. Laut Bericht des Sekretariats arbeitsloser Lehrer bei der GEW haben sich die Einstellungs chancen für Lehrer weiter verschlechtert: Von 70000 Bewerbern erhielten 1984 nur 7000 eine Beschäftigung. Damit ist die Lehrerarbeitslosigkeit bundesweit von 44000 auf ca. 60000 gestiegen. Die Einstellungs chancen sind von 6 zu 1 im Vorjahr auf 10 zu 1 gesunken. Im Schuljahr 1984/

85 werden erneut Lehrerstellen gestrichen, bundesweit ca. 8000. Auch Aktionen der GEW und Gruppen arbeitsloser Lehrer konnten diese Entwicklung nicht verhindern.

Dies befördert in der GEW eine Position, die verlangt, die GEW solle sich positiv zum "Angebot" von Kultusminister Schwier aus NRW verhalten, der Arbeitszeit- und Einkommenskürzung für alle Lehrer verlangt, um von den Geldern Neueinstellungen vorzunehmen. Die Gruppe arbeitsloser Leh-



Arbeitslose Lehrer demonstrieren auf der Alster

rer in Göttingen legte vor kurzem ein Papier vor, in dem es u.a. heißt: "Nach Einschätzung der gegenwärtigen 'Kampfbereitschaft' unserer arbeitenden Kollegen sehen wir in dem Schwier-Plan den bisher einzigen konkreten Vorschlag zur Lösung unserer existenzbedrohenden Lage." Auf der Bezirksvertreterversammlung der GEW Braunschweig wurde beschlossen, dieses Papier in den Untergliederungen zu diskutieren. Mehrheitsfähig ist diese Position in der GEW nicht, aber sie stellt eine Strömung dar, in welcher der Anspruch auf Interessenvertretung der beschäftigten Lehrer als Teil der Lohnabhängigen angegriffen wird. So hat die GEW z.B. jahrelang die Forderung nach mehr Teilzeitarbeit unterstützt — immer mit Hinweis auf die hohe Arbeitslosigkeit — und sieht sich jetzt in der Lage, gegen die Folgen dieser Politik wie zwangsweise Teilzeitarbeit bei Neueinstellungen bzw. Pensionskürzungen für die Betroffenen antreten zu müssen. Ihre Position bei diesem Protest ist somit geschwächt. Die jetzt begonnene Diskussion sollte genutzt werden, um gemeinsam mit anderen Gewerkschaften Schritte gegen Stellenabbau, Arbeitsintensivierung und Einkommenskürzung im gesamten öffentlichen Dienst zu erörtern und den Spaltungsversuchen des Dienstherrn eine Absage zu erteilen. — (usm)

Landtagswahlen NRW

**"BÜRGERLICHES LAGER" HOFFT AUF
REGIERUNGSÜBERNAHME**

Düsseldorf. Die Wahlen im Saarland, in West-Berlin und in Hessen haben es deutlich gemacht: Die Wahrscheinlichkeit, daß die FDP, die noch unter sozialliberalen Vorzeichen 1980 aus dem nordrhein-westfälischen Landtag herausfiel, bei den Landtagswahlen am 12. Mai wieder in den Landtag einzieht, ist groß. Ohnehin fehlten der FDP 1980 keine 2000 Stimmen. Ihr Ergebnis betrug 4,98%. Nach den jetzigen Wahlergebnissen sieht CDU-Spitzenkandidat Worms nicht unberechtigt "hervorragende Chancen" für die Ablösung der SPD-Regierung und wird nicht müde, darauf zu verweisen, daß CDU und FDP bei den Bundestagswahlen 1983 in NRW zusammen 52% erhielten.

Noch auf dem Landesparteitag der CDU Ende Januar ließ Worms die Koa-

kapitalistischen Ausbeutung gemeint ist, auch gegenüber z.B. christlichen Mitgliedern der CDU-Sozialausschüsse, erläutert der Kommentar der "Frankfurter Allgemeinen": "Die FDP wird ähnlich wie einst ein Schmidt den Anführern der CDU gegenüber manchen ihrer Gefolgsleute die Möglichkeit geben können, bedauernd auf eine in die Marktwirtschaft vernarrte FDP hinzuweisen." (12.3.1985)

Die Wahlprogramme von CDU und FDP sind darauf abgestellt. 1980, kurz vor dem Bundestagswahlkampf, bei dem Strauß als Kanzlerkandidat fungierte, versuchte die CDU im Landtagswahlkampf einen frontalen Angriff auf "SPD- und Gewerkschafts-Filz". In diesem Landtagswahlkampf ist das Wahlprogramm der CDU überschrieben: "Arbeit schaffen, Umwelt schützen, Aufschwung sichern — Die Zukunft gewinnen". Die FDP dagegen zielt in ihrem "Landespolitischen Programm" eher noch deutlicher auf eine Meutenbildung von "Leistungsbereiten" für "Freiheit" und "Marktwirtschaft", als in dem vom Bundesparteitag beschlossenen "Liberalen Manifest" (vgl. "Politische Berichte" 5/85, S. 8).

"Wir freien Demokraten wollen im bürgerlichen Lager das marktwirtschaftliche Gewissen Nordrhein-Westfalens sein... Wir wenden uns an die Unternehmer, leitenden Angestellten und freien Berufe, an die Leistungsträger in allen Berufen, die es leid sind, daß ihnen die Lust an persönlicher Leistung weggesteuert wird. Wir wenden uns an die Arbeiter und Angestellten, die es leid sind, unter den Plakaten: 'Du bist ein Streikbrecher' und den Methoden des Arbeitskampfes aus dem vorigen Jahrhundert ihren Kopf beugen zu müssen. Sie haben ein Recht auf Arbeit..." So lautet eine Kernaussage des "Landespolitischen Programms" (S. 1).

Den "kleinen und mittleren Selbständigen", den leitenden Beamten und Angestellten und der wissenschaftlichen "Elite" ("Eliten sind die Motoren des Fortschritts." S. 15) verspricht die FDP Mehrung ihres Eigentums bzw. Eigentumsbildung: "Wir Freien Demokraten wollen dafür sorgen, daß Leistungsträger zu sein nicht immer unrentabler, Leistungsnehmer zu sein dagegen immer attraktiver wird. Man muß wieder mit gutem Gewissen sein Geld verdienen können." (S. 16)

Gleichzeitig läßt das Programm keinen Zweifel darüber, gegen wen sich die FDP vor allem richtet. Sie ist dafür, daß Tarifverträge nur noch "Rahmenvereinbarungen" sind; für die

teilweise Aufhebung des Betriebsverfassungsgesetzes für kleine und mittlere Betriebe; für "individuelle Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse"; für "individuell durchgeführte Arbeitszeiten"; für stärkere Zulassung von Zeitarbeitsverträgen; dafür, daß "Reallohnsteigerungen in Phasen gedämpften Wachstums auch hinter den Produktivitätssteigerungen zurückbleiben"; für "mehr Vertragsfreiheit und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt" und gegen die Montanmitbestimmung. In Bezug auf die Sozialversicherungen will sie mehr "Spielraum für individuelle Eigenversorgung und Selbsthilfe" (S. 5/6).

Auf dem Landesparteitag der FDP am 16.3. in Duisburg griff Bangemann die DGB-Gewerkschaften frontal an, weil sie mit der von ihnen erkämpften Anhebung der Sockelbeträge oder Höhergruppierung unterer Lohngruppen "die Arbeitslosigkeit verstärkt" hätten. Worms versuchte sich prompt als "gewerkschaftsfreundlich" zu profilieren — mit Bedacht kritisierte er nur die Position der FDP zur Montanmitbestimmung. Daß es in den Wahlprogrammen von CDU und FDP, vermittelt über liberal-konservative Bestandteile wie "Freiheit", "Marktwirtschaft" und "Eigeninitiative", viele Gemeinsamkeiten gibt, ist die Grundlage der angestrebten Zusammenarbeit. Die CDU tritt ebenfalls ausdrücklich für flexiblere Arbeitszeiten ein, für Ausdehnung der Heimarbeit an elektronischen Arbeitsplätzen, befristete Arbeitsverträge und gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Um das "bürgerliche Lager" von CDU und FDP zu stoppen, ist eine deutliche Verstärkung der Kritik des Liberalismus erforderlich. Dies umso mehr, als auch die nordrhein-westfälische SPD ganz bewußt eine Öffnung gegenüber dem Liberalismus anstrebt, in der Hoffnung, so sozialliberale Wähler zu gewinnen. Dabei muß klargestellt werden: Auch auf "demokratischem" Feld liefert der Liberalismus keine Ansatzpunkte gegen reaktionäre Politik. Vor noch nicht einem Jahr wurde bekannt, daß ein FDP-Mitglied, der 64-jährige Mülheimer Getränkegroßhändler Meyer, zu den Initiatoren des SS-Treffens im hessischen Oberaula gehörte. Meyer war 1969 aus Protest gegen die Ostpolitik aus der FDP ausgetreten und 1982, nach der "Wende", wieder eingetreten. Trotz entsprechenden Forderungen hat der Landesvorstand der FDP Schritte gegen Meyer ausdrücklich abgelehnt.

Quellenhinweis: "Sag Ja! Positionen und Ziele liberaler Politik für NRW. Landespolitisches Programm der FDP", beschl. am 15.12.1984; "Arbeit schaffen, Umwelt schützen, Aufschwung sichern: Die Zukunft gewinnen", Landesprogramm 1985 der CDU, beschl. am 26.1.1985 — (wof)



Warnstreik gegen flexible Arbeitszeiten und Samstagsarbeit bei Orenstein & Koppel in Hattingen.

litionsfrage ausdrücklich offen und schloß die Möglichkeit einer Großen Koalition mit der SPD nicht aus. Inzwischen bezeichnet Worms CDU und FDP in Abgrenzung zu SPD und GRÜNEN ausdrücklich als "bürgerliches Lager" und strebt eine feste Verbindung zur FDP an. Die FDP äußert sich in die gleiche Richtung. Daß beide betonen, die FDP müsse es "aus eigener Kraft" schaffen, ist kein Widerspruch dazu.

In einer Pressekonferenz zu den letzten Wahlen trat FDP-Vorsitzender Bangemann für eine "faire Partnerschaft" mit der Union ein und wies darauf hin, daß ehemalige CDU-Wähler die FDP in der Koalition stärken wollten, die CDU dafür aber in Wählerschichten der SPD eindringen könne. Daß damit die typische Rolle des Liberalismus als Gralshüter der kapitalistischen Konkurrenz und damit der

Bauernversammlung in Kiel: KRITIK AN DER POLITIK DES BAUERNVERBANDES

Kiel. Am 4.3. demonstrierten rund 9000 Bauern in Kiel gegen die Agrarpolitik der Regierung. Aufgerufen hatte der Bauernverband Schleswig-Holstein unter dem Motto "Ländlicher Raum in Gefahr", Mitaufzufende waren der Landfrauenverband, Landjugendverband, Raiffeisenverband, Landhandelsverband, Gesamtverband der Landmaschinen und der Wirtschaftsverband Handwerk. Bereits die Veranstalterliste steht für die "Qualität" dieser Veranstaltung. Zwar ist objektiv richtig, daß z.B. Auftragseingänge des Landhandels vom Wohlergehen der Landwirtschaft abhängen. Diese Verbände betreiben jedoch in diesem Rahmen ihre eigene Interessenvertretung. Dementsprechend blieb bei den Vorträgen die Bundesregierung weitestgehend außen vor, argumentiert wurde im wesentlichen im Zusammenhang mit der EG. Bei der Milchkontingentierung offene Fragen seien noch zu klären, und Kiechle solle in Brüssel "hart bleiben". Das Argument der Regierung, die Einkommen der Bauern hingen v.a. von der Beseitigung der EG-Überschüsse ab, wird vom Bauernverband aufgenommen. Damit wird die Regierung von eigener Verantwortung befreit, die "anderen" sind immer schuld. Aus der "marktwirtschaftlichen" Begründung, daß bei übergroßer Angebotsmenge und geringer Nachfrage die Preise zwangsläufig sinken müssen, läßt sich der bevorstehende "Strukturwandel" als etwas Normales erklären, das man eben hinzunehmen habe. Diese Position blitzt bei den Argumenten des Bauernverbandes immer wieder durch; diejenigen, die ruiniert werden, werden zunehmend nicht mehr von ihm vertreten. Daher rührt u.a. die erstarkende und sich konsolidierende Opposition, v.a. die "Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft" und regional die "Schlesw.-Holst. Interessengemeinschaft für eine gerechte Milchmengenverteilung". Die Arbeitsgemeinschaft konnte auf der Veranstaltung in Kiel, trotz durch den Bauernverband versuchten Rufmordes ("Chaoten", "Bauernfängerei"), 4000 Flugblätter verteilen. Auch dies zeigt, daß innerhalb der Verbände die Unzufriedenheit groß ist.

Die Errichtung einer zweiten, oppositionellen Ständesvertretung wird diskutiert. In diesem Zusammenhang wichtig ist die Versammlung der "Interessengemeinschaft für eine gerechte Milchmengenverteilung" am 17.4. Dort soll beraten werden, ob man innerhalb des Bauernverbandes, bundesweit in der "Arbeitsgemeinschaft" oder oppositionell mit einem



4.3.: Bauern protestieren in Kiel gegen die Vernichtung ihrer Existenz.

solchen zweiten Verband arbeiten soll. Hiervon wird die Entwicklung aktionseinheitsfähiger Forderungen abhängen, die eindeutige Richtung gegen die Regierung und letztlich auch, ob es der Reaktion gelingen kann, die Unzufriedenheit der Bauern in ihre Bahnen zu lenken. Die SPD, wie Vogel in der Agrardebatte des Bundestages, hebt auf den "bitteren Streit in den Dörfern" ab. Keineswegs beabsichtigt sie, die Kritik zu unterstützen, die versucht, die EG-Argumente der Regierung anzugreifen. In Aussicht steht jetzt, daß die von den europäischen Bauernverbänden geforderten 5%-Preiserhöhungen nicht beschlossen werden. Dabei würden höhere Preise die Bauern vom Zwang zur ständigen Überschußproduktion befreien. — (rik)

Kommunalwahl

WALLMANN SAMMELT ZUSTIMMUNG

Frankfurt. Am 10.3.85 fanden in Hessen die Kommunalwahlen statt. Die CDU verlor Stimmen. Im Zentrum des Interesses stand zweifelsohne der Ausgang der Wahl in Frankfurt. Wallmann konnte für die CDU — trotz Verlusten von 4,6% — mit 49,6% das drittbeste Ergebnis seit 1946 erzielen (s. Tabelle). Die FDP ist wie bereits 1981 nicht in der Stadtverordnetenversammlung vertreten. Die SPD gewann 4,6% hinzu. Die Grünen kamen auf 8,0%. Die CDU sicherte sich also mit 48 Sitzen die absolute Mehrheit, die SPD hat 37 Sitze, die Grünen 8.

An weiteren Organisationen erzielten folgende Wahlergebnisse: DKP 1221 Stimmen (0,4%) minus 588; Liste Ungültig 737 Stimmen (0,2%), Liberale Demokraten 312 Stimmen (0,1%), EAP 249 Stimmen (0,0%) sowie die faschistischen Organisationen SVP (Soziale Vaterländische Partei) und FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei), die 918 (0,3%) bzw. 322 (0,1%) Stimmen erhielten. Damit verloren sie zusammen gegenüber den 1350

Stimmen (0,5%) der NPD von 1981, verbesserten sich aber gegenüber der faschistischen Liste "Aktion Ausländerückführung" bei den Landtagswahlen 1983 (316 Stimmen, 0,1%).

Wallmanns Politik gegen Ausländer, gegen das hessische Personalvertretungs-Gesetz, gegen die Förderstufe, für die großzügige Unterstützung des Finanzkapitals usw. fand erneut eine parlamentarische Mehrheit. Im Vorfeld konnte die CDU ungestört ihre Anhangbildung fortsetzen. Die SPD setzte mit dem Versprechen, Frankfurt zu einem technologischen Umweltzentrum zu machen, auf das Potential der Grünen.

Bemerkenswert erscheint uns: Die CDU verlor überdurchschnittlich bzw. erzielte einen unterdurchschnittlichen Stimmenanteil in den Stadtteilen mit hohem — zwischen 30 und 75% — Ausländeranteil. Die Grünen, die mit der Forderung nach Ausländerwahlrecht angetreten waren, erreichten hier die höchsten Zuwachsraten. In den Wahlbezirken Nordend-West erhielten sie 15,8%, in Westend-Süd 13,1%, in Nordend-Ost 16,8% und in Bockenheim 12,9%, in den Stadtteilen mit niedrigem Ausländeranteil zwischen 5 und 7%. Dort hatte die CDU geringere Verluste. Die SVP und FAP, deren faschistische Ausländerhetze Wallmann erfolgreich umzusetzen verspricht, erzielten hier ihre besten Ergebnisse mit bis zu 0,8%, während sie in zwei Stadtteilen mit 50,8 und 75,1% Ausländeranteil insgesamt 6 Stimmen erhielten.

Der geringe Anteil der FAP kann zu einem Gutteil darauf zurückgeführt werden, daß es einem antifaschistischen Bündnis und SDAJ, Grünen, Spontis, Antiimperialisten gelungen war, deren beabsichtigten Aufmarsch "Gegen Ausländerkriminalität" zu verhindern. Die eingeleitete Zusammenarbeit der revolutionären Sozialisten gegen die Reaktion kam über Beratungen nicht hinaus. Das Bündnis "Gewerkschafter gegen Wallmann", unterstützt von KPD und GIM, erzielte nicht die beabsichtigte Wirkung. — (sie, udi)

Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt

Jahr	Wahl-	SPD	CDU	FDP	Grü-	An-
	bet.				ne	dere
1946	74,3	41,0	35,1	11,8	—	12,1
1948	71,0	36,8	26,1	23,6	—	13,5
1952	57,0	45,5	20,8	14,4	—	19,3
1956	67,4	54,5	24,9	8,2	—	12,4
1960	68,6	50,7	30,2	12,9	—	6,2
1964	67,0	53,5	31,1	11,6	—	3,8
1968	64,1	49,5	29,9	11,2	—	9,4
1972	73,9	50,1	39,8	7,2	—	2,9
1977	71,8	39,9	51,3	6,0	—	2,7
1981	70,7	34,0	54,2	4,3	6,4	1,2
1985	72,6	38,6	49,6	2,6	8,0	1,2

5. Hamburger Frauenwoche

BUNTE VIELFALT, ABER KAUM KONZENTRATION AUF DIE ANGRIFFE VON RECHTS

Die 5. Hamburger Frauenwoche hatte Volkshochschulcharakter. Über 300 Veranstaltungen zu praktisch allen Fragen und Vorstellungen der Frauenbewegung waren angeboten von und nur für Frauen, der kleinere Teil davon war für Bildungsurlaub anerkannt. Ein Blick in das Besucherbuch am Ende der Woche: überwiegend waren Frauen aus dem öffentlichen Dienst oder sozialen Berufen da, Krankenschwestern, Erzieherinnen, Altenpflegerinnen, dann Frauen aus Büroberufen, arbeitslose Frauen, Studentinnen, weniger Hausfrauen und akademisch ausgebildete Frauen, kaum Arbeiterinnen.

Am 1. Tag waren über 5000 bei den Einführungsveranstaltungen in die verschiedenen Themenbereiche, die seminarmäßig vormittags abgehandelt wurden: Ökonomie (9 Seminare), Polymagie (11, dazu später mehr), Lesben (8), Technologie (6), Sucht (6), Politik (22). Nachmittags war buntes Programm mit ähnlichen Schwerpunkten.

Ein Seminar Ökonomie

Viele Informationen zum Thema Standortpolitik des Senats, der jetzt unverblümt Kapitalistenförderung betreibt. Im Bereich öffentlicher Versorgung wird drastisch gespart an Sach- und Personalausgaben. Privatisierung öffnet schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen z.B. bei den privaten Reinigungsfirmen Tür und Tor. Durch Technologieforschung wird die Rationalisierung im privaten Dienstleistungsbereich staatlich forciert. Für die in Hamburg beschäftigten Frauen wird dies bedeuten: Abbau von Arbeitsplätzen und Intensivierung der Arbeit im öffentlichen Dienst und im privaten Dienstleistungsbereich durch Einschränkung der Krankenpflege, Kinderversorgung und massiven Einsatz von Bildschirmarbeit in Büros. Bereits im letzten Jahr ist der Anteil der Frauen an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten um 1,5% gesunken auf knapp 42%. In den siebziger Jahren sind bereits über 30% aller Frauenarbeitsplätze in der Industrie vernichtet worden. Bisher öffentlich betriebene Versorgungsaufgaben werden wieder in die Familie gedrängt: Wer die Oma und das Kind versorgen soll, kann nicht mehr arbeiten, und wer keinen Kindergartenplatz mehr bekommt, auch nicht.

Statt Arbeitsverhältnissen, von denen Frauen leben können, wird massiv der "Zuverdienst" forciert: Teilzeitarbeit, Jobsharing, Arbeit auf Abruf, Heimarbeit. Durch Angriffe auf den Frauenarbeitsschutz droht Auswei-

tung der Nacht- und Schichtarbeit und Wochenendarbeit. Die passende Begleitmusik von den Freuden des Daseins als Hausfrau und Mutter tönt aus allen Ecken. Kontroversen gab es um Arbeitsschutzbestimmungen. Wenn sie ein Hindernis weiblicher Beschäftigung sind, müssen sie dann nicht verschwinden? Müssen und können Zwangsmaßnahmen durchgesetzt werden, um den Frauen Zugang zu allen Berufen zu erkämpfen? Müssen ABM-Verträge in Zukunft prinzipiell abgelehnt werden? Sollen Frauen Kar-

beit von Frauen im Haushalt der Reproduktion der Arbeitskraft (individuell und gesellschaftlich) dient. Daß sie unbezahlt verrichtet werden muß, hält die Löhne niedriger. Besonders in Krisenzeiten wird deutlich: fehlender Lohn muß durch Mehrarbeit der Frauen ausgeglichen werden, durch gesteigerten Zeitaufwand zur Beschaffung billigen Essens, durch vermehrtes Nähen früher gekaufter Kleidungsstücke, Mehrarbeit in der Küche etc. Weibliche Lohnarbeit ist vielfach nur Verlängerung dieser Tätigkeiten, z.B.



Hamburg, 8. März 1985: Ca. 2000 beteiligten sich an der Demonstration anläßlich des Internationalen Frauentages.

riere machen? Einigkeit bestand vor allem darin, daß der Normalarbeitstag verteidigt werden muß, eine Front gegen Flexibilisierung und die sog. ungeschützten Teilzeitarbeitsverhältnisse und Heimarbeit aufgebaut werden muß. Frauenlöhne, die keine selbständige Existenz sichern, treiben immer wieder auch zur Familienbildung und zum Ausharren als Hausfrau. Berichte aus den Gewerkschaften, vor allem der ÖTV, über die Schließung von Kindertagesheimen zeigten deutlich, daß der Kampf um soziale Einrichtungen und Kinderversorgung von allen gewerkschaftlichen Frauen unterstützt werden muß— gerade hier aber gibt es großen Mangel. Müßig zu erwähnen, daß an diesem Seminar fast nur berufstätige und arbeitslose Frauen teilgenommen haben?

Hausarbeit

Unter dem Stichpunkt "Arbeit aus Liebe?" wurde verhandelt, daß die Ar-

beit in den pflegerischen Berufen, und wird in Krisenzeiten wieder an den Herd zurückgedrängt. Die Kontroverse im Seminar war im Kern: soll Hausarbeit, solange sie gesellschaftlich notwendig ist, bezahlt werden, oder soll sie gesellschaftlich organisiert werden z.B. durch öffentliche Kantinen, Wäschereien und Schneidereien, Kindergärten. Die meisten berufstätigen Frauen bevorzugten das letztere.

Frauenselbsthilfe

Auffallend viele Veranstaltungen beschäftigten sich mit den "typischen Frauenkrankheiten", viele gab es in Richtung Massage, Yoga, Entspannungsübungen für Schreibmaschinenarbeit etc. Frauenselbsthilfeläden gibt es in vielen Städten der BRD. Ausgangspunkt der von Feministinnen betriebenen Zentren: die imperialistische Familien- und Bevölkerungspolitik dient letztlich der Steuerung der Gebärfähigkeit der Frauen (Verschär-

fung des § 218 für "deutsche" Frauen, Nötigung ausländischer Frauen zur Sterilisation). Die von Männern beherrschte Medizin ist diesen Interessen untergeordnet wie den Profiten der Pharmaindustrie. Frauenselbsthilfegruppen arbeiten verschüttete Kenntnisse heilkundiger Frauen auf, entwickeln schonende und preiswerte Methoden der Verhütung und Abtreibung und verbreiten Kenntnisse über den weiblichen Körper. Sie erfüllen damit offensichtlich wichtige Bedürfnisse, und es ist auch kein Zufall, daß sie sich meist in den ärmeren Stadtteilen ansiedeln. (Daß die Bourgeoisie im Zuge der Kostendämpfung selbst nach billigeren Medikamenten sucht, sollte nicht dazu verleiten, beides in einen Topf zu schmeißen, denn die Bourgeoisie will allenfalls die Wiederherstellung der Arbeitskraft und tendenziell immer auch die Zerstörung der nicht mehr wiederherzustellenden).

Matriarchate, Hexen, Polymagie

Es gibt ein breites und auch begründetes

Interesse an der Geschichte der Unterdrückung der Frauen, das zeigen auch viele Veranstaltungen zur Nachkriegszeit. Matriarchate und Hexenverfolgung sind notwendig Themen. Feministische Theorien zum letzteren: Die Ausrottung von fast 8 Mio. Frauen in Europa war Teil einer Terrorkampagne der Herrschenden gegen die bäuerliche Bevölkerung, deren medizinische Versorgung einzig durch heilkundige Frauen gesichert wurde. Die Hexenverfolgung war ein wichtiger Meilenstein in der Unterdrückung der Frau, weil dadurch alle Kenntnisse über Verhütung und Sexualität verschüttet wurden und die klerikale Moral- und Ehevorstellung sich erst durchsetzen konnte. Teile der Frauenbewegung meinen allerdings, durch Wiederauflebenlassen mystischer Riten, durch Beschäftigung mit Astrologie u.ä. (eben Polymagie) käme man zur "Stärkung des Selbstverständnisses weiblichen Seins" (Untertitel eines Seminars "Magie und Alltag/Ohnmacht und Macht"). Sie berauben damit allerdings die magischen Kulturhandlungen jeden sozialen Inhalts, den

sie für die bäuerliche Produktionsweise und im Kampf gegen das Christentum gehabt haben. Von der Begründung des weiblichen Wesens aus seiner "Naturgebundenheit" ist es nicht mehr weit bis zu biologistischen Vorstellungen, die der Reaktion noch immer und gerade wieder neu zur Unterdrückung der Frau dienen.

Hier kann unmöglich das ganze Programm umrissen werden. Es gab viele Veranstaltungen zur Solidarität mit Frauen der Dritten Welt, zur Erziehung, § 218 und Familienpolitik der CDU, eigene Handwerkerinnen- und Kulturausstellungen und einen geschlossenen Teil zu Lesben.

Quellenhinweis: Arbeitsmarktsituation und Arbeitsmarktprobleme von Frauen in Hamburg; hrsg. von der Leitstelle "Gleichstellung der Frau", Hamburg, 1.3.1985; diverse statistische Berichte der Freien und Hansestadt Hamburg; Wirtschaftsanalysen 4/83, Hamburgische Landesbank; diverse Tarifverträge; Programm der 5. Hamburger Frauenwoche, 11. – 16.3.1985. – (mek, bab)

FRAUENARBEIT IN HAMBURG

Bis 1980 ist in Hamburg die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen kontinuierlich gestiegen, seitdem sinkt sie wieder, liegt aber immer noch deutlich über der Zahl von 1977. Bezogen auf alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hamburg stieg der Anteil der Frauen 1983 auf die Rekordmarke von 42,9% (1977: 37,9%). Die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit hat aber nicht zu einer Ausweitung der Berufsgruppen, in denen Frauen arbeiten, geführt – ganz im Gegenteil. Die Zahl der Industriearbeiterinnen ist seit 1970 um fast 40% gesunken. Zunahmen sind fast nur im Dienstleistungsbereich zu verzeichnen, wo der Frauenanteil sowieso besonders hoch ist. Hier sind es vor allem die anstrengendsten und am schlechtesten bezahlten Tätigkeiten, die von Frauen ausgeübt werden.

Nach Angaben der Hamburger Leitstelle "Gleichstellung der Frau" waren 1983 25% aller abhängig erwerbstätigen Frauen als ungelernte Arbeiterinnen (z.B. als Packerin, Sortiererinnen bei der Post, in Reinigungsberufen usw.) beschäftigt; 30% in Berufen, die eine sog. einfache Ausbildung voraussetzen (Schreib- und Bürokräfte, Verkäuferin, Serviererin); 35% in Berufen mit qualifizierter kaufmännischer oder sozialpflegerischer/gesundheitsdienstlicher Ausbildung (Bank-, Versicherungs-, Handelskauffrau usw., Kran-

kenpflegerin, qualifiziertes medizinisch-technisches Personal).

Die Mehrheit der im Dienstleistungsbereich beschäftigten Frauen muß zu Löhnen und Gehältern arbeiten, die es ihnen unmöglich machen, sich durch eigene Arbeit ihre materielle Existenz zu sichern. Wenn überhaupt tarifliche Festlegungen existieren, sind es vielfach Stundenlöhne um 9 DM brutto bzw. Bruttomonatsgehalter um 1400 DM.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Tariflöhne/Gehälter von Berufsgruppen aufgeführt, in denen der Frauenanteil besonders hoch und die Bezahlung besonders niedrig ist. Insbesondere in Mittel- und Kleinbetrieben werden oft nicht einmal diese tariflich festgesetzten Löhne/Gehälter gezahlt. Den Kapitalisten gelingt es darüber hinaus zunehmend, immer mehr Frauen in schlechtest bezahlte Arbeitsverhältnisse ohne Versicherungsschutz zu zwingen. Die Zahl solcher sog. ungeschützten Arbeitsverhältnisse (Teilzeitarbeit unterhalb der Sozialversicherungsgrenze, Arbeit auf Abruf usw.) wurde bereits 1982 auf zwischen 56000 und 65000 geschätzt und wird seitdem drastisch gestiegen sein, vor allem im Handel, bei der Post und im Bereich Reinigung/Körperpflege. Infolge Privatisierung entsprechender Arbeiten im öffentlichen Dienst sind inzwischen Niedrigstlöhne und unregelmäßige stundenweise Beschäftigung ohne Versicherungsschutz im Reinigungsgewerbe fast die Regel. Dafür ist der Hamburger Senat direkt verantwortlich.

Berufe mit hohem Frauenanteil (Hamburg, 31.3.1983)

Berufsgruppe	Frauen	Anteil
Gesundheitswesen	27 427	(82,5%)
Reinig./Körperpfl.	10 007	(73,8%)
Einzelhandel	44 563	(66,9%)
Gaststättengewerbe	14 861	(61,3%)
Bildung	24 427	(57,4%)
Banken u.ä.	13 499	(52,3%)
Rechts-/Wirtschaftsberatungen	19 892	(52,7%)
Gebietskörperschaft.	16 750	(51,3%)
Versich.gewerbe	12 720	(48,9%)
Großhandel	26 029	(40,5%)

Tarife in Hamburg

Berufsgruppe DM (brutto)

Groß-/Auß.handel 1984:

Reinigungspers., Raumpflegekräfte, Kantinenhilfe 1 416,87

Einzelhandel 1984:

Verkäuferin, Stenotypistin, Telefonistin

im 3. Berufsjahr 1 427,00

ab 8. Berufsjahr 2 040,00

Gebäud.rein.Handwerk 1983

Innenreinigung 8,79 Std.

Vorarbeiterin 9,67 Std.

Fleischwaremind. 1983

Verkäuferin

im 2./3. Jahr 1 480,00

ab 4. Jahr 1 640,00

Hotel/Gastst.gewerbe 1984

Sekretärin, gelernt 1 400,00

Büffetdame 1 400,00

Serviererin, gelernt

ab 4. Gehilf.Jahr 1 635,00

Serviererin, angelernt

ab 5. Berufsjahr 1 400,00

Zimmermädchen, ab 2. Jahr

Betriebszugehörigk. 1 360,00

Telefonistin

ab 2. Berufsjahr 1 380,00

LEHRLINGE GEGEN 1-WOCHENBLOCK

Hamburg. Die Lehrlinge an der Gewerbeschule 5, Bereich Drucktechnik, fordern die Beibehaltung der jetzigen Berufsschulblocklänge von 3 bzw. 4 Wochen. Die Kapitalisten wollen den 1-Wochenblock. 100 Lehrlinge aus dem 2. Lehrjahr forderten von Oberschulrat Brüggemann außerdem, daß Schüler an allen Verhandlungen beteiligt werden. Erst als noch 150 Lehrlinge aus dem 1. Lehrjahr demonstrierten, erhielten sie eine Antwort: Die Schüler seien an der Entscheidungsfindung beteiligt, die Entscheidung trifft aber der Schulsekretär. — (hao)

HBV UNTERSCHREIBT DAG-ABSCHLUSS

Frankfurt. 3,6% Gehaltserhöhung ab 1. März, 13 DM vermögenswirksame Leistungen zusätzlich, verbesserte Anwartschaft für den Vorruhestand — dieser Abschluß im Bankgewerbe trägt deutlich die gemeinsame Handschrift von DAG und Arbeitgeberverbänden. Bereits in der 2. Verhandlung am 14.3. unterschrieb die DAG, HBV durfte sich anschließen. Die Mißachtung der Lohninteressen durch eine zu niedrige Forderung (5,8%), verbunden

Hannover. Mit Durchsuchungen im Unabhängigen Jugendzentrum Kornstraße, dem Lokal "Fiasko" und sechs Wohnungen wollte die Staatsanwaltschaft am 12./13.3. die Herausgeber der Autonomen-Zeitung "Hangover" Nr.8 ermitteln. Die Veröffentlichung von Bekennerbriefen und Strategieartikeln verstoße gegen den §129a. Der Vorstand des Unabhängigen Jugendzentrums wertete die Aktion als erneuten Versuch, "... uns zu verunsichern und politisch an die Wand zu drücken". — (ard)

mit dem Angebot, einen Einstieg in die 35-Stundenwoche gehaltlich anzurechnen, machte HBV bewegungsunfähig gegenüber der DAG-Sparlohnpolitik. Einzig in Frankfurt wurde vorher zu einer von 250 Leuten besuchten Kundgebung mobilisiert. Die Behauptung des Hauptvorstandes, "der Reallohn würde deutlich mehr als gesichert", vernachlässigt die durch Progression und Beitragserhöhung gestiegenen Lohnabzüge. Daß die Bankkapitalisten sich zu weiteren Verhandlungen über Arbeitszeitfragen bereit erklärten, ist angesichts des bekannt gewordenen "Flexi-Konzepts" der HBV auch keine gute Nachricht. — (gst)



IGM: ÜBERDENKEN DER SCHICHTARBEIT

Stuttgart. Vor der Tarifkommission der IG Metall warnte der Bezirksleiter Eisenmann die Kapitalisten davor, die Arbeitszeitverkürzung mit den Essenspausen im Dreischichtbetrieb zu verrechnen. Sollte die Schiedsstelle die Auffassung der Gewerkschaft nicht bestätigen, dann sei ein grundsätzliches Überdenken der Schichtarbeit nötig. Auf der Konferenz machten Betriebsräte und Vertrauensleute deutlich, daß Kampfmaßnahmen nicht auszuschließen seien. Die Schiedsstelle hat sich dreimal getroffen. IGM und Metallkapitalisten trugen ihre Positionen vor. — (ros)

BETRIEBSRATS- WAHLEN UNGÜLTIG

Westberlin. In der zweiten Instanz hat das LAG die Betriebsratswahlen im Spandauer BMW-Werk wegen Einflußnahme durch die Betriebsführung für ungültig erklärt. Das Gericht bestätigte damit ein erstinstanzliches Urteil. Die Entscheidung geht zurück auf die Wahlanfechtungsklage dreier entlassener ehemaliger Betriebsräte bei BMW. Gegen die Wiederwahl dieser Arbeiter hatte Betriebsführer Glas bei den letzten Wahlen eine "Mannschaft der Vernunft" aufgestellt, die Herausgabe eines Info finanziert und bei Wiederwahl der alten Betriebsräte mit Kündigung von Sozialleistungen gedroht. Mit diesen Mitteln setzte die Betriebsführung die "Mannschaft der Vernunft" bei den Wahlen durch und kündigte

danach die drei alten Betriebsräte. Alle Kündigungsschutzprozesse haben die entlassenen Betriebsräte ebenfalls gewonnen. BMW verweigert trotzdem die Weiterbeschäftigung, ebenso wie der Betriebsrat den Rücktritt. — (kla)

HIWIS GEGEN GEHALTSKÜRZUNG

Freiburg 130 wissenschaftliche Mitarbeiter der Universität Freiburg haben in einem Brief an Minister Engler (Wissenschaft) und Palm (Finanzen) gegen die von der Landesregierung geplante Kürzung der HiWi-Gehälter protestiert. In dem Brief heißt es laut Badischer Zeitung, die wissenschaftlichen Mitarbeiter seien nicht nur billigste Arbeitskraft, sondern auch eine "flexible Manövrier-masse". 50 Professoren unterstützen den Protest der HiWis.

Eine Fortsetzung des Studiums sei für viele HiWis gefährdet, wenn die Landesregierung ihre Pläne verwirklichen würde. — (Mak)

"ERFOLGSPRÄMIE" VON 200 DM

Westberlin. Im Oktober vergangenen Jahres hatte die Betriebsführung der Werner und Kolb GmbH den 750 Beschäftigten eine "Erfolgspremie" in Höhe von 300 DM zum Jahresende in Aussicht gestellt, um Überstunden durchzusetzen. Wegen "mangelnder Leistungserbringung" verweigerte sie dann die Zahlung zum Jahresende. Dagegen fand eine Unterschriftensammlung in der Belegschaft statt. Jetzt werden im April 200 DM ausgezahlt. — (kla)



Das Bild zeigt Streikposten der US-Transportarbeitergewerkschaft TWU vor dem PANAM-Gebäude am New Yorker Kennedy-Flughafen. Die Kapitalisten lehnen ab, die tarifvertraglich vereinbarte Wiederanhebung der Löhne um 24% durchzuführen. In den Jahren zuvor hatten die Kapitalisten Lohnkonzessionen durchsetzen können. Zwei Tage nach dem Streikbeginn am 1.3. vergaben die Kapitalisten die Verpflegungsarbeiten in New York, San Francisco und Honolulu an eine andere Firma und beseitigten so die Arbeitsplätze von 700 Mitgliedern der TWU. Mit einer Demonstration vor dem PANAM-Gebäude in der Mitte von New York unterstützten 5000 die TWU. — (gba)

Internationaler Frauentag

BREITE ABLEHNUNG DER "NEUEN MÜTTERLICHKEIT"

In Baden-Württemberg fanden zum 8. März, dem Internationalen Frauentag, Demonstrationen in Stuttgart mit 500, in Mannheim mit 300 Teilnehmern statt und in zahlreichen Städten Veranstaltungen, zum größten Teil Kulturveranstaltungen. Die Themen waren sehr vielfältig. Folgender Bericht beschränkt sich auf einige wenige Fragen.

Zentrales Thema war die Auseinandersetzung um die Rolle der Frau in der Gesellschaft. Die stellvertretende Vorsitzende des DGB-Frauenausschusses Offenburg erläuterte die Verdienste der Frauen in den Revolutionen, wie der russischen Revolution, dem Kampf zum Sturz des Schah-Regimes, den Hungerdemonstrationen für die Beendigung des Ersten Weltkriegs. Eine 78-Jährige berichtete über ihre Agitation gegen den Faschismus bei der Firma Schiele, wo sie während dem Zweiten Weltkrieg Akkordarbeit leistete, während ihr Mann im KZ war.

Vielfach kritisiert wurde die Rolle der Frauen als beliebig benutzbare Reserve und die Pläne, Frauen als "Freiwillige" in die Bundeswehr einzuziehen: "Reservearmee für den Arbeitsmarkt und Armeereserve für die Bundeswehr" (Stuttgart). Die drei "K" werden wieder aufleben als "Kinder, Küche, Kaserne" (Mannheim).

Auf allen Kundgebungen und Veranstaltungen strikte Ablehnung der "Neuen Mütterlichkeit".

Parallelen zum Faschismus

werden in Neu Ulm gezogen. Sketch, Ratespiel im Fernsehen: Von wem stammen die Zitate? "Wer könnte der Vorläufer einer neuen Orientierung für die nachfolgende Zeit sein? Ich meine, es ist die Mutter. Sie ist das Aschenputtel der Moderne, aber vielleicht wie im Märchen, die wirkliche Erwählte einer neuen Zeit." – "Wenn man der Frau auch ein weites Tätigkeitsfeld zugestehen will, darf man doch niemals aus dem Auge verlieren, daß das endgültige Ziel einer wirklich organischen und logischen Entwicklung die Gründung einer Familie ist. Sie ist die kleinste, aber auch die wichtigste Einheit der gesamten Staatsstruktur. Die Arbeit ehrt die Frau, genau wie den Mann. Aber das Kind adelt die Mutter."

Ersteres stammt von Blüm, zweites von Hitler aus einer Wahlbroschüre.

Die geplante Verschärfung des § 218 ist Thema auf fast allen Veranstaltungen. Meistens wird die Streichung des § 218 verlangt. Abschaffung der Krankenhausfinanzierung von Abtreibungen auf Notlagenindikation wird als

Den-Kurpfuschern-in-die-Hände-treiben kritisiert.

Hauptkritikpunkt an der "Neuen Mütterlichkeit" ist, daß die Frauen aus der Erwerbstätigkeit herausgedrängt werden: "Zu viele Maschinen, zu viele Hände – Frauen, geht, Euer Traum ist zu Ende." (Stuttgart)

"Unser einziges Vergnügen, das soll sein das Kinderkriegen u. das Dasein für den Herrn Gemahl; Putzen, Waschen, Nähen, Kochen und dann wieder in die Wochen. Ja, das wär so Euer Ideal." (Konstanz)

Gegen KAPOVAZ und Heimarbeit

Reicht ein Einkommen nicht aus, so bleibt es nicht beim "Zurück an den Herd". Immer mehr treibt der Zwang, Nebenjobs zu den übelsten Bedingungen anzunehmen. Die Ablehnung von Bildschirm-Heimarbeit und Teilzeitarbeit auf Abruf, sogenannte KAPOVAZ, ist weit verbreitet:

Geißler empfiehlt: "Wer zu Hause morgens fünf Stunden am Bildschirm arbeitet, nachmittags in der Sozialhilfestation hilft, wer vormittags arbeitet und nachmittags seine Kinder erzieht, steht für den Klassenkampf nicht mehr zur Verfügung." (Mannheim)

Die Ablehnung von KAPOVAZ ist eindeutig. Die Frage der Teilzeitarbeit sehr umstritten. Die IGM-Frauen Baden-Württemberg lehnen Teilzeitarbeit ab. Das Flugblatt aus Stuttgart stellt fest, "daß durch arbeitsintensive Teilzeitmodelle nicht die Bela-

stung der Frauen, sondern das Einkommen und damit die spätere Rente verringert wird". Die Rednerin in Offenburg wendet sich gegen Teilzeitarbeit und Flexibilisierung und fordert Ganztagschulen und Kindertagesstätten.

Was zu denken gibt: Die Arbeitsbedingungen im Betrieb kamen auf den Veranstaltungen insgesamt kaum zur Sprache.

Gegen "Leichtlohngruppen"

Auf der Kundgebung in Stuttgart werden die niederen Lohngruppen angegriffen. Auf der Veranstaltung in Friedrichshafen wird in einem Diavortrag aufgezeigt, daß das Elend nicht erst bei der neuen Armut beginnt, sondern in vielen Bereichen die Löhne für Frauen nicht zu einer selbständigen Existenz reichen: In einem Sketch das Angebot: entweder heiraten, oder abends noch zusätzlich putzen gehen.

Auch zu Blüms neuer Arbeitszeitordnung gibt es wenig Kritik. Das erstaunt, wo doch die Frauen von der geplanten Aufhebung des Nachtarbeitsverbots besonders betroffen sind.

In Friedrichshafen wird Blüm als Leihmutter von Esser dargestellt. Blüm kriegt ein Kind nach dem anderen. Die Amme ist eine Nonne. Die Namen der Kinder sind: Samstagsarbeit, Sonntagsarbeit, Nachtarbeit auch für Frauen, Teilzeitarbeit, Zeitverträge, Mutterschaftsgeld-Almosen. "Dafür aber Geburtenprämie für uns Leistungsträger", lobt der Arzt. Blüm holt sein Leihmuttergeld bei Esser ab.

In Freiburg sind die Auseinandersetzungen um die Entwürfe zu Beschäftigungsförderungsgesetz, Arbeitszeitgesetz und Betriebsverfassungsgesetz Schwerpunkt der Aktionen zum Internationalen Frauentag gewesen. – (ans)

Brief an Blüm gegen AZO-Entwurf

Auf Initiative des Frauenausschusses verabschiedete die Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier, Ortsverein Freiburg, einstimmig einen Brief an Blüm. Ein Auszug:

"Für Sie gilt die Samstagsarbeit und noch mehr als ausgemachte Sache: Am 25. Januar haben Sie in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Arbeitszeit im Bundestag eingebracht, in dessen 'Ausnahmekatalog' die Generalermächtigung für die Arbeitgeber zur Arbeit an Sonntagen bereits enthalten ist: '19. bei Arbeiten, die aus chemischen, biologischen, technischen oder physikalischen Gründen einen ununterbrochenen Fortgang auch an Sonn- und Feiertagen erfordern' (Bundestagsdrucksache 10/2706).

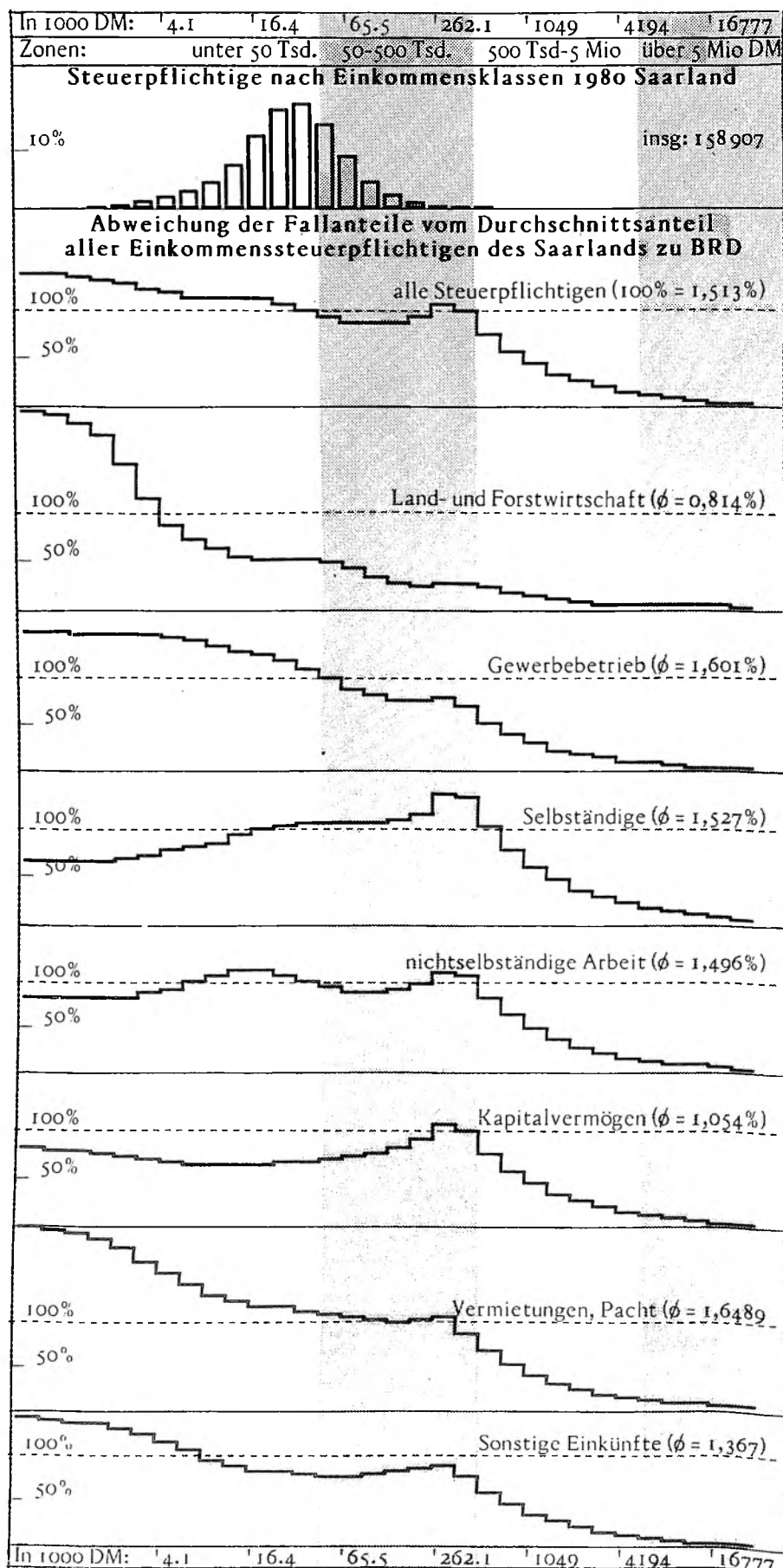
Darüber hinaus wollen Sie die Möglichkeit schaffen für:

- Festschreiben der Arbeitszeit (6-Tage- und 48-Stunden-Woche) (AZO 1938)
- zehnstündige Arbeitszeit an bis zu 60 Tagen im Jahr
- Verkürzung der garantierten Ruhezeit von bisher 11 Stunden (AZO) auf neun bei Verkehrsbetrieben, Theatern und Orchestern
- Nachtarbeit für Frauen bis 22 Uhr (bisher nach AZO 20 Uhr)
- Anhebung der befristeten Arbeitsverträge von bisher 6 Monaten auf ein Jahr (bzw. zwei bei Firmenneugründungen)
- Ausdehnung der Leiharbeit von bisher 3 auf 6 Monate
- bei Teilzeit Einführung der 'Arbeit auf Abruf'.

Mit all diesen Vorhaben sind wir nicht einverstanden und versichern Ihnen, daß wir alle Maßnahmen unserer Gewerkschaft, die das verhindern helfen, mit Nachdruck unterstützen."

Wahlen an der Saar und in Westberlin

DIE F.D.P. MOBILISIERT "ALTE" UND "NEUE" MITTELKLASSE



Die gleichzeitigen Wahlen an der Saar und in Westberlin hätten unterschiedlicher nicht ausfallen können: dort ein Erfolg der Regierungskoalition aus CDU und FDP, hier ein Sieg der SPD, dort eine abermalige Ausdehnung der Grünen, hier ein Rückgang auf ohnehin niedrigem Niveau. Daß sich der bürgerliche Liberalismus unter so unterschiedlichen Gegebenheiten behaupten konnte, wie sie für Westberlin und das Saarland bestehen, erstaunt am meisten; eine Darlegung dieser Unterschiede weist auf die Bandbreite der liberalen Mobilisierung hin.

1. An der Saar ist die soziale Basis für die grüne Partei besonders schmal, in Westberlin breit. Bereits 1980 zeichnet sich im Bereich der gehobenen Einkommen für das Saarland eine unterdurchschnittliche Belegung ab, für Westberlin eine überdurchschnittliche. Wir wissen aus vielerlei Quellen sicher, daß die Basis der Grünen vor allem in der lohnabhängigen Mittelklasse zu finden ist. Unter der Kategorie "nichtselbständige" Arbeit finden wir in der gehobenen Einkommenszone hier ein Minus, dort ein Plus.

2. Im Saarland gibt's mehr "normale" Arbeitereinkommen, in Westberlin weniger. Arbeitskraft zu Schleuderpreisen war in Westberlin bereits 1980 groß im Angebot, an der Saar aber unter dem Bundesdurchschnitt. Die SPD lebt ja von der Behauptung, den Lohnabhängigen durch politische Steuerung des Kapitalismus eine leidliche Existenz sichern zu können. Für diese Behauptung gab's im Saarland mehr Anhaltspunkte als in Westberlin.

3. Im Saarland: Armut und Kleinrentum nebeneinander. Ganz erheblich über den Bundesdurchschnitt fallen Hungereinkommen an:

– Land- und Forstwirtschaft – Gewerbebetriebe – Vermietungen, Pacht – Sonstige Einkünfte

Die "sonstigen" Einkünfte dürften aus "Gewinnen" durch Hausverkauf usw. anfallen, ansonsten bildet über Generationen hin festgehaltenes Kleinentum eine Sicherung, ein breites bürgerliches Interesse in den ärmsten Schichten der Bevölkerung. Die "alte" Mittelklasse, handwerkende Gewerbetreibende, Vermieter im Kleinstmaßstab usw., bilden an der Saar eine breite Schicht, die den Zusammenhang von Lohnarbeit und Elend schwer sichtbar werden läßt, die Ideologie vom "Arbeitsplatzinhaber" als feinem Maxe dürfte in solchen Verhältnissen wurzeln.

4. Westberlin: Armut und "Selbständigkeit". Für handwerkende

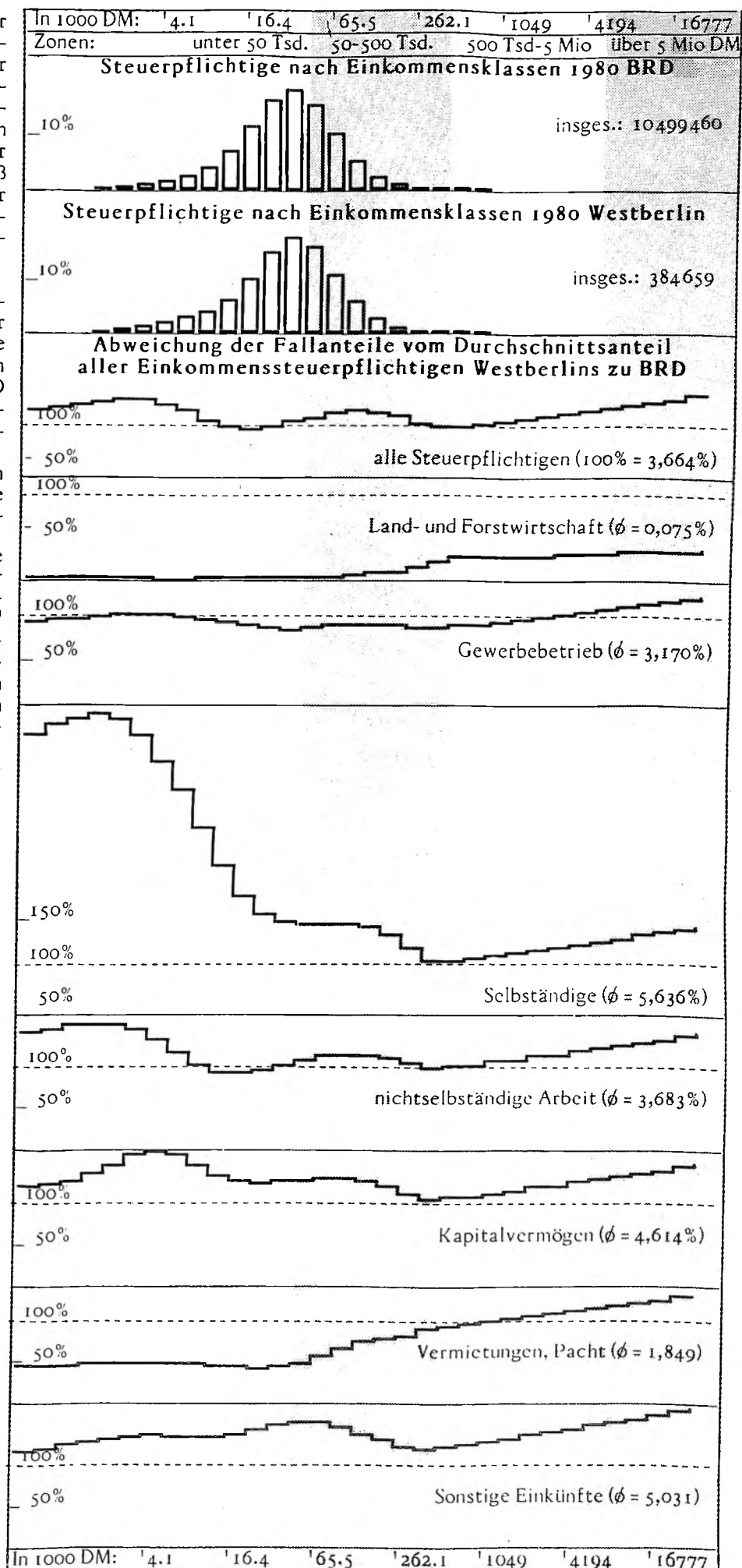
Kleinbürger ist in Westberlin weniger Spielraum. Unter der Rubrik "Selbständige" findet sich dort eine sehr stark überdurchschnittliche Zahl hungerlöhnender Akademiker, die mit einem ebenfalls überdurchschnittlichen Anteil äußerst schlecht verdienender Lohnabhängiger davon zeugen, daß der Besitz selbst einer zehn oder zwanzig Jahre lang ausgebildeten Arbeitskraft keineswegs ein feines Lebensichert.

Das sind soziale Umstände, die erklären, warum die Grünen mit ihrer Parteibildung im Saarland solche Schwierigkeiten haben, und zu einem gewissen Grade auch, warum die SPD im Saarland einen Zulauf finden konnte, wie sonst kaum wo und in Westberlin sicher nicht.

Auf welcher Grundlage jedoch kam die F.D.P. sowohl im Saarland wie auch in Westberlin zu einem sehr guten Ergebnis?

Im Saarland bilden handwerkende Kleinrentner den Schwerpunkt für F.D.P.-Stimmen, in Westberlin akademisch vorgebildete "Selbständige" bzw. akademisch vorgebildete Lohnabhängige. Im ersten Bereich konkurriert die F.D.P. vor allem mit den Unionsparteien. Im zweiten Bereich konkurriert sie vor allem mit der Sozialdemokratie und mit den Grünen. Damit die F.D.P. zu einem ausreichenden Ergebnis kommt, muß sie eine Politik entwickeln, die sowohl den handwerkenden Mittelstand, wie die lohnabhängige Mittelklasse, wie die Selbständigen anspricht. Das war in den letzten Jahren kaum möglich. Warum klappt es jetzt?

Bei aller gebotenen Vorsicht dazu eine These. Bei den Selbständigen und bei den Lohnabhängigen mit akademischer Berufsqualifikation dürften sich in Folge der hohen Einkommen inzwischen beachtliche Geld- und Sachvermögen aufgespeichert haben, die als Garant eines gehobenen Lebensstandards wirken. Bei den "alten" Mittelklassen dürfte das in ihren Händen verbliebene Kleinrentner gerade unter den wachsenden Fährnissen des Arbeitsmarktes als Garant für eine "Existenz" an Wertschätzung gewinnen. Eine vor allem auf Ausbau der Ansprüche des Eigentums gerichtete Politik zieht ihre Kreise in den Bereich der "besserverdienenden" Lohnabhängigen. Die Elite-Idee wendet sich vor allem an die lauffahrorientierte lohnabhängige Mittelklasse und artikuliert deren gesellschaftlichen Führungs- bzw. Mitbestimmungsanspruch zugleich mit einem Anspruch auf gehobene Lebensumstände. Die FDP hat eine Politik entwickelt, die alte und neue Mittelklasse auf einer reaktionären Linie zusammenspannt, die in ihren Grundanschauungen äußerst reaktionär ist, lediglich hinsichtlich der Methoden Vorbehalte gelten läßt. — (alk, maf)



Sozialismus

REAL EXISTIERENDE PROBLEME NACH DEM STURZ DER BOURGEOISIE

BEFREIUNGSKAMPF DER JUGOSLAWEN

Die Darstellung des Lebens von Josip Broz, der später den in der Illegalität angenommenen Namen Tito beibehielt, klammert dessen Privatleben aus. Sie würdigt seinen Beitrag zum Kampf der Völker Jugoslawiens zur Niederschlagung des Faschismus, gegen den Feudalismus und gegen die Abhängigkeit von kapitalistischen Ländern. Sie erlaubt einen Einblick in die besonderen Schwierigkeiten, denen sich die Jugoslawen gegenübersehen durch die Politik der Kommunistischen Internationale, nicht die Revolution anzustreben, sondern sich auf Zusammenarbeit mit allen geeigneten Kräften gegen den Faschismus zu beschränken. Mit dem Überfall der deutschen Faschisten auf die UdSSR sahen sich Tito und die Führung des Bundes der Kommunisten, gestützt auf die praktische Leitung des Partisanenkampfes, als berechtigt an, mit der Umwandlung der Selbstverwaltungsorgane, die in den befreiten Gebieten durch einfache Abstimmung in Volksversammlungen tätig waren, in Organe einer wirklichen Regierung zu beginnen. Am 29.11. 1943 wählte der Antifaschistische Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens aus seiner Mitte das Nationalkomitee und Tito zu dessen Präsidenten. (G. Prunkl/ A. Rühle, Tito, rororo Bildmonographie 199, 6,80 DM-anl)

SELBSTVERWALTUNG IN JUGOSLAWIEN

"Das Einfache, das schwer zu machen ist", dies ist der Titel eines Buchs über die Selbstverwaltung in Jugoslawien, geschrieben von G. Herbert, veröffentlicht im Verlag Neue Kritik, Frankfurt 1982. Die Autorin hat selber fünf Jahre in Jugoslawien studiert und gearbeitet und stützt sich im wesentlichen auf jugoslawische Quellen. Sie stellt nicht nur das Modell der Selbstver-

waltung abstrakt dar, sondern untersucht das Verhältnis zwischen den verschiedenen Klassen sowie deren tatsächliche Einstellung zur Selbstverwaltung.

So wendet sie sich gegen die These, die herrschende Schicht als "neue Bourgeoisie" zu bezeichnen. Man müsse die Probleme vielmehr als die einer Übergangsgesellschaft angehen, und hier führe v.a. der noch ungelöste Konflikt zwischen körperlicher und geistiger



Tito unterschreibt die Proklamation der Volksrepublik Jugoslawien 1945.

Tätigkeit zu den bekannten Schwierigkeiten in der Selbstverwaltung, wie niedrige Arbeitsproduktivität, bürokratische Beschlüsse u.ä. Sie weist darauf hin, daß der Anteil der Handarbeiter in der Partei in den letzten Jahren abgenommen hat und ihr Anteil in den oberen Gremien der Selbstverwaltung gering ist (13,58%, während er an der Basis 36,13% beträgt). Sie untersucht in diesem Zusammenhang auch Ursache und Verlauf von Streiks.

Das Buch ist jedem zu empfehlen, der sich mit dem Modell der Selbstverwaltung näher auseinandersetzen will. Allerdings wird so gut wie nicht untersucht, inwieweit die starke Auslandsverschuldung Jugoslawiens nicht den unabhängigen Kurs gefährdet. (G. Herbert, Das Einfache, das schwer zu machen ist, Verlag Neue Kritik, Frankfurt 1982— lsc)

"DIE BERUFSTÄTIGE MUTTER"

"Ursachen und Lösung ihres Dilemmas" verspricht das genannte Taschenbuch, erschienen 1981 im Dietz Verlag Berlin. Der Autor, Heinz H. Schmidt, langjähriger Funktionär der SED, arbeitete schon 1962 zusammen mit seiner Frau an dem Parteauftrag, sich mit Auffassungen auseinanderzusetzen, Berufstätigkeit der Frau schade der Familie. Schmidt kritisiert die Diskriminierung berufstätiger Mütter vor allem in den imperialistischen Ländern. Er greift die Theorie der "maternal deprivation" (Mutterentbehrung) an, mit der den berufstätigen Müttern Entwicklungsstörungen und seelische Verwahrlosung von Kindern in die Schuhe geschoben werden. Konrad Lorenz und Hassenstein versuchen diese Theorie zu untermauern durch Beobachtungen der Entwicklung des Nachwuchses höherer Tiere, die undifferenziert auf Menschen übertragen werden. Peinliche Äußerungen bewirkt die Vorstellung des Autors, die Gleichberechtigung bei der häuslichen Arbeitsteilung sei von der Entwicklung der Produktivkräfte abhängig. Immerhin werden Zahlen von Kinderhorten und Kindergärten in der DDR genannt und die Grundsätze, durch die eine tatsächliche Gleichstellung der Frauen erreicht werden

soll. (H.H. Schmidt, Die berufstätige Mutter, Dietz Verlag Berlin, 1981, DDR 6,- M— ulk)

KRITIK UND REALE UTOPIE

"Wenn die Leute das Fürchterliche nicht fürchten, so naht das große Fürchterliche" (Laotse). Der Bewunderer des chinesischen Philosophen Laotse, Robert Havemann, sieht "das große Fürchterliche" nahen, eine ökonomische und ökologische Krise, und versucht in seinem Buch, die seiner Ansicht nach notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen zu diskutieren. Daß der Kapitalismus diese Krise produziert und nicht lösen kann, ist für ihn klar. Aber auch der reale Sozialismus sei, so wie er ist, unfähig dazu. Für fatal hält er v.a. den sog. Wettbewerb zwischen Kapitalismus und Sozialismus, d.h. die Übernahme kapitalistischer Produktions- und Reproduktionsmodelle als sozialistische Realität und Utopie. Dem hält er den Entwurf einer kommunistischen Gesellschaft entgegen, wie er seinen Vorstellungen und den gesellschaftlichen Möglichkeiten entspreche. In bezug auf Veränderungen in der DDR, die er für möglich nur in und mit der SED hält, stellt er u.a. die Forderungen auf nach zuverlässiger Versorgung mit Konsumgütern, Erhöhung von Löhnen, Gehältern und Renten,



Für Schichtarbeiter und Frauen mit Kindern ist die wöchentliche Arbeitszeit in der DDR ohne Lohnminderung verkürzt.

offener Rechnungslegung über die Lohnskala, Bestimmung der Arbeiter in der Produktion, Streikrecht, Gleichberechtigung der Frau sowie Garantie aller Freiheitsrechte, außer dem Recht auf Privateigentum und Ausbeutung. Ein interessanter Diskussionsbeitrag für die Sozialismus/Revisionismus-Debatte. (R. Havemann, Morgen – Die Industriegesellschaft am Scheideweg – Kritik und reale Utopie, Piper-Verlag 1980, 18 DM) – (doz)

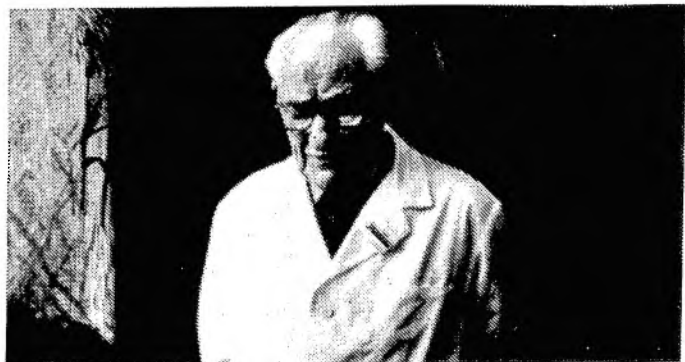
200 JAHRE DEUTSCHE POLENPOLITIK

Unter diesem Titel gab Martin Broszat, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, 1972 seine 1963 erschienene Arbeit als Taschenbuch heraus. Der Autor gehört zu den wenigen bürgerlichen Historikern, die die preußisch-deutsche Polenpolitik nicht ausgehend von revanchistischen Besitzansprüchen darstellen. Er behandelt den Zeitraum von der Aufteilung Polens 1772 bis zur Herrschaft

Weltkrieg werden deutlich. – Kritikwürdig ist u.a. seine im Schlußkapitel vorgenommene, von Antistalinismus getragene Bewertung der Nachkriegspolitik. – (M. Broszat, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Suhrkamp-TB 74, 10 DM – brb)

EINE ZWEI-KLASSEN-GESELLSCHAFT

Der Science-Fiction-Roman "Diskrete Zone" der polnischen Autoren Krzepakowski und Wojcik ist lesenswert. Darin beschränken sie die Beschreibung der Zukunft nicht auf die Darstellung neuer Techniken, sondern kritisieren ein Gesellschaftssystem, welches sich bis zum Jahre 2953 entwickelt hat: Die zahlenmäßig kleine Klasse der Intelligenz herrscht über die "Durchschnittlichen", die Arbeiter. Die "Überhirnler" sichern ihre Stellung schon lange mit Hilfe genetischer Manipulationen, durch welche ihre Intelligenz biologisch entwickelbar wird und die Arbeiter gefügig gemacht werden sollen. Um die Bedürfnisse der Intelli-



Prof. Groszkowski, 1962 bis 1971 Präsident der Polnischen Akademie der Wissenschaften, 1981 zur Krise: "Hier hat sich ein deutlicher Konflikt zwischen den Wissenschaftlern und den Arbeitern abgezeichnet, und es läßt sich nicht verhehlen, daß die Vorwürfe der Arbeiterklasse berechtigt sind."

der Hitlerfaschisten in Polen 1945. Gestützt auf zahlreiche Dokumente und Zitate im Text stellt er die "Germanisierungs- und Kampfpolitik unter Bismarck und Wilhelm II (1871 – 1914)" dar. Diese Politik, begleitet von nationalistischer und rassistischer Ideologie, wird als Vorläufer der brutalen Versklavungs- und Vernichtungspolitik des Hitlerfaschismus charakterisiert. Parallelen zwischen der Revisionspropaganda nach dem I. und dem II.

genzler zu befriedigen, müssen die Arbeiter bei weitgehender Automation der Produktion zwischen 12 und 15 Stunden arbeiten. Die meisten haben nicht einmal ein eigenes Zimmer. Trotz aller Unterdrückungsmechanismen rebellieren die "Durchschnittlichen". Einige der Herrschenden schlagen sich auf ihre Seite, so daß der Aufstand erfolgreich ist. (A. Krzepakowski, A. Wojcik, Diskrete Zone, Heyne Science Fiction Nr. 06/4170, 6,80DM – clm)

Arbeitswissenschaft

BERUFSBILDER, ARBEITSORGANISATION UND KLASSENDIFFERENZIERUNG

Obwohl bereits 1974 in den USA erschienen, seit 1980 in deutscher Übersetzung erhältlich, gilt die Studie von Harry Bravermann "Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß" (Ffm/New York 1980) nach wie vor lediglich als "Insider-Tip" für arbeitswissenschaftlich Interessierte. Allein das umfangreich aufgearbeitete Material zu Auswirkungen "Neuer Technologie" auf die Beschäftigten, zu den Tücken "wissenschaftlicher Betriebsführung" u.a.m. würden das Lesen lohnen.

Hervorgehoben werden soll hier allerdings ihr systematischer Aspekt: Die Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses als Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozeß in der Entwicklung vom Konkurrenz- bis zum Monopolkapitalismus erlaubt Bravermann eine Beurteilung der Stellung der verschiedenen daran Beteiligten hinsichtlich ihrer Klassenlage.

Schlagwortartig zusammengefaßt geht es um folgendes: Existenzbedingung menschlicher Gesellschaft ist Arbeit. Im Unterschied zum Tierreich, wo Antrieb und Ausführung einer Tätigkeit eine Einheit bilden, kann die Idee des einen Menschen von einem anderen ausgeführt werden. Im kapitalistischen Produktionsprozeß, als Verwertungsprozeß auf maximale Ausbeutung des Arbeiters bedacht, wird für den Kapitalisten die Übernahme der Kontrolle über den Arbeitsprozeß aus den Händen des Arbeiters zunehmend bedeutender. Mit Hilfe sogenannter "wissenschaftlicher Betriebsführung" (Zeit- und Bewegungsstudien, Psycho-technik etc.) soll das immer komplexere Problem dieser Art Kontrolle gelöst werden. "Gesellschaftliche Arbeitsteilung", bis hin zur Entstehung einzelner Gewerbe, ist "Resultat der spezifischen Natur menschlicher Arbeit" (64), Arbeitsteilung innerhalb eines Arbeitsprozesses dagegen ist das besondere Produkt kapitalistischen Wirtschaftens. Jeder Arbeitsschritt wird so weit wie möglich von spezieller Kenntnis und Ausbildung losgelöst und auf einfache Arbeit reduziert. Verbilligung der Arbeitskraft ist ein Effekt, ein anderer: Die Arbeitsprozesse erhalten "eine Struktur, an deren einem Extrem diejenigen konzentriert sind, deren Zeit unendlich wertvoll ist, und am anderen diejenigen, deren Zeit praktisch überhaupt keinen Wert hat" (72). Entscheidender Einzelschritt dabei ist die Trennung von Hand- und Kopfarbeit, die erst mit den modernen Großunternehmen systematisch und formalisiert als Institution entsteht. Management besteht jetzt in einer "Organisation von Arbeitern unter der Leitung von Managern der verschiedenen Managementebenen, Aufsehern usw.... Das Management ist (zur) Verwaltung geworden, d.h. ein Arbeitsprozeß, der zum Zwecke der Kontrolle innerhalb eines Großunternehmens durchgeführt wird, der dem Produktionsprozeß genau analog verläuft, obwohl er kein anderes Produkt erzeugt als den Arbeitsablauf und die Koordination des Unternehmens" (204).

In der weiteren Untersuchung von Angestelltentätigkeiten, von Berufen in Handel und Dienstleistung stellt Bravermann ein Anwachsen proletarischer Bevölkerungsschichten fest. Jedoch habe das System des Monopolkapitalismus eine weitere "Beschäftigungsmenge" hervorgebracht. Formal mit vielen Merkmalen der Arbeiterklasse ausgestattet, läßt sich die Position dieser "neuen Mittelklasse" (309) "vielleicht am besten beurteilen anhand ihrer Beziehung zu der Macht und dem Reichtum derjenigen über ihnen, von denen sie ihre Befehle entgegennehmen, und zu der Masse der Arbeiter unter ihnen, die sie ihrerseits zu kontrollieren, anzuweisen und zu organisieren helfen" (308). Ingenieure, technische und wissenschaftliche Kader u.a. zählen hierzu. Im Monopolkapitalismus – fast die gesamte Bevölkerung ist zu Beschäftigten des Kapitals geworden – nimmt auch diese "neue Mittelklasse" ihre

vermittelnde Stellung nicht deshalb ein, weil sie außerhalb des Prozesses der Kapitalvermehrung steht, sondern deshalb, weil sie – als Teil dieses Prozesses – ihre Merkmale von beiden Seiten (Lohnarbeit und Kapital) bezieht. Nicht nur, daß sie ihren winzigen Anteil an den Vorrechten und Entgelten des Kapitals erhält, sie trägt auch den Stempel der proletarischen Situation." (309)

Das Fazit von Bravermann, jahrelang als Kupferschmied, Stahl- und Metallarbeiter und "aktiv in der sozialistischen Bewegung" tätig: "Der Arbeiter kann die Herrschaft über die kollektive und vergesellschaftete Produktion nur dadurch wiedergewinnen, daß er die Vorrechte des modernen Ingenieurwesens in Wissenschaft, Entwurf und Betrieb selbst ausübt; ohne dies gibt es keine Herrschaft über den Arbeitsprozeß ..." Er wird "Meister der Industrie" werden, "wenn der Antagonismus im Arbeitsprozeß zwischen Kontrolleuren und Arbeitern, Planung und Ausführung, geistiger und manueller Arbeit beseitigt und der Arbeitsprozeß in der Gemeinschaft der Arbeiter, die ihn durchführen, vereint ist" (337). – (gka)

Forschungspolitik

HOCHSCHULEN IM VERBUND MIT KAPITALISTEN

Die Umgestaltung der universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Außenstellen der kapitalistischen Unternehmen macht rasante Fortschritte. Schon seit längerem wird unter dem Stichwort "Technologie-transfer" die unmittelbare Verfügbarmachung von Forschungsergebnissen für kapitalistische Wirtschaftsunternehmen betrieben. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) unter Leitung von Minister Riesenhuber (CSU) verfolgt seit Amtsantritt eine "Neuorientierung" der Forschungs- und Technologiepolitik. Kernstücke dieser Politik sind:

- Die institutionellen Mittel der Haushalte von Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden gekürzt. Das freiwerdende Geld wird umverteilt und als "Projektförderung" befristet, flexibel eingesetzt. Dazu war auch die parallel gestartete Gesetzesinitiative des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft nötig, nach der praktisch alle Wissenschaftler nur noch auf befristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden sollen.

- Bei der Förderung von Projekten soll die sogenannte Einzelförderung zunehmend abgebaut werden zugunsten von "Verbundprojekten". In diesen Projekten arbeiten Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Herstellerfirmen zusammen. 25% der Kosten sollen von den Industrieunternehmen getragen werden, der Rest kommt aus öffentlichen Mitteln (nicht gerechnet die kostenlose Benutzung von Räumen, Personal und Geräten der Universitäten).

- Zur Erleichterung dieser Art von Forschung sieht der Gesetzesentwurf zur Neufassung des Hochschulrahmengesetzes umfassende Änderungen im Bereich der sogenannten Drittmittelforschung vor. Drittmittel sind alle Gelder, die nicht aus dem regulären, vom Land getragenen Haushalt der Universität stammen, sondern von anderer Seite aufgebracht werden. Drittmittelgeber sind bisher zum größten Teil staatliche Einrichtungen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), zum kleineren Teil Industrieunternehmen, Stiftungen etc. Bisher müssen solche Drittmittel im Haushalt aufgeführt werden und werden von der Universität verwaltet. Die Annahme von Drittmittelprojekten unterliegt einer gewissen Kontrolle durch Gremien der Universität. In Zukunft soll eine Genehmigungspflicht o.ä. entfallen und auch die Verpflichtung zur Verwaltung der Gelder durch die Universität. Die Gelder werden dann dem "Forscher", der in der Regel ein Professor ist, direkt angewiesen. Er schließt sodann die Verträge

mit dem benötigten Personal ab und "verwaltet" die Gelder. Eine Mitbestimmung des Personalrates bei solchen Arbeitsverhältnissen soll tendenziell dadurch abgeschafft werden, daß die Beschäftigten nicht mehr Angestellte des Landes sind, sondern in privatem Vertrag mit dem Professor stehen.

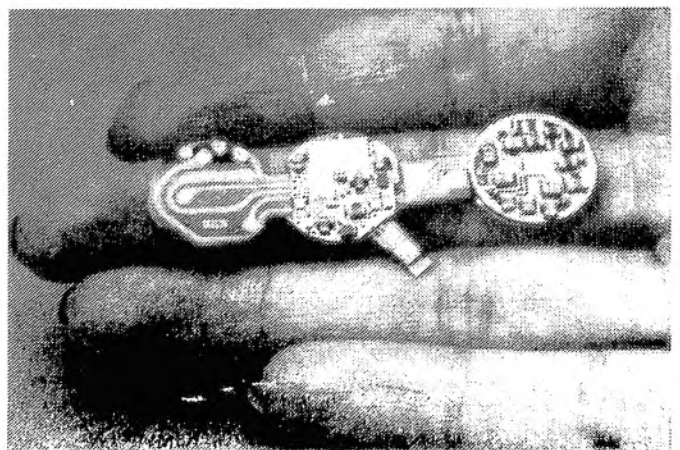
Die Bezahlung von Ausgaben der Kapitalisten für Forschung und Entwicklung durch den Staat ist nicht neu und nichts Besonderes. Das BMFT verausgabte 1984 über 7 Milliarden DM für die Forschungsförderung, davon ging über die Hälfte an Kapitalisten, die für "forschungsintensive" und "innovative" Entwicklungsprojekte einen Teil der Entwicklungskosten vom Staat erstattet bekommen.

Neu an der vom BMFT geplanten "Verbundforschung" ist die spezielle Art der Koppelung von Industrieforschung mit der an Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen durchgeführten Forschung.

Die an den Hochschulen angestellten Wissenschaftler in bestimmten Bereichen (Informations- und Computertechnologie) sollen im Rahmen von "Verbundprojekten" tätig werden. Dabei meldet ein Unternehmen ein Forschungsprojekt beim BMFT zur Förderung an. Das BMFT trägt 50% der Kosten, ein Bundesland weitere 25%. Das Unternehmen seinerseits schließt einen Vertrag mit einer Universität oder Forschungseinrichtung ab, nach dem diese rechtlich als Unterauftragnehmer des Unternehmens hinsichtlich des gesamten Projektes gilt. Alle Projektergebnisse sollen vollständig in das Eigentum des Unternehmens übergehen, inklusive Pflicht zur Geheimhaltung für die angestellten Wissenschaftler. Nach den Vorstellungen des BMFT soll sich der "Verbund" etwa folgendermaßen abspielen:

"Um die beabsichtigte enge Zusammenarbeit zu bewirken, wird jeweils eine zusammenfassende Projektorganisation auf der ausführenden Seite erwartet. Dies erfordert, daß für jedes der Verbundprojekte jeweils ein Zuwendungsempfänger die Führungsrolle übernimmt und alle Beteiligten gegenüber dem BMFT vertritt. Hierfür wird in erster Linie eine Herstellerfirma in Frage kommen. Der Projektführer hat die Federführung in der Gruppe bei der Antragstellung, den projektinternen Planungen, der Plan- und Mittelüberwachung, der Erstellung von Projektberichten und er koordiniert die an dem Projekt beteiligten Gruppen. Von den Projektvorschlägen wird eine konkrete Aufgabenstellung erwartet, die in zwei Jahren ab Projektbeginn an einem ersten laborartigen Prototyp demonstriert werden kann. In weiteren zwei Jahren soll ein produktionsfähiger Prototyp entwickelt sein." (1)

Ein Förderungsschwerpunkt solcher "Verbundprojekte" ist die "Wissensverarbeitung". Bei der "Wissensverarbeitung" geht es darum, in weit stärkerem Maße als bisher Computersysteme in der Produktion, im Staatsapparat und beim Militär einzusetzen. Weiterentwicklungen auf dem Gebiet der "Hardware" (elektronische Bauteile, Kernspeicher etc.) machen dies möglich und erfordern die Entwicklung neuartiger "Software", also die Entwicklung von



Geeignet zum "Verbund-Führer": AEG Telefunken. Foto: Kleinstradarsystem

Programmen für Computer.

Die angestrebten Produkte dienen zum einen der Ökonomisierung des Einsatzes von konstantem Kapital (Rohstoffe, Energie usw.) in der Produktion, zum anderen sollen weitere Rationalisierungen durchgesetzt werden und damit die Auspressung der einzelnen Arbeitskraft vorangetrieben werden. In der imperialistischen Konkurrenz hat sich dabei die EG gegen das amerikanische und japanische Kapital durchzusetzen. Für die Entwicklung ist eine Kapitalkonzentration erforderlich, weshalb in dieser Frage die wichtigsten europäischen Elektronikkonzerne zusammenarbeiten und ein langfristiges Kriegsprogramm gegen die "Bedrohung" durch die Japaner entwickelt haben.

Die "Förderung der Wissensverarbeitung" ist nur ein Teil dieses Programmes mit Aufgaben wie etwa Entwicklung von Dialogsystemen, die den Computer "zum kommunikationsfähigen Partner" des Menschen machen sollen (1). Ein wichtiges Einsatzgebiet solcher Systeme ist der gesamte Bürobereich. 1978 waren 6,5 Millionen Menschen als Bürofachkräfte bzw. Bürohilfskräfte beschäftigt, das sind ziemlich genau 25% aller Erwerbstätigen! Ein weites Feld für Einsparungen. Den Computer "zum kommunikationsfähigen Partner des Menschen machen" bedeutet zunächst, neue Technologien zu entwickeln, die die Erledigung von Büroarbeiten in wesentlich kürzerer Zeit erlauben. Allein die Entwicklung von der gewöhnlichen Schreibmaschine zum Schreibsystem auf einem Microcomputer mit angeschlossenem Bildschirm und Speichermöglichkeit für die Daten führte zu einer starken Beschleunigung der Arbeitsprozesse im Büro. Dieselbe Arbeit wird von einer Person in kürzerer Zeit bewältigt. Gleichzeitig erhöht sich die Intensität der Arbeit enorm - bei gleichbleibender Arbeitszeit. Es ist eine wesentlich höhere Konzentration erforderlich. Immer komplexer und vielfältiger werden die mit solchen Systemen ausführbaren Operationen. Die Auswirkungen langjähriger Bildschirmarbeit werden erst allmählich bekannt: Bandscheibenschäden, Magengeschwüre, Augenleiden, Krankheiten des vegetativen Systems, psychische Krankheiten etc. Daß modernere Systeme zur Höherqualifizierung (und Höherbezahlung) der Arbeiter(innen) an diesen Maschinen führen würden, ist ein Ammenmärchen und gilt höchstens in einer Übergangszeit, solange sich die Systeme noch nicht als übliche Produktionsmethode durchgesetzt haben.

Für die Verbundforschung sind u.a. folgende Projekte vorgesehen: Das an der Universität Stuttgart seit 1981 geförderte Projekt "INFORM" zur Verbesserung der "Mensch-Maschine-Kommunikation", speziell Bildschirm-dialoge, soll mit dem Büromaschinenkonzern Triumph Adler in den Verbund gehen. Ein an der Universität Hamburg mit großem Aufwand betriebenes Projekt über Dialogsysteme, die in natürlicher (deutscher) Sprache bedient werden können (HAM-ANS) soll mit Siemens und/oder Nixdorf in den Verbund gehen.

Der Verbund erstreckt sich nicht nur auf die Zukunft. Die jetzt in die Projekte einsteigenden Industrieunternehmen können selbstverständlich über die bisher erzielten Forschungen verfügen. Diese "sollen als Vorleistung in die Verbundprojekte eingebracht werden" (1). Einzelförderung der Projekte soll nicht mehr stattfinden, d.h. eine Weiterförderung des Projektes ist nur möglich, wenn eine Herstellerfirma interessiert werden kann.

Das gesamte Programm beabsichtigt staatliche Finanzierung von Entwicklungskosten einzelner Kapitalisten. Es hat aber auch Folgen – und zwar geplante Folgen – auf die Situation der in den Projekten arbeitenden Wissenschaftler. Schon bisher waren die meisten der in in befristeten Forschungsprojekten angestellten Wissenschaftler nur befristet beschäftigt. An dieser Befristung wird festgehalten. Dazu kommt, daß die Genehmigung und Bezahlung eines Verbundprojektes durch das BMFT nunmehr unmittelbar davon abhängt, ob sich ein Industrieunternehmen für den Verbund findet. Wer unter solchen Rahmenbedingungen die Projekthalte direkt und im einzelnen diktiert, ist klar. Die Wissenschaftler sollen gezwungen werden, ihre



Sonderausstellung des BMFT bei der Deutschen Leistungsschau in Tokio

Forschungsplanung im Hinblick auf die direkte Verwertbarkeit der geplanten Untersuchungen und Forschungen für einen Kapitalisten durchzuführen. Ihnen hat das BMFT den Auftrag erteilt, sich nach geeigneten Kapitalisten umzusehen und mit ihnen zu verhandeln. Sie sollen sich die Denkweise des "freien Unternehmers" angewöhnen, der seine Produkte meistbietend verkauft. Eine solche Denkweise steht allerdings im Widerspruch zur Lage des einzelnen Wissenschaftlers als Lohnabhängiger, der zwar gut bezahlt wird, dennoch aber lohnabhängig ist und dies unter sich ständig verschlechternden Vertragsbedingungen in befristeten Arbeitsverhältnissen.

Die Forschungspolitik wird daher um Maßnahmen ergänzt, die die Konkurrenz unter den Wissenschaftlern verschärfen und eine Bindung ans Eigentum im Auge haben. Dies geschieht durch die Propagierung des "Erfinderunternehmers", ein neuer Typ von Wissenschaftler mit der Perspektive auf Gründung einer eigenen Firma. Rund um die Hochschulen werden "Technologieparks" aufgebaut, in denen die Firmengründung durch wissenschaftliches Personal großzügig subventioniert werden soll. Wenn auch die Zahl von Wissenschaftlern, die solche Firmen dann tatsächlich "gründen", sehr klein ist, soll so doch ein ständiger Anreiz für den Übergang ins Kleingewerbe geschaffen werden. Solche Maßnahmen sind u.a. Versuche der Bourgeoisie, einen Zusammenschluß der werktätigen Intelligenz gegen die ihr für Kapitalinteressen zugedachte Rolle zu verhindern.

Unter den betroffenen Wissenschaftlern beginnt sich eine gewisse Opposition gegen diese Politik zu organisieren. Es wird dabei vor allem die Abschaffung der befristeten Verträge gefordert und stattdessen die Einrichtung unbefristeter Personalstellen. Statt einer Projektförderung über Drittmittel wird institutioneller Ausbau bestehender Universitäten und Forschungseinrichtungen gefordert. Solche Forderungen sind gerechtfertigt.

Es käme darauf an, hier insbesondere jene Argumentationen zu unterstützen, die von der Stellung des Wissenschaftlers als lohnabhängigem Arbeitnehmer ausgehen. Die Entwicklung solcher Positionen unter Wissenschaftlern ist auch eine Voraussetzung dafür, eine kritische Beschäftigung mit den Auswirkungen der Forschung für die Arbeiterklasse zu erreichen.

Die Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik hat im Januar 1985 ein Arbeitsseminar zum Thema "Forschungspolitik" durchgeführt, auf dem zwei Arbeitsgruppen über die Themen "Genforschung" und "Forschungsförderungspolitik" tagten. Die auf diesem Seminar vorgetragenen Referate werden Mitte April in Form zweier Broschüren erhältlich sein.

Quellenhinweis: "Nachrichten-Analysen-Protokolle" der Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik vom 20.10.1984. – (tob)

Bayerische Räterepublik

OHNE BÜNDNIS KEIN SIEG
GEGEN DIE REAKTION

Über die Bayerische Räterepublik ist bereits viel geschrieben worden, auch von revolutionären Organisationen. Ein Mangel ist dabei durchgängig vorhanden: Die Frage der Einheitsfrontpolitik der damaligen Organisationen ist so gut wie noch gar nicht diskutiert. Insofern beinhaltet der nachfolgende Beitrag weniger den genauen Ablauf der sechs Monate Bayerische Räterepublik, sondern will vorderhand ein paar Anhaltspunkte liefern, wie die Politik der damaligen politischen Kräfte auf Einheitsfrontpolitik gegen die Reaktion oder auch nicht ausgerichtet war und welche Probleme sich dabei stellten.

Welche wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen existierten, als es 1918 zur Bayerischen Räterepublik kam? München hatte zur Zeit des 1. imperialistischen Weltkrieges wenig Großindustrie. So arbeiteten in Bayern in den Betrieben mit so um die 200 Beschäftigten 200000 Arbeiter, was den weitaus größten Anteil des Industrieproletariats ausmachte. Zudem war das Handwerk im Vergleich zu Berlin, zu Städten in Sachsen oder im Ruhrgebiet noch relativ groß entwickelt. München hatte vor dem Krieg nur einen Großbetrieb, das Werk von Maffei. Während des Krieges ist Krupp hinzugekommen. Die Bayerischen Munitions- und Kleinwaffenindustrie wurde erweitert, und Firmen wie die Bayerischen Flugzeugwerke und die Rapp-Motorenwerke erhielten Aufträge und stellten sich auf die Kriegsproduktion um. München lag direkt in einem ländlichen Raum, die

einzigsten Kleinstädte in einem Umkreis von 50 km waren Dachau und Freising. Der bauerliche Siedlungsraum wurde hauptsächlich bewirtschaftet von Klein- und Mittelbauern.

Während der Kriegsjahre wurde die Ausbeutung in den Betrieben in München enorm gesteigert, die Arbeiter mußten häufig zwei Schichten am Tag fahren, nicht selten waren 14-Stunden-Tage. Sonntags wurde auch gearbeitet. Einher mit der verschärften Ausbeutung in den Betrieben ging die Verelendung großer Teile der Arbeiterschaft und anderer Lohnabhängiger, auch der Mittelstand, Handwerker und Beamtentum waren davon betroffen. Unter den Arbeitern war fast niemand zu finden, der nicht an Unterernährung litt. Im Winter 1916 erhielten sie an Rationen auf Karte in der Woche: 1900 g Brot, 2500 g Kartoffeln, 80 g Butter, 250 g Fleisch, 180 g Zucker und ein halbes Ei.

Bereits am 31.1.1918 und am 1. Februar kommt es zu großen Streiks in München. An den Aktionen nehmen über 12000 Arbeiter aus der Metall- und Lederindustrie und aus dem Baugewerbe teil. Sie verlangen nicht nur den 8-Stunden-Normalarbeitstag, sondern auch die sofortige Beendigung des Krieges und verabschieden einen Aufruf an die internationale Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie läßt die Streikführer aus den Betrieben verhaften, auch Kurt Eisner, der Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), der auf Versammlungen ge-

sprochen hatte, wurde verhaftet. Am 2. und 3. Februar finden Demonstrationen zur Freilassung der Verhafteten statt mit insgesamt 9000 Arbeitern, die Streikführer werden freigelassen. Im Februar und März kommt es zu weiteren Streiks in den Betrieben, wodurch die Kapitalisten gezwungen werden, der Aufhebung der Sonntagsarbeit vor allem in den Rüstungsbetrieben zuzustimmen, am 10.3. wird die Sonntagsarbeit verboten; am 25.3. kündigen die Metallarbeiter an, noch in diesem Jahr die 52-Stunden-Woche mindestens durchzusetzen.

Auch die Klein- und Mittelbauern erhoben sich gegen die Bourgeoisie. Die Menschenverluste des Krieges raubten der bauerlichen Wirtschaft die Arbeitskräfte. Die Beschlagnahme von Vieh war für die Klein- und Mittelbauern oft ein existenzgefährdender Schlag. Vier Tage nach der Kriegserklärung der imperialistischen Reichsbourgeoisie hatte der Landtag nämlich ein Gesetz beschlossen, das der bayerischen Verwaltung die Vollmacht gab, Höchstpreise für alle Verkäufe von einheimischem Getreide und einheimischen Molkereiprodukten festzusetzen. Es wurde eine "Kriegsgetreidegesellschaft" gegründet, die die Aufgabe hatte, ein bis zwei Millionen Tonnen Lebensmittel einzulagern. Besondere Behörden wurden ermächtigt, die Verteilung von Fleisch, Fisch, Kartoffeln, Früchten, Gemüse usw. wahrzunehmen und dazu die von den Bauern produzierten Nahrungsmittel zu enteignen und zu beschlagnahmen. Die ganze bayerische Landwirtschaft wurde Mitte des Jahres 1917 unter die zentralisierte Amtsgewalt des bürgerlichen Staates gestellt und in die "Kriegsanstrengungen des Reiches" eingeordnet. Aus Resolutionen und Forderungen von Klein- und Mittelbauern aus dieser Zeit ist deutlich zu entnehmen, daß sie der Revolution zustimmend gegenüberstanden, sofern diese nach einer "urwüchsigen Demokratie" strebte und die bürokratische und schikanöse Bevormundung und Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat abzuschaffen versuchte. Außerdem wollten sie Minimalbedingungen der Erhaltung der bauerlichen Existenz gesichert sehen. Die Bauern im Südosten von München erhoben relativ frühzeitig die Forderung nach einem gewählten Bauernrat, dessen erste Aufgabe darin bestehen sollte, die Vieh- und Steuereintreibung des bürgerlichen Staatsapparates zu bekämpfen.

Die Proklamation der "provisorischen Regierung der Republik" am



Levien (KPD) auf dem Oberwiesenfeld

CHRONOLOGIE

30.11.18: Kurt Eisner (USPD) fordert auf einer Massenversammlung: "Reinigung des Parlaments und Beseitigung nicht nur des Kaisertums, sondern aller Monarchien". Die bayerische Bauernschaft und Arbeiterschaft sollen sich der Regierung bemächtigen, um die bürgerliche Revolution von 1848 endlich zu vollenden.

6.11.18: Auer (SPD) fordert: "Abdankung des Kaisers und des deutschen Kronprinzen, Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung, Arbeitslosenversicherung, Achtstundentag".

7.11.18: Massenversammlungen auf der Theresienwiese, organisiert von SPD und USPD. Mit Kurt Eisner an der Spitze bildet sich abends im Mathäser ein Arbeiter- und Soldatenrat, der bayerische König entflieht nach Entwaffnung des Offizierskorps nachts nach Österreich.

8.11.18: In den frühen Morgenstunden wird vom Arbeiter- und Soldatenrat die "Republik Bayern" ausgerufen. "Die oberste Behörde ist der von der Bevölkerung gewählte Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat, der provisorisch eingesetzt ist, bis eine endgültige Volksvertretung geschaffen wird." Noch am selben Tag tritt der Arbeiter- und Soldatenrat zur Regierungsbildung zusammen.

13.11.18: Um örtliche Arbeiterräte zu bilden, werden die Belegschaften in den Betrieben aufgefordert, Wahlen durchzuführen. Betriebe mit über 100 Beschäftigten sollten einen Arbeiterrat, Betriebe mit über 1000 Arbeitern zwei Arbeiterräte stellen.

18.11.18: Eine neue von Erich Mühsam herausgegebene Zeitung mit dem Titel "Süddeutsche Freiheit - Münchner Montags-Zeitung" erscheint. Rosa Luxemburg fordert in

der "Roten Fahne", daß alle Macht im Arbeiter- und Soldatenrat konzentriert werden müsse, die Arbeiterklasse solle nicht beim Sturz der Monarchie stehenbleiben. Auch die Landarbeiter und Kleinbauern sollten unverzüglich organisiert werden.

5.12.18: Erich Mühsam spricht sich gegen die Vorhaben der SPD und USPD zur Einberufung einer Nationalversammlung aus.

13.12.18: Erste Sitzung des sich aus Delegierten der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte zusammensetzenden provisorischen Nationalrates im Landtagsgebäude.

19.12.18: Max Levien (KPD-Spartakusbund) tritt für den Bolschewismus auf einer Massenversammlung ein. Eisner wendet sich dagegen und verteidigt die Einberufung einer "Nationalversammlung".

26.12.18: Auer (SPD) ruft zur Errichtung einer "Bürgerwehr" auf, Eisner lehnt die Schaffung einer "Bürgerwehr" ab.

30.12.18: Gemeinsame Veranstaltung der Vereinigung Revolutionärer Internationalisten Bayerns und der KPD. Sowohl Mühsam als auch Levien fordern im Namen ihrer Organisationen die Bewaffnung des revolutionären Proletariats und Sabotage der Nationalversammlung.

10.1.19: Mühsam und Levien werden verhaftet.

7.2.19: Levien wird erneut wegen "umstürzlerischer Umtriebe" verhaftet.

12.2.19: Die USPD ruft alle wehrfähigen Männer zum Eintritt in den Volksheimatschutz auf, der den Bolschewismus bannen soll.

Teile des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates fordern den sofortigen Rücktritt von Roßhaupter (USPD), als Initiator der "Weißen Garde", Eisner stellt sich hinter Roßhaupter.

16.2.19: Massenversammlung auf der Theresienwiese, wo die Auflösung der

Regierung und sofortige Stärkung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte gefordert wird.

21.2.19: Ermordung Eisners durch die Reaktion. SPD, USPD, KPD und die Vollzugsräte der ASBR bilden einen Aktionsausschuß "Zentralrat der Bayerischen Räterepublik".

1.3.19: USPD und SPD lassen auf einem Kongreß der ABSR die KPD und Anarchisten ausschließen und bilden mit Bauernbündlern und Reaktionären eine neue Regierung und beantragen die Einberufung eines Landtages, der Kongreß nimmt diese Forderung mehrheitlich an.

7.7.19: Der Zentralrat ruft gegen die Bestrebungen der Regierung Hoffmann die Räterepublik Bayern aus. Die KPD bezeichnet das als Kompromiß und damit als Scheinräterepublik.

13.4.19: Nach bewaffneten Feuergefechten mit der Reaktion rufen Betriebs- und Soldatenräte die "kommunistische Räterepublik" aus. Im 15-köpfigen Aktionsausschuß sind sechs KPD-Mitglieder. Die Arbeiter- und Soldatenräte besetzen alle strategisch wichtigen Punkte der Stadt. Die Arbeiter in den Betrieben sollen durch die Betriebsräte bewaffnet werden, Ausrufung des Generalstreiks.

21.4.19: Der Generalstreik wird beendet, weiße Truppen rücken vom Norden her auf München zu.

29.4.19: Aufruf der Betriebs- und Soldatenräte, ab sofort bewaffnet in die Betriebe zu gehen, da die weißen Garden vor den Toren Münchens stehen.

1. u. 2.5.19: Die Räterepublik wird von den Regierungstruppen Hoffmanns und den weißen Garden niedergeschlagen, in einzelnen Stadtteilen Münchens geht der bewaffnete Widerstand gegen die Reaktion noch über zwei Monate weiter.

8.11.1918 wurde von den politischen Kräften in München gemeinsam getragen. Von der SPD, der USPD, der Vereinigung Revolutionärer Internationalisten mit Mühsam, von der Arbeitergruppe mit Levien, die dann am 11.12.1918 erstmalig als Spartakusbund öffentlich in Erscheinung trat und dann Anfang 1919 KPD-Spartakusbund München waren. Die Erhebung am 7.11.1918, die aus einer Demonstration auf der Theresienwiese mit über 100000 Teilnehmern erfolgte, hatte im Zentrum der Forderungen die sofortige Abschaffung der Monarchie, die Beendigung des Krieges und Brot für die Massen. Die Absetzung des Königs Ludwig III verlief buchstäblich ohne größere Gegenwehr der Reaktion, es ist davon auszugehen, daß auch in den bürgerlichen

Kreisen die obengenannten Forderungen nicht auf größeren Widerspruch stießen. Die Provisorische Regierung der Republik, die daraus folgte, kam unter Ausschaltung der Kräfte um die KPD und der Anarchisten zustande. SPD und USPD stellten diese Regierung mit Eisner (USPD) an der Spitze. In der Proklamation hieß es u.a.: "Berufen durch die Not des Volkes, hat die unterzeichnete Volksregierung die Leitung der demokratischen und sozialen Republik Bayern übernommen. Die neue Regierung stützt sich auf die Mitarbeit des gesamten bayerischen Volkes ... Alle bisherigen Beamten blieben in ihren Stellungen. Die Beamten und die Armee werden auf die neue Regierung vereidigt ... Organisatorisches, friedliches, freiheitliches Zusammen-

arbeiten ist unsere Richtschnur. Wir appellieren an jeden Bürger, uns hier zu unterstützen. Die Soldaten in die Kasernen, die Arbeiter in die Betriebe! Jedem Staatsbürger obliegt die Arbeitspflicht!". Im Programm der "neuen bayerischen Regierung" vom 16.11.1918 heißt es bezüglich der Arbeiterklasse in einer Passage lediglich: "Straffeste staatliche Zentralisation der Arbeitsvermittlung zur Beherrschung des Arbeitsmarktes ... Achtstunden-Tag ... Ein reiches Feld der Betätigung wird endlich das Gebiet des Handwerks und der Kunst bieten ...". Das Programm trägt die Handschrift der USPD mit Kurt Eisner. Die USPD war zu dieser Zeit in München sowohl in ihrer personellen Zusammensetzung, wie auch Untersuchungen über

ihre Anhängerschaft belegen, fast ausschließlich eine Handwerker-, Angestellten- und Beamtenpartei, und hatte sich nach eigenen Angaben aus "Friedenssehnsucht" und gegen die "Kriegsstaatsstreue" von der SPD in München getrennt. Triebfeder für diese Kräfte war die "Vollendung der bürgerlichen-demokratischen Revolution von 1848", insofern mußte es relativ rasch zur Auseinandersetzung mit der organisierten Arbeiterschaft kommen, die ihre Sprecher zu diesem Zeitpunkt sowohl in der KPD als auch in der Vereinigung Revolutionärer Internationalisten hatten. Anarchisten und Kommunisten unternahmen die entscheidenden wichtigen Schritte zum Aufbau von Arbeiter- und Soldatenräten und Bauernräten auf dem Lande gemeinsam, zielgerichtet darauf, daß ein Räteystem entwickelt wird zur Errichtung einer sozialistischen Republik ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Der Umstand, daß die Provisorische Regierung unter Eisner die Arbeiter- und Soldatenräte anerkennen mußte, ist dieser Tatsache geschuldet. Die Arbeiter in Betrieben gaben sich mit dem Regierungsprogramm nicht zufrieden, da an keinem Punkt ihre dringlichsten Bedürfnisse bezüglich des Lohns, der Arbeitsbedingungen und der Ernährung geregelt wurden, Streiks fanden täglich statt, verbunden mit den Forderungen nach einem sozialistischen Staat. Dagegen formierte sich die Reaktion, Zentrum und Volkspartei treten wieder in Erscheinung, erste nationalsozialistische Propaganda taucht in München auf. Die USPD stellt sich an die Spitze der reaktionären Forderungen und ruft Anfang Februar alle "wehrfähigen" Männer auf, einen "Volksheimatsschutz" gegen die Gefahr des Bolschewismus zu bilden. Die Arbeiter- und Soldatenräte, die KPD und die Anarchisten organisieren eine Massenversammlung auf der Theresienwiese, wo die Forderung nach Rücktritt der Pro-

visorischen Regierung und die Errichtung einer Räterepublik erhoben wird. Die Kapitalisten reagieren darauf mit Massenentlassungen und Betriebsstillegungen, Eisner mit einer Erklärung zur "Einheitsfront des Sozialismus": Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte sollen rein berufsmäßige Vertretungen sein und die einzelnen Minister beraten dürfen, alles andere würde "spartakistische Methoden" stärken und einen "Bruderkrieg" entfesseln. Er sucht das Bündnis mit der Bourgeoisie, um den kommunistischen und sozialistischen Rätebestrebungen den Garaus zu machen.

Nachdem Eisner von der Reaktion ermordet worden war und sich die bürgerlichen Kräfte vereint mit Teilen der SPD und USPD zum Feldzug gegen das Proletariat bereit machten, wurde klar, daß sowohl KPD und die Vereinigung Revolutionärer Internationalisten in ihrer Zusammenarbeit Entscheidendes vernachlässigt haben dürften: Weder existierten gemeinsame Vorstellungen über wirtschaftliche und soziale Maßnahmen, die die Kapitalisten und Banken enteignet hätten, weder existierten Forderungen, die ein gemeinsames Handeln der Arbeiter und Handwerker und anderer Schichten ermöglicht hätten, noch wurden klare Forderungen für das Proletariat formuliert; die Ernährungslage blieb ungelöst. Kommunisten und Anarchisten setzten dem Angriff der Bourgeoisie, artikuliert über Interessen der bourgeois Schichten, die Propaganda für Arbeiterinteressen, verbunden mit dem Räteystem, entgegen, allerdings, ohne a) umfassende konkrete Forderungen für das Proletariat zu erheben und b) ohne irgendein Bündnisangebot an andere lohnabhängigen Schichten und Handwerker, ausgehend von deren Interessen, zu haben. Insofern tat sich die Reaktion relativ leicht, eine Propaganda zu entfesseln, daß die Bolschewiki den Bauern das Land und den Handwerkern und Beamten das

Bankkonto wegnehmen würden.

Der Vormarsch der Reaktion löste unterschiedliches Vorgehen der Anarchisten und der KPD aus. Mühsam und Landauer beteiligten sich an der Ausrufung der Räterepublik am 7.4.19 als "Revolutionärer Zentralrat Bayerns". Die KPD beteiligte sich nicht unter dem Hinweis, daß da reaktionäre Kräfte mitwirken würden, wie Polizeipräsident Schneppenhorst und andere. Die Vereinigung revolutionärer Internationalisten ließ sich zu diesem Zeitpunkt von der Einschätzung leiten, daß eine Beteiligung einzelner Großbourgeois in einem Räteystem kein Hindernisgrund sein dürfte. Die KPD hielt in einem Aufruf vom 7.4.19 dem entgegen: "Noch ist dem Kapitalismus kein Härchen gekrümmt, aber schon werden großsprecherische, lügnische Aufrufe in die Welt hinaus telegraphiert, in denen es heißt: Das werktätige Volk ist Herr seines Geschicks. Wir sind nach wie vor durchdrungen von der felsenfesten Überzeugung, daß nur die Errichtung einer kommunistischen Räterepublik die Arbeiterschaft aus aller Not und Elend befreien kann. Aber wir sind nach wie vor ebenfalls der Überzeugung, daß die Errichtung dieser Räterepublik nur ein Werk der revolutionären Massen sein kann."

Am 13. April erklärt die Reaktion den Zentralrat für abgesetzt und die Regierung Hofmann wieder im Amt, Mühsam wird verhaftet von der "Republikanischen Schutztruppe", die Arbeiter liefern der Truppe Feuergefechte und organisieren am 14. April in den Betrieben, Kasernen und Stadtteilen Wahlen zur Bildung eines 15köpfigen Aktionsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte in München. Der Generalstreik wird ausgerufen und dauert acht Tage, in dieser Zeit werden nicht nur die Arbeiter in den Betrieben bewaffnet und alle strategischen wichtigen Punkte von der Roten Armee in München und Umland besetzt, sondern auch erste Entscheidungen vorgenommen und Lebensmittelverteilungen organisiert. Am 1. Mai nehmen die konterrevolutionären Truppen München ein. Die Arbeiterklasse, unter ihnen Kommunisten und Anarchisten, leisten gemeinsam gewaltsamen Widerstand.

Quellenhinweis: P. Fröhlich, Die bayerische Räterepublik, Reprint 1920; E. Mühsam, Von Eisner bis Levine, Berlin 1929; Revolution und Räteherrschaft in München, Stadtchronik 1918/19; Appelle einer Revolution, Dokumente aus Bayern 1918/19, Südd. Verlag; Lebensführung von 22 Arbeiterfamilien Münchens, Stat. Amt München 1909; G. Kopp, Emanzipation durch die Räte? Hg. v. Historischen Club e.V.; Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern, Karl Bosl, München 1976; Kommunismus und Klassenkampf, 7/77. — (kag)

AUFRUF!

Die Betriebs- u. Soldatenräte Münchens haben angesichts der niederschmetternden Tatsache, daß mit Waffengewalt die Freiheit des Proletariats niedergeknirscht werden soll, beschloffen,

am 1. Mai gegen jede Vergewaltigung die Männen aufzufordern, waffenlos zu demonstrieren.

Dabei protestieren sie mit Entschiedenheit gegen die schandwürdigen Verbrechen jener Elemente, welche durch ihr Handeln die heilige Sache des Proletariats im Kampf für die Menschlichkeit verraten haben.

**Soldaten! Laßt Eure Waffen in den Kasernen!
Arbeiter! Laßt Eure Waffen in den Betrieben!**

**Kommt mit den Frauen und Kindern heraus
auf alle großen Plätze und Wiesen!**

Ungebeugt wird das Proletariat an diesem Tage seine Räte und den Geist seiner Räterepublik hochhalten. **Es lebe der Rätegedanke!**

München, 1. Mai 1919.

Die Betriebs- und Soldatenräte Münchens.

Aufruf zum 1. Mai 1919, als München bereits von Konterrevolutionären Truppen umstellt war

ANSÄTZE FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT VON ANARCHISTEN UND KOMMUNISTEN

Die festere Zusammenarbeit von Anarchisten und Kommunisten wird im allgemeinen für unmöglich gehalten, am konkreten Beispiel Münchner Räterepublik, die zugleich eines der wenigen praktischen Beispiele für eine sozialistische Revolution in Deutschland ist, zeigt sich, daß hier Ansätze bestanden, auch wenn es (unnötigerweise?) später zum Bruch kam. Die Geschichte der Räterepublik muß als bekannt vorausgesetzt werden, in dieser kurzen Abhandlung soll nur auf die Ansätze der Zusammenarbeit der Anarchisten und Kommunisten eingegangen werden, zudem sollen die Gründe für die Trennung und das wahrscheinlich damit verbundene Scheitern der Revolution untersucht werden.

Am besten lief die Zusammenarbeit bis zur Proklamierung. Ein wichtiger Pfeiler war die enge Zusammenarbeit von VRI (Vereinigung Revolutionärer Internationalisten Bayerns unter der Führung von Erich Mühsam) und von der KPD-Ortsgruppe München, konkret manifestierte sich dies in vielen gemeinsamen Veranstaltungen und in der gemeinsamen Zusammenarbeit im RAR (Revolutionärer Arbeiterrat). Mühsam und der KPD-Leiter Levien bestritten gemeinsam viele Veranstaltungen und waren bei der revolutionären Arbeiterschaft wohl gleich beliebt. Zudem wurde es Mühsam auch gestattet, auf zahlreichen Veranstaltungen der KPD zu sprechen.

Zur deutschen und bayerischen Nationalversammlungswahl wurde übereinstimmend von KPD und VRI die Wahl boykottiert, was zur raschen Revolutionierung des Münchner Proletariats beitrug. Indem das Wesen der Räterepublik der parlamentarischen "Demokratie" gegenübergestellt wurde, konnte der beste Teil des Proletariats gewonnen werden. Die Parole "Für oder gegen die Nationalversammlung" bezeichnete die Grenze zwischen Bourgeoisie und den revolutionären Kräften. VRI und KPD waren zwar propagandistisch und organisatorisch tätig, das politische Eingreifen überließ man allerdings weitgehend den RAR, wodurch eine breite proletarische Front ermöglicht wurde.

Nach der Ermordung von Kurt Eisner, der paradoxerweise dem reinen Rätedenken eher feindlich gegenüberstand und der teilweise eine reaktionäre Rolle spielte, überstürzten sich dann die Ereignisse. Als dann konkret die Räterepublik ausgerufen werden sollte, widersetzte sich die KPD unter merkwürdigen Umständen. Mitglieder des RAR, darunter auch KPD-Mitglieder, Vertreter des MSB, der USP, der Gewerkschaften, des Bauernrates und der Soldatenräte dis-

kutierten seit dem 4. April über die Ausrufung der Räterepublik. Auf drängen des RAR wurden endgültige Beschlüsse so lange verschoben, bis die KPD offiziell teilnahm, da man einen Alleingang ohne die KPD nicht machen wollte. Zu der entscheidenden Sitzung entsandte die KPD dann überraschenderweise drei völlig unbekannte Vertreter, die zudem die These vertraten, a) die Proklamation müsse vom Rätekongreß ausgehen, b) die Massen seien gegen die Proklamation, c) die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten müsse abgelehnt werden.



Mühsam entgegnete damals, der Rätekongreß sei ein rückständiges und willenloses Organ, das schnelle Handeln des Zentralrates sei jetzt angebracht, um ein Provisorium zu schaffen, zu dem dann ein neuer, auf Grundrevolutionärer Rätewahlen einzuberufender Kongreß endgültig Stellung nehmen müsse. Seit Eisners Ermordung sei die Räterepublik die unausgesetzte laute Forderung des Proletariats. Das Mißtrauen gegenüber den Sozialdemokraten teilte Mühsam zwar, verwies aber auf den provisorischen Charakter und auf den offensichtlichen Wunsch des Proletariats für das Zusammengehen aller sozialistischen Kräfte, als konkretes Beispiel nannte er die ungarische Räterepublik. Wie Mühsam später zugab, wäre es vielleicht richtig gewesen, die Sitzung zu verlassen und mit RAR und KPD ein fait accompli zu schaffen, wodurch die revolutionäre Vorhut des Proletariats einig gehandelt hätte, und dem Verrat wäre von Anfang an kräftig vorgebeugt worden.

Ein Fehler war wohl auch, daß Mühsam nicht genügend versuchte, Verdächtigungen, wie die gemeinsame Sache mit dem Militärminister Schneppenhorst auszuräumen, auf der entscheidenden KPD-Versammlung am 6.4. verließ er entnervt und über-

müdet frühzeitig den Saal, seines Fehlers war er sich nicht bewußt, glaubte er doch nach dem Beifall der Masse der Mitglieder auf seine Rede, daß sie gegen ihre Führer die Beteiligung an der Räterepublik erzwingen würden.

Tatsache ist, daß Mühsam Schneppenhorst z.B. als Person ganz ablehnte und daß sich die Position durchsetzte, daß kein einziger Mehrheitssozialist und kein einziges Mitglied des bisherigen Ministeriums in den Rat der Volksbeauftragten aufgenommen werden darf. Der provisorische Zentralrat wurde umkonstituiert und erhielt durch die Delegation von sechs RAR-Mitgliedern ein entscheidendes Übergewicht nach links. Trotz des Hinausdrängens der Sozialdemokraten, des ungarischen Beispiels, wo es unter ähnlichen Bedingungen zur Ausrufung der Räterepublik gekommen war, trotz Mühsams Vorschlag an den KPD-Führer Levien, Volksbeauftragter für die Bildung der Roten Armee zu werden, der dem nicht grundsätzlich abgeneigt war, trotz der Unterstützung der Räterepublik durch breite Teile der KPD-Basis kam es dann am 7. April zur Ausrufung der Räterepublik, leider ohne die offizielle Beteiligung der KPD.

Dadurch konnte die junge Räterepublik von zwei Seiten in die Zange genommen werden, von rechts und links, was die Arbeit ungeheuer erschwerte. Die KPD machte zwar am 9. April erste Konzessionen an die gegebene Lage, neugewählte Obleute aus den Betrieben, darunter führende KPD-Genossen, nahmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Zentralrates teil, lehnten allerdings die Aufforderung Mühsams, sich aktiv und mitverantwortlich zu beteiligen, um endlich Ordnung und System in das Chaos zu bringen, ab.

Am 13. April kam es bekannterweise dann zum Gegenschlag der Reaktion. Mühsam u.a. wurden verschleppt, und die KPD versuchte jetzt die Lage durch eine neue Ausrufung der Räterepublik zu retten, hatte aber mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie vorher Mühsam. Landauer z.B. erkannte zwar die kommunistische Räteregierung an und stellte sich ihr zur Verfügung, die gute Chance für eine längerfristige Zusammenarbeit von Anarchisten und Kommunisten war trotzdem wohl vertan.

Die Münchner bzw. bayerische Räterepublik hätte wohl nur eine Chance gehabt, wenn die linksradikalen Kräfte sich auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt hätten. Es mag vielleicht richtig sein, daß die Ausrufung am 7.4. frühzeitig und übereilt war, genauso war aber das taktische Verhalten der KPD in der Woche vom 6. bis 13. April fehlerhaft. Die Reaktion hatte genügend Zeit, zum Gegenschlag auszuholen angesichts der Zerstrittenheit der Linken. — (chl, AAU München)



Krieg Iran-Irak

Sowohl der Iran als auch der Irak melden in den letzten Tagen "entscheidende Erfolge" gegen den jeweiligen Gegner. Tatsächlich liegt der Erfolg des nun schon mehrere Jahre andauernden Krieges auf ganz anderer Seite: bei den Imperialisten, von denen insbesondere die westeuropäischen unverzichtbare Waffenlieferanten für

beide Staaten geworden sind. Beide Staaten sind durch den Krieg bei den Imperialisten verschuldet: Ergebnis zahlreicher Waffenlieferungen und der zunehmenden Zerstörung ihrer Wirtschaft durch den andauernden und blutigen Krieg. Welche Interessen verfolgen die westeuropäischen Imperialisten im Golfkrieg, und wie haben sie ihren Einfluß in beiden Ländern ausbauen können?

USA: Mc Carthy-Verfolgungen und die Überwindung von Jalta

Die US-Staatsorgane überprüften nach dem Zweiten Weltkrieg über 13 Mio. Bürger auf ihre vaterländische, antikommunistische Gesinnung. Mit den berühmten Mc Carthy-Säuberungen (Bild: Mc Carthy) wollte die US-Monopolbourgeoisie die Kräfte zerbrechen, die Roosevelts "New Deal" und die Anti-Hitler-Koalition unterstützt hatten. Das sollte ihr den Weg bereiten für die Offensive gegen die amerikanische Arbeiterklasse, die nach dem Zweiten Weltkrieg die größten Streiks seit Jahrzehnten organisierte, und das rechte Klima im Lande für den politischen und militärischen Angriff auf die sozialistischen Länder schaffen.



Ausländerausschuß Stuttgart

Seit über einem Jahr gibt es in Stuttgart einen Ausländerausschuß mit gewählten ausländischen Mitgliedern, die allerdings lediglich als "sachkundige Einwohner" ohne Rede- und Stimmrecht im Gemeinderat fungieren. Wie wird von den ausländischen Ausschußmitgliedern ihre bisherige Arbeit beurteilt? Kann der Ausschuß

genutzt werden, um die restriktive Auslegung der Ausländergesetze in Stuttgart zu unterbinden? Welche Konsequenzen sind aus den bisherigen Erfahrungen zu ziehen? Wie verhalten sich die im Gemeinderat vertretenen Parteien zu den Forderungen und Interessen der Ausländer? — Dazu ein Interview mit Mitgliedern des Ausländerausschusses der Stadt Stuttgart.

NRW: Wer hat Eigentum, wer hat Aufstiegschancen?

Am 12. Mai sind in NRW Landtagswahlen. Noch regiert die SPD allein, die FDP ist den letzten Landtagswahlen ganz knapp nicht in den Landtag gekommen. Die GRÜNEN sind nicht im Landtag. CDU und FDP wollen getrennt kämpfen, vereint siegen, um die Regierung Rau zu stürzen. Sie zielen auf Wähler, die sich von der Mehrung ihres Eigentums oder von der Aussicht, welches besitzen zu können, etwas versprechen. Gleichzeitig versuchen beide, Einbrüche in der Arbeiterschaft und unter den besser verdienenden Angestellten zu erzielen. Eine Untersuchung der sozialen Strukturen soll Anhaltspunkte für die Aufgaben einer Volksfrontpolitik liefern, die sich gegen einen Sieg der Reaktionäre richtet.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten— erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,50 DM bis 1,20 DM

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik — **Nachrichten, Analysen, Protokolle** — Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabo 38,- DM, Jahresabo 76,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 0,50 DM: Halbjahresabo 44,50 DM, Jahresabo 89,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 6,50 DM, Jahresabo 13,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrichten-

heft zu 0,80 DM: Halbjahresabo 48,50 DM, Jahresabo 97,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 10,50 DM, Jahresabo 21,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 1,20 DM: Halbjahresabo 53,50 DM, Jahresabo 107,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 16,- DM, Jahresabo 32,- DM.

Einzelabo Nachrichtenheft zu 0,50 DM: Halbjahresabo 12,- DM, Jahresabo 24,- DM; zu 0,80 DM: 16,- DM bzw. 32,- DM; zu 1,20 DM: 21,- DM bzw. 42,- DM

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Bei Bestellungen von Politischen Berichten bitte angeben, ob diese mit oder ohne **Lokalbeilage** geliefert werden sollen.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2—13): Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung (S. 14—19): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 20—29): Günter Baumann; für Sozialstatistik (S. 30—31): Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft—Diskussionsbeiträge (S. 32—35): Angela Lux; für Spezialberichte (S. 36—39): Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln.—Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.